

SENATE



Magazin für Politik, Gesellschaft und eine Ökosoziale Marktwirtschaft



EUROPAS STRATEGIE

Günter Verheugen



LUST AUF POLITIK

Deborah Düring



INSPIRATION OFT MANGELWARE

Dean Fealk

Daniela Kluckert

DIGITALES & MOBILITÄT

Brennpunktt Themen der aktuellen Legislaturperiode



BAYERISCHER HOF



Penthouse Garden Suite



Panorama Suite



Blue Spa Pool



Bird's Nest



Silent Garden im Atelier



Garden

SOMMER IN DER STADT UND IM HOTEL BAYERISCHER HOF

Laue Sommernächte und entspanntes Urlaubsflair – das gibt es nicht nur in der Karibik, sondern auch im Hotel Bayerischer Hof. Entspannen Sie sich nach einem erlebnisreichen Tag in der Stadt in unserem Wellnessbereich Blue Spa mit Blick über München und schwimmen Sie ein paar Runden in unserem Pool oder genießen Sie unser umfassendes Massage- und Beautyangebot. Am Morgen lädt die Terrasse vor unserem Fitnessstudio zu einer kleinen Outdoor Yogaeinheit ein. Bringen Sie Körper und Geist wieder in Einklang, während Sie den Blick bis zu den Alpen schweifen lassen.

Entdecken Sie auf unseren Hotelfahrrädern was die Weltstadt mit Herz alles zu bieten hat und erholen Sie sich danach an den Isarauen oder in einem der vielen Parks.

Mit unseren Arrangements „Sommer in der Stadt“ und „City Break“ können Sie entspannt und mit Stil die Stadt erkunden. Mit unseren Restaurants, inklusive dem Zwei-Sterne-Restaurant Atelier, können Sie Ihre Geschmacks- sinne auf Wanderschaft schicken. Genießen Sie auf unserer Garden Terrasse das warme Wetter oder bewundern Sie auf unserer Blue Spa Dachterrasse, bei einem kühlen Cocktail oder einer herzhaften BBQ-Spezialität, die Aussicht über die Dächer Münchens.

Tauchen Sie ein in die Welt des Hotels Bayerischer Hof und entdecken Sie Ihr - Home Away From Home.

Hotel Bayerischer Hof

Promenadeplatz 2-6
80333 München

Fon +49 89.21 20 - 0
Fax +49 89.21 20 - 906

www.bayerischerhof.de
info@bayerischerhof.de

 LEADING
HOTELS®

LEGEND®
Preferred
HOTELS & RESORTS





Herausgeber Norbert Streveld

Vergangenheit. Gegenwart. Zukunft.

Die Begriffe „Transformation“ oder „Zeitenwende“, ob nun eine digitale, ökologische, ökonomische, geopolitische oder die Transformation des Energiesystems, sind zu geflügelten Worten geworden. Regenerative Energieerzeugung, Versorgungssicherheit – die Notwendigkeit, der Druck zur Veränderung ist gestiegen. Geopolitische Spannungen entladen sich, nicht nur im Ukrainekrieg, Lieferketten sind gestört. Die Globalisierung und der Handel werden in Frage gestellt. Die gesamtwirtschaftliche Entwicklung verzeichnet Brems Spuren. Eine Inflation in Deutschland auf einem Niveau wie seit 50 Jahren nicht mehr. Diese Aufzählung ließe sich beliebig fortführen.

Ist dies die Wiederkehr der sogenannten „German Angst“? Je nach Definition von Historikern oder Journalisten soll damit eine Melange aus Mutlosigkeit, Zögerlichkeit, verbunden mit Zukunftsängsten und einem sehr hohen Sicherheitsbedürfnis beschrieben werden. Auch wenn wir in Deutschland vieles unter dem Einfluss der traumatischen ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts sehen müssen – es gilt dies zu beachten und zu achten –, jedoch das Denken sowie Handeln an der Gegenwart und der Zukunft zu orientieren.

Ob es je eine „German Angst“ gegeben hat, mögen Historiker beurteilen, die oben erwähnte Aufzählung von Problemstellungen ist ein Teil unserer Realität.

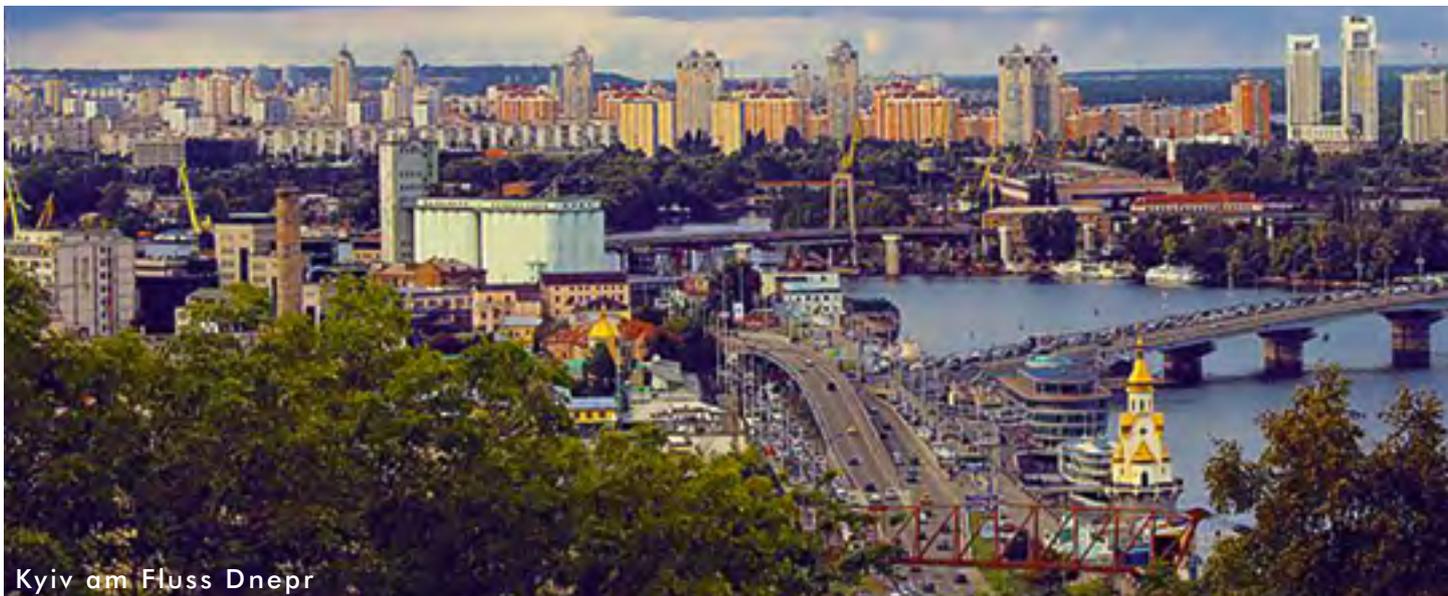
Diese zu akzeptieren und Lösungen für die vielfältigen Herausforderungen zu gestalten, ist das Ziel. Auch wenn die Ausgestaltung für unsere Gesellschaft, jede Organisation und jedes Unterneh-

men unterschiedlich ist, es erfordert das Beschreiten neuer Wege. Innovation, Offenheit, Vielfalt, Agilität, Mut zur Veränderung sind mehr denn je gefragt.

Dies hilft uns, Wohlstandsverluste zu minimieren, verhindern werden wir sie kurzfristig nicht können. Auch wenn wir es nicht gern sehen wollen, das günstige Gas aus Russland hat unsere Wirtschaft und damit unseren Wohlstand lange befeuert. Nun heißt es, u.a. Denkverbote auf dem Weg in eine klimaneutrale Energieerzeugung und Nutzung abzulegen, ob es z.B. um E-Fuels, Wasserstoff, CCS-Technologie (CO₂-Abscheidung und -Speicherung) oder auch Streckbetrieb von Atomkraftwerken geht. Regenerative Energieerzeugung hat Priorität, jedoch sind auch Neubewertungen von weiteren Technologien erforderlich. Ein lösungsorientiertes Denken in Alternativen sowie Szenarien ist gefragt.

Technologischer Fortschritt und Innovationen sind also immer Teil der Lösung, wie auch Unternehmertum und wirtschaftliches Wachstum. Dies ermöglicht auf lange Sicht die Finanzierbarkeit und ein Mitnehmen aller Teile unserer Gesellschaft.

Innovationskraft, Kreativität und Bildung sind wertvolle Ressourcen, die ausgeprägte Stärken unserer Kultur, Wirtschaft und Gesellschaft sind. Eingebettet in Rahmenbedingungen, die ein ethisches und sozial verantwortliches zukunftsorientiertes Handeln fördern. Ein System mit Willen zum Aufbruch, das Vertrauen in Stärken, mit der Zuversicht, gemeinschaftlich und freiheitlich mehr zu erreichen.



Kyiv am Fluss Dnepr

POLITIK UND PARLAMENT

Deutschland braucht mehr qualifizierte Zuwanderung .. 20
Bernd Rützel im Interview

Alternativlos: Dialoge über politische Systeme
und Kulturen hinweg 26
Jeremias Kettner

Lust auf Politik, die mutig ist 44
Interview mit Deborah Düring

Herausforderung Klimawandel bewältigen 66
Interview mit Daniela Kluckert

Die Zeiten wandeln sich – und wir in der Zeit 96
Volker Kronenberg

NACHHALTIGE WIRTSCHAFT

 Inspiration ist oft Mangelware 40
Gespräch mit Dean Fealk

Das wahre Geheimnis der Weinherstellung 74
Victoria Lergenmüller

Bäume für ein besseres Klima 84
Christoph Brüssel



Dieses Magazin wird klimaneutral hergestellt.

Fotoquellen der Titelseite in den Beitragsseiten.



Herausforderung
Klimawandel
bewältigen

Seite 66



Mehr qualifizierte
Zuwanderung

Seite 20



Lust auf Politik, die
mutig ist

Seite 44



IMPRESSUM

Herausgeber:
 Dr. Christoph Brüssel
 Dieter Härthe
 Norbert Streveld
ViSdP
 Adenauerallee 206
 53113 Bonn
 Tel: +49 (0)228-915-605-0
 www.senat-deutschland.de
 E-Mail: office@senat-deutschland.de

Hauptstadtbüro:
 Schiffbauerdamm 40, 10117 Berlin
 Tel: +49 (0)30-40 109950

Redaktion:
 Dr. Christoph Brüssel (Chefredaktion)
 Marc Härthe (Redaktionsleitung)
 Astrid Herres (RvD)
 Uly Köhler
 Michael King-Rolland
 Ewald König
Lektorat: Alectis.de, Annette Meyer
Layout: Heiner Stellmach
Druckerei: Saxoprint
Auflage: 10.000 Exemplare

Gastbeiträge geben nicht notwendigerweise die Meinung der Redaktion wieder. Trotz größtmöglicher Sorgfalt kann der Herausgeber keinerlei Gewähr für die Aktualität, Korrektheit, Vollständigkeit oder Qualität der bereitgestellten Informationen übernehmen. Nachdruck, auch auszugsweise unter Angabe der Quelle gestattet. Belegexemplar erbeten.



Europa braucht eine echte Strategie

Seite 8



EUROPA AKTUELL

Europa braucht eine echte Strategie 8
 Günter Verheugen

Eine lange Zeit des Friedens in Europa ist zu Ende 32

Die Europäische Union „ganz denken“ 72
 Walter Döring

Trotz Corona wichtige Weichen gestellt

Seite 50



WIRTSCHAFTSWELT

Trotz Corona wichtige Weichen gestellt 50
 Interview mit Karin Schmidt-Friderichs

Erster German SDG Award 58

WISSENSCHAFT

Die Optimierung des Menschen 14
 Hartmut Schröder

Wie Führungskräfte Krisenzeiten meistern 78
 Silja Graupe

Inspiration ist oft Mangelware

Seite 40



Mit der Natur gegen die Klimakrise 92
 Fragen an Klaus Wiegandt

AUS DEM SENAT

Tag der jungen Innovatoren 60
 Weinblütenfest 2022 in der Pfalz 61
 BundesConvent 2022 62
 Senate of Economy Europe in Dubai 64
 Senat der Wirtschaft auf Mission TOP 5 65

Es gibt für uns keinen Reserveplaneten.

Franz Alt



Eine Initiative des Senats der Wirtschaft



Der Ausdruck: Greenwashing oder Ablasshandel

Der Eindruck:
Von Herausgeber und Chefredakteur Christoph Brüssel

Schon aufgefallen, seit ungefähr zwei Jahren, spätestens seit der Pandemie, ist in der Werbung plötzlich alles nachhaltig, vieles umweltgerecht und so manche Produkte bezeichnen sich als klimaneutral.

Wir alle wissen, dass der bevorstehende Klimawandel schlimme Folgen haben kann und möglichst verhindert werden sollte. Wir sind uns wohl alle einig, dass weniger Treibhausgas in der Atmosphäre auch weniger Erdwärme bedeutet. Deshalb besteht wohl auch Einigkeit darüber, „CO₂ muss reduziert werden“.

Gut ist, dass Konsumenten zunehmend darauf achten. Auftraggeber in der Wirtschaft suchen gezielt Lieferanten, die möglichst klimaneutral agieren. Spätestens ab 2023 müssen beinahe alle Unternehmen neben ihrer Handelsbilanz auch darüber berichten, was sie für die Nachhaltigkeit tun – verbindlich.

Deshalb wird die Welle der Angebote aus klimaneutraler Herstellung immer größer. Die Verlockungen des Konsums können immer häufiger durch kleine Zuzahlungen klimaneutral genossen werden. Die Urlaubsflüge zum Beispiel werden von vielen Gesellschaften mit einem geringen Aufpreis als klimaneutral angeboten. Das geschieht meistens nicht durch die Nutzung anderer Flugzeuge oder emissionsfreier Antriebsstoffe, sondern durch die Kompensation der CO₂-Aufwendungen.

Kritiker werden plötzlich ganz aufgeregt und sprechen von Greenwashing oder noch schlimmer vom Ablasshandel. Gemeint ist, CO₂ wird weiter emittiert, aber zur Beruhigung der Seele umweltfreundlicher Konsumenten wird die Kompensation als „Ausrede“, vielleicht sogar Täuschung angeboten. Ist „Klimaneutralität“ denn wirklich umweltgerechte Nachhaltigkeit, fragt man sich.

Zur Beantwortung ist es sinnvoll, den Begriff Klimaneutralität genauer zu beleuchten. Es gibt viele Aspekte, viele Facetten, Interpretationen und verschiedene Blickwinkel. Klar ist jedenfalls, dass beispielsweise Bäume und Grünpflanzen, also Wälder

und große Landschaften, CO₂ aus der Atmosphäre wieder herausholen und über die biologischen Vorgänge der Photosynthese in Sauerstoff wandeln, dabei wird der Kohlenstoff gespeichert. Wird also die gleiche Menge oder gar mehr an CO₂ wieder aus der Atmosphäre herausgeholt, dann kann schon von einem Ausgleich zwischen der Emission von Treibhausgas und der Entsorgung gesprochen werden. Bekannt ist auch, dass neben allen Bemühungen, weniger Emissionen zu produzieren, zusätzlich CO₂ aus der Atmosphäre herausgezogen werden muss, damit überhaupt die Klimaziele noch zu erreichen sind.

Das bedeutet, mehr Bäume und Grünflächen auf unserer Welt helfen aktiv mit, eine Klimakatastrophe zu mindern. Auf der anderen Seite wäre es allerdings nicht zielführend, wenn aufgrund von Kompensationsmöglichkeiten nicht weiter an der Reduktion von Emissionen kräftig gearbeitet würde. Deshalb kritisieren die Kritiker auch lautstark.

Es gibt in Fachkreisen die Faustformel, die sagt: erstens vermeiden, zweitens reduzieren, und nur, was nicht zeitnah lösbar ist, im Zweifel kompensieren. Respektiert man diese Formel, dann ist die Kompensation sogar ein hilfreiches und notwendiges Mittel, um die Klimakatastrophe zu verhindern. Auch klar ist, nicht alle Produktionen und unser Konsumverhalten können zeitnah emissionsfrei aufgebaut werden. Deshalb ist die Kompensation wahrscheinlich das schnellere Hilfsmittel – als Übergangsmittel.

Es muss nur ehrlich der Wille und das Ziel sein, diesen Dreiklang aus vermeiden, reduzieren und erst dann kompensieren einzuhalten. Dann erst kann man sich ehrlich machen und muss nicht den Vorwurf des Ablasshandels gelten lassen. Richtig gute Informationen bietet:

www.klimaneutral-transparent.de.

Auf dieser Website kann man vieles über ehrliche Betrachtung der Klimaneutralität nachlesen.

Statement

Europa braucht eine echte Strategie

Gedanken des erfahrenen Staatsmannes Günter Verheugen



Prof.
Günter Verheugen
Vizepräsident der
Europäischen
Kommission und
EU-Kommissar a.D.

Foto:
Archiv des Liberalismus,
Gummersbach

Die Staats- und Regierungschefs der Europäischen Union hielten es für angebracht, der Ukraine und dem viel kleineren Nachbarland Moldawien den Status von EU-Beitrittskandidaten zu gewähren. Das geschah im Fall der Ukraine mit viel Emphase, eine „historische“ Entscheidung soll es gewesen sein.

In Wahrheit kann sich die Ukraine für diesen Schritt nicht viel kaufen. Er hat keinerlei rechtliche Bedeutung, es ergeben sich daraus keine Verpflichtungen für die EU. Es handelt sich um reine Symbolpolitik, wobei zugestanden sei, dass für die Ukraine in ihrer bedrängten Lage ein solches Symbol als Zeichen von Solidarität und Zusammengehörigkeit seine Bedeutung hat. Man sollte sich aber in Kiew keine Illusionen machen. Bis zur Mitgliedschaft ist noch ein sehr langer und steiniger Weg zurückzulegen, und der Erfolg ist keineswegs sicher. Die Türkei zum Beispiel wurde 1999 zum Beitrittskandidaten erklärt, sie ist es tatsächlich auch heute noch, aber nie war sie weiter entfernt von einem Beitritt als jetzt.

Eine Analyse der EU-Ukraine-Beziehungen sollte mit zwei grundsätzlichen Feststellungen beginnen. Erstens: Das europäische Integrationsprojekt bezieht sich auf den gesamten Kontinent. Im EU-Vertrag heißt es, dass jeder europäische Staat sich um die Aufnahme in die EU bewerben kann. Es ist also kein Land per se ausgeschlossen, selbst Russland nicht, obwohl die Vorstellung einer EU, die von Lissabon bis Wladiwostok reichen würde, sehr verwegen wäre.

Aber gesamteuropäische Integration bedeutet nicht notwendigerweise, dass sich die EU über ganz Europa ausbreitet. Andere Formen der Kooperation und Partnerschaft sind möglich, wie das Beispiel des Europäischen Wirtschaftsraums oder der Schweiz zeigt, denn es gibt keine Verpflichtung auf Teilnahme an der EU. Aber wie dem auch sei, die Ukraine kann EU-Mitglied werden, wenn sie es will und die dafür notwendigen Bedingungen erfüllt.

Zweitens: Die Ukraine ist der Nachbar von vier EU-Mitgliedstaaten, aber eben auch der größte westliche Nachbar Russlands. Sie ist zudem mit Russland auf vielfältige Weise historisch, kulturell und wirtschaftlich eng verflochten. Und deshalb wurde das Land Gegenstand eines geopolitischen Tauziehens zwischen den USA und Russland. Die strategische Position der USA ist offenkundig. Um zu verhindern, dass Russland noch einmal zu einem machtpolitischen Rivalen aufsteigen würde, soll die Ukraine nicht zu einer wie auch immer gearteten russischen Einflusszone gehören. Es geht bei dieser Politik nicht um das Wohlergehen der Menschen der Ukraine, sondern um die strategische Schwächung Russlands.

Angesichts dieser Ausgangslage ergibt sich, dass die Gestaltung der Beziehungen zwischen der EU und der

Ukraine idealerweise einer gleichzeitigen, tragfähigen Regelung des Verhältnisses zwischen der Ukraine und Russland sowie zwischen der EU und Russland bedarf. Eine Zeitlang sah es so aus, als könnte das gelingen, obwohl die EU, das sollte man nicht vergessen, lange Zeit nicht so recht wusste, wie sie mit der Ukraine und deren Drängen nach einer europäischen Perspektive umgehen sollte. In den ersten Jahren dieses Jahrhunderts war die EU eindeutig um Distanzierung bemüht. Die Devise war, dass der Ukraine auf keinen Fall irgendwelche politischen Zusagen gemacht werden sollten. Und tatsächlich ist es so, dass es ein klares Beitrittsversprechen der EU bis zur Entscheidung über den Kandidatenstatus nicht gab. Noch nicht einmal der Assoziierungsvertrag von 2014 enthielt eine Beitrittsperspektive. Die Strategie der EU war die einer schrittweisen Heranführung ohne Definition eines endgültigen politischen Ziels.

Gegen diese schrittweise Heranführung gab es zunächst auch keinerlei russische Widerstände. Die Verhandlungen über die EU-Assoziierung der Ukraine waren bereits 2011 abgeschlossen. Die Ukraine war unter ihrem als „prorussisch“ deklarierten Präsidenten damals zur Unterschrift auch bereit. Es war die EU, die damals nicht unterschreiben wollte, weil einige „Strategen“ in Washington und Berlin es für angemessen hielten, mit parteipolitisch motivierten Schachzügen die politische Zukunft eines großen europäischen Landes aufs Spiel zu setzen (siehe den Fall Tymoschenko und die Verbindung mit antirussischen Kräften).

2013 hatte sich die ökonomische und finanzielle Lage der Ukraine substantiell verschlechtert. Die EU verweigerte damals dem ukrainischen Präsidenten großzügige makroökonomische Unterstützung, was dazu führte, dass der ukrainische Präsident zunächst die Aussetzung der Assoziierung vorschlug. Dieser Vorschlag löste die Ereignisse des Maidan aus. Auf dem Maidan versammelten sich keineswegs nur leidenschaftliche Europäer. Der Maidan wurde zum Sammelplatz der gesamten Opposition gegen Janukowitsch, und die Kontrolle übernahm praktisch deren extrem rechter, russophober Flügel.

In der Rückschau erscheint es nicht nur als unbegreiflicher Fehler, dass die EU sich in die internen Angelegenheiten der Ukraine massiv einmischte. Zudem erschließt sich einem vernünftigen Nachdenken auch nicht, warum die EU die Ukraine grundsätzlich vor die Wahl stellte, Freihandel mit der EU zu betreiben oder mit der von Russland etablierten Eurasischen Union. Es gab durchaus Stimmen, die es in der EU ganz im Gegenteil für vorteilhaft hielten, wenn die Ukraine mit beiden Wirtschaftsblöcken verbunden sein und so die Brücke zu einem großen europäischen Wirtschaftsraum bilden würde. Eine solche Lösung hätte auch zum inneren Frieden in der Ukraine beigetragen, denn ausweislich zahlreicher Umfragen bis in die jüngste Zeit hinein wissen wir, dass die Mehrheit der Menschen in der Ukraine diese Entweder-oder-Politik ablehnte.

Zu den Unbegreiflichkeiten gehört auch, warum seit 2011 mit Russland nicht mehr über die Auswirkungen einer EU-Assoziierung der Ukraine auf Russland gesprochen wurde. Das Argument, die Verhandlungen der EU mit einem souveränen Staat gingen Dritte nichts an, istbarer Unsinn. Auch die EU betont ständig, dass sie keine Verträge zu Lasten Dritter abschließt. Das war auch der Grund, weshalb über die Auswirkungen der EU-Osterweiterung 2004 vorher sehr wohl mit Russland über dessen politische und wirtschaftliche Besorgnisse gesprochen wurde. Damals wurden tragfähige Lösungen gefunden – warum hätte das im Fall der Ukraine nicht auch gelingen sollen?

Das wesentlich von Deutschland vorangetriebene Minsker Abkommen war ein Versuch, mit diplomatischen Mitteln den Ukraine-Konflikt zu entschärfen, bevor er unkontrollierbar sein würde. Es wird seit Langem vermutet, dass die Regierung in Kiew die Verwirklichung des Abkommens sabotierte, weil sie die dazu notwendige Reform des Staatsaufbaus nicht bewerkstelligen konnte oder wollte. Tatsächlich war es aber noch schlimmer. Der damalige Präsident Poroschenko hat jetzt in Interviews, darunter mit der Deutschen Welle, preisgegeben, dass es der Ukraine nur darum ging, Zeit zu gewinnen, um den Krieg mit Russland vorbereiten zu können.



Aber das ist nun alles Schnee von gestern. Während man also mit guten Gründen argumentieren kann, dass die EU mehr hätte tun können, um die Konfrontation zu vermeiden, die jetzt im Krieg explodierte, ist es sehr schwer einzuschätzen, ob sie mit dem Beitrittsversprechen kurzfristig etwas erreichen kann.

Die Frage wird sich mit großer Dringlichkeit erst stellen, wenn es um die Nachkriegsordnung gehen wird. Erst dann wird sich zeigen, ob und wie über den von der Ukraine gestellten Beitrittsantrag entschieden werden wird. Aber unabhängig von einem nächsten rechtsverbindlichen Schritt sollte die EU ihre bisherige Hinhaltenaktik aufgeben und nunmehr eine Strategie für den ganzen Kontinent vorlegen, in der auch die Ukraine ihren richtigen Platz findet.

Zumindest in einem Punkt hat die EU dafür gesorgt, dass keine unrealistischen Erwartungen geweckt werden. Die Idee der Kommissionspräsidentin von der Leyen, die Ukraine im Blitzverfahren zum Mitglied zu machen, wurde ohne großes Aufsehen von den Staats- und Regierungschefs ad acta gelegt. Denn tatsächlich würde ein EU-Beitritt der Ukraine unter Kriegsbedingungen und ohne Beachtung der Beitrittsregeln die europäische Integration in ihren Grundfesten erschüttern und möglicherweise sogar zerstören.

Der Bericht der EU-Kommission, der den Staats- und Regierungschefs vorlag, war – vorsichtig ausgedrückt – sehr wohlwollend verfasst. Die enormen Defizite der Ukraine werden nur angedeutet: Die verderbliche Rolle einer Handvoll von Oligarchen, die grassierende Korruption, wobei der Fisch definitiv vom Kopf her stinkt, die Unterdrückung der Opposition, das dys-

funktionale Justizsystem und vieles andere mehr. Und dazu werden dann noch die Kosten des Wiederaufbaus kommen, wenn der Krieg erst einmal vorbei ist und wir wissen, mit was für einer Ukraine und was für einer EU wir es dann überhaupt zu tun haben werden.

Die Ukraine-Krise ist für die EU Teil eines wesentlich größeren Problems. Sie sucht nach ihrem Platz in der Welt von morgen, deren Konturen inzwischen deutlich genug sind. Die Zeit der einen globalen Supermacht geht unwiderruflich zu Ende. Den rasanten Aufstieg Chinas als führende Wirtschaftsmacht beobachten wir mit einer Mischung aus Bewunderung und Furcht und fragen, welche politische Rolle China daraus ableiten wird. Was der sogenannte „Westen“, also die USA, die EU und eine Handvoll verbündeter NATO-Partner in seiner krankhaften Selbstbezogenheit nicht wahrnimmt, ist, dass der größere Teil der Weltbevölkerung nicht mehr bereit ist, den westlichen Vorgaben zu folgen. Die großen Staaten Asiens, Lateinamerikas und Afrikas haben die westliche Bevormundung satt.

Man sollte genauer hinschauen, wie Länder wie Indien, Brasilien, Südafrika und andere auf der internationalen Bühne agieren. Im aktuellen Fall, der Ukraine-Krise, folgen sie keineswegs dem Versuch des Westens, Russland zu einem ewigen Paria zu machen. Leider ist auch die deutsche Außenpolitik voll auf die amerikanische Linie eingeschwenkt.

Die Russlandsanktionen sollen nicht dazu dienen, Russlands Fähigkeit zur Kriegsführung zu schwächen, sondern sie sollen laut Frau Baerbock „Russland ruinieren“.

Die Ukraine-Krise ist für die EU Teil eines wesentlich größeren Problems

Einmal abgesehen davon, ob es wirklich ratsam ist, die zweitgrößte Atommacht der Welt ruinieren zu wollen oder ob es überhaupt gelingen kann: Kann das die Vision der EU von der Zukunft des europäischen Kontinents sein?

Die Staats- und Regierungschefs der EU haben es versäumt, grundsätzliche Orientierungen zu liefern, was das Projekt europäische Einigung heute noch bedeutet und welche realistischen Möglichkeiten bestehen, es voranzubringen. Eine Möglichkeit wäre es, der Erweiterungspolitik wieder Priorität einzuräumen und eine ähnlich große Anstrengung wie vor der Osterweiterung von 2004/2007 zu unternehmen. Dabei würde es zunächst um die Westbalkanländer gehen müssen, die seit 1999 im Wartesaal sitzen.

Wenn die Kommission will, kann sie einen Beitrittsprozess enorm beschleunigen. Nicht, indem sie Probleme kleinredet und Defizite ignoriert, sondern indem sie das Gelingen des Prozesses zu ihrem eigenen Ziel macht und alle ihre Ressourcen einsetzt, den Beitrittskandidaten zu helfen, die schweren Hürden zu überwinden. Wirklich realistisch ist das aber nicht, denn tatsächlich ist die EU auf lange Zeit nicht erweiterungsfähig. Es fehlen die finanziellen und institutionellen Voraussetzungen, aber vor allem fehlt die politische und öffentliche Unterstützung in den Mitgliedsländern.

Wenig hoffnungsvoll ist die Lage auch, wenn man sich fragt, was jenseits der EU-Erweiterung geschehen müsste, um gesamteuropäische Kooperation auf den Feldern zu erreichen, die für die Selbstbehauptung Europas zentral sein werden: Sicherheit, Klima, Handel usw. Eine solche gesamteuropäische Kooperation ohne Russland aber wäre ein Widerspruch in sich. Wenn die EU es trotzdem versuchen sollte, würde sie die Achse Peking-Moskau schmieren und sähe sich der kombinierten Macht Chinas und Russlands ausgesetzt.

Das von deutschen Medien seit Beginn des Krieges ständig wiederholte Mantra, Russland sei prinzipiell zur Partnerschaft nicht fähig und jede anderslautende Botschaft aus Moskau sei jahrzehntelang nichts anderes als Heuchelei und Betrug gewesen, ist ein windiges Ablenkungsmanöver. Die praktischen Erfahrungen in der Zusammenarbeit mit Russland aus der Zeit vor der Konfrontation zeigen sehr klar, dass die strategische Partnerschaft funktionieren kann und dass eine europäische Sicherheitsarchitektur und ein gesamteuropäischer Wirtschaftsraum keine Spinnereien waren, sondern realistische Optionen. Das heute zu sagen, löst hysterische Reaktionen aus: naiv, dumm, illusionär, Wunschdenken, Anbiederung, so tönt es dann in unseren Leitmedien, die gerne vergessen, wie wohlwollend sie die Politik begleitet haben, die sie heute verdammen. Selbstkasteien gehört zur der „Zeitenwende“, die der Bundeskanzler ausgerufen hat.

„Wir haben uns geirrt“, sagte der Bundespräsident. Wir? Man sollte ihn mit der Darstellung der Russlandpolitik der letzten 30 Jahre als bloßen Irrtum nicht so einfach davonkommen lassen, weil diese Darstellung bestenfalls Selbstbetrug ist. Wenn alles nur ein Irrtum war, dann muss man nicht die Frage stellen, welche Fehler der Westen im Umgang mit Russland womöglich gemacht hat. Wenn mit dem kollektiven Irrtum gemeint sein sollte, dass „wir“ uns speziell in der Person Putin getäuscht haben oder er „uns“ ständig getäuscht hat, dann wird der entscheidende Punkt ausgeblendet. Man kann Weltpolitik nicht auf das Persönlichkeitsbild eines einzigen Mannes reduzieren. Würde Putin morgen abtreten, dann würden seine Nachfolger, egal aus welcher politischen Richtung sie kämen, die sicherheitspolitische Lage Russlands und seine vitalen Interessen haargenau so sehen wie er. Es ist ja auch wirklich nicht schwer, sich vorzustellen, wie das Vorrücken der NATO nach Osten aus russischer Perspektive aussieht.

In der Charta von Paris im Jahr 1990 haben die Europäer unter Beteiligung der USA die Gorbatschow-Idee vom gemeinsamen europäischen Haus zu ihrem Ziel erklärt. Wann und warum wurde dieser Weg verlassen? Wann fing es an, Russland nicht als Partner zu sehen, sondern als Gegner, den es kleinzuhalten gilt, und schließlich als Feind? Die USA hatten eine Zeitlang mit dem Gedanken gespielt, Russland den Beitritt zur NATO anzubieten. Das wurde fallengelassen. Es ließen sich die einzelnen Stationen auf dem Weg in die Konfrontation auflisten und es würde sich zeigen, dass die Verantwortung dafür nicht so eindeutig auf einer Seite liegt, wie die Leitartikler heute glauben machen wollen.

Die EU macht bei alledem keine gute Figur. Sie folgt willig der amerikanischen Strategie, die günstige Gelegenheit zu nutzen, da Putin sich offensichtlich ins Unrecht gesetzt hat. Gehorsam liefert die EU ein Sanktionspaket nach dem anderen ab, obwohl sehr wahrscheinlich ist, dass die Sanktionen uns selber mehr schaden als dem Adressaten. Dabei wird das dicke Ende erst noch kommen.

Wir riskieren die schwerste Wirtschaftskrise seit dem Zweiten Weltkrieg. Wir sind offenbar bereit, in Kauf zu nehmen, dass die industrielle Basis Deutschlands massiv demontiert wird. Es geht nicht um die Frage, wie lange und wie warm man duschen sollte, sondern um die industrielle Zukunft unseres Landes mit gravierenden Folgen für die EU. Die eifrig nachgeplapperte Parole: „Putin darf nicht gewinnen“ bedeutet im Klartext, dass dem Westen an einer Verhandlungslösung nichts liegt. Für die USA ist das kein Problem, für uns Europäer kann es die Exis-

tenzfrage sein. Ist es eigentlich noch erlaubt, in der Außenpolitik von den eigenen Interessen zu reden, oder ist das schon Moskau-Hörigkeit? Ein sich immer länger hinziehender Krieg mit immer mehr Opfern – ist das unser Interesse?

Ist es unser Interesse, dass wir uns in der Ukraine an einem Stellvertreterkrieg beteiligen, bei dem es um die geopolitischen Interessen der USA geht? Dabei ist die Ukraine nur ein Opfer. Sie muss immer weiterkämpfen, auch wenn ein Sieg längst unerreichbar scheint. Das andere Opfer wird die EU sein. Sie wird wirtschaftlich und politisch so geschwächt, dass aus dieser Richtung kein Widerspruch gegen US-Politik mehr zu erwarten ist und die Vorstellung von ihrer strategischen Emanzipation zum echten Partner zur Lachnummer wird.

Hätte die EU die Rolle eines eigenständig handelnden globalen Akteurs und würde die Bundesrepublik Deutschland, dem friedenspolitischen Auftrag des Grundgesetzes folgend, die EU in diese Richtung führen, dann könnte die EU ihr Gewicht einbringen, um den Krieg auf dem Verhandlungsweg zu beenden.

Wir gehen unsicheren, schweren Zeiten entgegen. Für meine Generation war die Idee der europäischen Einigung einmal der Königsweg zu Frieden, Sicherheit und Wohlstand auf dem gesamten europäischen Kontinent. Wir sahen Europa, das jahrhundertlang ein Unglück nach dem anderen über sich und die Welt brachte, als ein mögliches Vorbild dafür, wie Völker ohne Krieg und Gewalt miteinander leben können, als eine Ermutigung auch für andere, denselben Weg einzuschlagen. Es sieht so aus, als müssten wir wieder ganz von vorn anfangen.

Europa wächst nicht aus Verträgen, es wächst aus den Herzen seiner Bürger oder gar nicht.

Klaus Kinkel

Für Nachhaltigkeit und eine ökosoziale Marktwirtschaft



Statement

Die Optimierung des Menschen

Ein kritischer Blick auf den Transhumanismus



Prof. Dr.
Hartmut Schröder

In Deutschland spielte der Transhumanismus über einen längeren Zeitraum fast keine Rolle. Dies änderte sich mit Beginn der Coronakrise. Transhumanistische Ideen scheinen seitdem in Politik und Medien zunehmend auf Resonanz zu stoßen sowie Eingang in Medizin und Gesundheitspolitik zu finden. Verbreitet wird der Transhumanismus vor allem durch das World Economic Forum und durch die Bücher seines Gründers und Vorsitzenden Klaus Schwab.¹

Mit dem Wort Zeitenwende wird in der Politik ein Umschwung im historischen Geschehen beziehungsweise der Beginn einer neuen Ära verbunden, so dass Fragen zu stellen sind. Ist mit Umschwung und neuer Ära der Transhumanismus gemeint? Was bringt eine solche Ära für die Medizin und unser Gesundheitssystem?

Hat Erfahrungsmedizin in dieser neuen Ära noch einen Platz? Werden sich die Einrichtungen des Gesundheitssystems sowie Ärzte und Therapeuten in der Zeitenwende am Wohl des Patienten orientieren oder als gewinnorientierte Gesundheitswirtschaft verstehen? Was bedeutet das Konzept Mensch 2.0?

Diese und weitere Fragen können hier nicht beantwortet werden. Vielmehr soll auf Entwicklungen hingewiesen werden, die in der Öffentlichkeit kaum beachtet und von nur wenigen Akteuren bestimmt werden. Es scheint, dass zukunftsrelevante Entscheidungen zu diesen Fragen nicht durch demokratisch legitimierte Instanzen getroffen werden, sondern durch mächtige ökonomische und technologische Eliten. Die grundlegende Frage nach Möglichkeiten und Risiken einer „Optimierung des Menschen“ erfordert jedoch kluge gesellschaftliche Entscheidungen, wenn wir uns nicht von einer Entwicklung überrollen lassen wollen, die schon jetzt mit einer unglaublichen Geschwindigkeit läuft und fast ausschließlich einer Logik der technischen Machbarkeit und einem ökonomischen Gewinndenken verpflichtet ist.

Versuche einer Optimierung des Menschen sind nicht neu und haben eine Vorgeschichte. Der US-amerikanische Kulturphilosoph Charles Eisenstein² hat den Prozess der Zivilisation als einen Versuch der Men-

Foto: Holistisches
Medizincenter

¹ Die Bücher von Klaus Schwab liegen in deutscher und englischer Sprache vor.

² Charles Eisenstein: Die Renaissance der Menschheit. Über die große Krise unserer Zivilisation und die Geburt eines neuen Zeitalters. München 2012.

schen beschrieben, immer mehr Kontrolle über die Natur zu gewinnen beziehungsweise aus dem Reich der Natur hervorzutreten und sich selbst zum Schöpfer zu machen.

Die Befreiung von Krankheit und Leid sowie der Wunsch nach ewiger Jugend und nach Unsterblichkeit sind ein uralter Menschheitstraum. Künstlerisch findet dies in dem Bild „Der Jungbrunnen“ von Lucas Cranach dem Älteren (1472–1553) seinen Ausdruck. In dieser Vorstellung vom Jungbrunnen kann man wohl eine Art Vorläufer des Transhumanismus sehen: Nicht durch seine Lebensführung und durch Selbstkultivierung erhält der Mensch Gesundheit, ewige Jugend sowie Unsterblichkeit, sondern durch das Baden in einer wundersamen Substanz, die wie ein Allheilmittel alles bewerkstelligt.

Ideen und Ziele des Transhumanismus

Zwar versprechen Transhumanisten kein Baden im Jungbrunnen als Lösung aller von ihnen als Schwächen erkannten Probleme des Menschen, wie Krankheit, Altern und Tod; aber sie sehen eine „Erlösung“ des Menschen durch Technologien, die die physischen und auch psychischen Möglichkeiten des Menschen steigern sollen und schließlich auch den Tod besiegen könnten. Transhumanisten gehen davon aus, dass der Mensch – so wie er ist – eine Art „Auslaufmodell“ und nicht mehr zukunftsfähig ist. Sie wollen daher „den neuen Menschen schaffen“, wie es der Journalist Boris Hänßler in seinem Artikel „Verbesserte Menschen. Die vielleicht gefährlichste Idee der Welt“ ausgedrückt hat.³

Mit dem Begriff Transhumanismus lässt sich allerdings keine klar abgrenzbare Richtung von Wissenschaftlern erfassen. Es handelt sich vielmehr um

einen Sammelbegriff für verschiedene Strömungen in Medizin, Technik, Wissenschaft und Wirtschaft, die einen Widerhall auch in Film, Kunst, Literatur und Science-Fiction gefunden haben. Das Verbindende von Transhumanisten ist ihre ausschließliche Orientierung an Wissenschaft und Technologie. Neben der Pharmakologie sind Bezugsdisziplinen vor allem Neurowissenschaften, Nanotechnologie, Digitalisierung und Informatik, Prothetik sowie die Kryonik (Einfrieren des Körpers).

Als tragende Säulen des Transhumanismus nennen Transhumanisten a) das „Streben nach Transzendenz“, b) ein „humanistisches Weltbild“ und c) „Technik als Mittel der Veränderung des Menschen“. Das wichtigste Ziel von Transhumanisten ist die „selbstbestimmte Befreiung des Menschen aus den Fesseln der Natur“. Menschen sollen künftig sowohl ihr Aussehen (Body by Design) als auch ihre physischen und psychischen Möglichkeiten sowie ihre emotionalen Stimmungen nach eigenem Ermessen verändern und beliebig steigern können. Altern, Tod und Krankheit sollen Schritt für Schritt überwunden werden.

Diese ehrgeizigen Ziele lesen sich vielleicht wie Science-Fiction, aber es handelt sich durchweg nicht nur um Ideen, sondern um konkrete Projekte in Richtung Mensch 2.0. Da Projekte der Transhumanisten finanziell sehr gut abgesichert sind, scheint es um mehr als bloße Wunschvorstellungen zu gehen.

Gefördert und unterstützt werden transhumane Projekte vor allem durch die IT-Branche, d.h. durch Firmen wie Google, Apple & Co. Der WELT-Redakteur Benedikt Fuest⁴ hat 2021 recherchiert, dass Google im Jahr 2020 bereits 27,5 Milliarden Dollar in die Forschung investierte. Andere US-amerikanische Konzerne der IT-Branche wie Apple, Facebook und Microsoft sind Google dicht auf den Fersen.

³ Boris Hänßler: Verbesserte Menschen. Die vielleicht gefährlichste Idee der Welt. In: Süddeutsche Zeitung, 08.06.2013.

⁴ Benedikt Fuest: Die Milliarden-Wette der US-Giganten offenbart Deutschlands historisches Versäumnis. DIE WELT, 01.04.2021.

Investiert wird nicht nur in die Entwicklung von Quantencomputern, sondern auch in künstliche Intelligenz, Bioinformatik, Robotik etc. – unabhängig von staatlichen Forschungseinrichtungen und diese weit hinter sich lassend.

Neurotechnologie und Transhumanismus in der Medizin und im Gesundheitswesen

Grundsätzlich gilt, dass fast jede technische Innovation im Kontext des Transhumanismus auch in der Medizin und im Gesundheitswesen angewendet werden kann. Die „großen Entwürfe“ kommen – so der Historiker Harari⁵ – aus dem Silicon Valley und sind mit „grandiosen Begriffen“ verbunden:

- Künstliche Intelligenz
- Big Data
- Virtual Reality
- Algorithmen

Dass ethische Überlegungen zu Grenzen der Digitalisierung in der Medizin und im Gesundheitswesen erforderlich sind, machen bereits bestimmte Begriffe deutlich:

- Bioengineering und Gentechnik
- RFID-Chips und Implantate
- Prothetik und Cyborgisierung des Menschen
- Designer-Babys und Human Body by Design

Allein diese Begriffe zeigen, dass eine Entgrenzung der Medizin und eine Medikalisation der Gesellschaft droht, wenn Medizin sich nicht auf ihre traditionelle kurative, palliative und präventive Funktion begrenzt, sondern eine Optimierung des Menschen anstrebt bzw. sich dafür missbrauchen lässt. Am Ende könnte eine solche Entgrenzung vielleicht sogar dazu führen, dass sich Medizin im traditionellen Verständnis einer Heilkunst auflöst und der Arzt durch Dr. Google ersetzt wird.

Miriam Meckel, Kommunikationswissenschaftlerin und Herausgeberin der WirtschaftsWoche, hat sich mit einem Anwendungsbereich des Transhumanismus beschäftigt, der die bisherigen Grenzen der Medizin in besonderer Weise verletzt: die Optimierung des menschlichen Gehirns durch Medikamente, Imate und andere technisch-wissenschaftliche Interventionen. In ihrem Artikel „Das Kapital im Kopf“⁶ gibt sie einen Überblick über Neurotechnologien, die unserem Gehirn ein technisches Update geben sollen. Entwicklungen in der Bewusstseinsindustrie verändern – so Meckel – mehr als nur Geschäftsmodelle. Sie stellen vielmehr den Übergang zum Neurokapitalismus dar. Meckel berichtet, dass weltweit bereits mehrere Unternehmen daran arbeiten „durch Neurostimulation, Neuromodulation, Hirn-Apps und Entwicklung von Hirn-Computer-Schnittstellen“ das Gehirn zu erobern. Allein 2014 wurden 1.600 Patente in den USA angemeldet. Einer der bedeutenden Akteure ist Elon Musk: „Er baut nicht mehr nur Elektroautos, Raketen und Tunnel, sondern jetzt eben auch am Gehirn des Menschen. Besser, schneller, akkurater soll das werden. Es soll Teil eines all-

⁵ Interview Yuval Noah Harari: Zukunft des Menschen. „Wir werden Götter sein“. In: DER SPIEGEL, 23.03.2017.

⁶ Miriam Meckel: Das Kapital im Kopf. Industrie und Forschung basteln an technischen Updates für unser Gehirn. In: WirtschaftsWoche (2018).

umfassenden Netzwerks aus menschlichen Gehirnen und Computern rund um die Welt sein. Dazu soll das Gehirn die Einheit werden, die alles für Kommunikation Notwendige integriert, sozusagen die Relaisstation für den Brainchat, die Dauerkommunikation aller mit allen, digital und nonverbal“.

Yuval Harari geht in dem Interview mit DER SPIEGEL zu seinem Buch „Homo Deus“ davon aus, dass im 21. Jahrhundert die wichtigsten Produkte der Ökonomie der menschliche Körper und sein Gehirn sowie Bewusstsein und künstliches Leben sein werden. Dabei sieht Harari drei Wege eines Upgrading des Menschen zum Homo deus: Bioengineering, Cyborgisierung und die Entwicklung anorganischen Lebens: „Wenn das gelingt, werden wir Götter sein“.

Was bedeutet das? Beschränkt sich Bioengineering „nur“ auf die Optimierung organischen Lebens durch das Umschreiben von Gencodes im Labor, so ist die Cyborgisierung radikaler: sie „kombiniert organisches Leben mit nicht organischen Apparaten, etwa bionischen Augen, Ohren, Gliedmaßen“. Der dritte Weg lässt – so Harari – „den Bereich des Organischen komplett hinter sich, um vollkommen nicht organische Lebewesen zu erschaffen“. Dabei soll Software neuronale Netzwerke ersetzen und das menschliche Gehirn nachgebaut werden. Durch Neurotechnologie soll der bisherige Mensch nicht nur optimiert werden, sondern es wird die Erschaffung eines „Artilect“ (artificial intellect) angestrebt – ein Wesen, das Menschen nicht nur physisch überlegen ist (wie z.B. ein Roboter), sondern seinen menschlichen Schöpfer vor allem in kognitiver Hinsicht übertrifft.

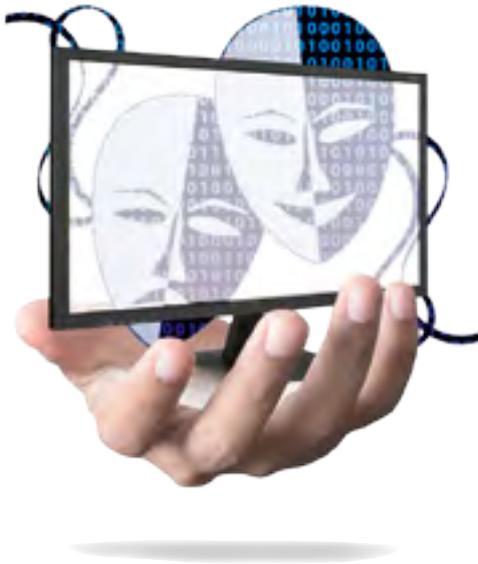
Auch wenn sich dies gegenwärtig noch wie Science-Fiction liest, sollte nicht übersehen werden, dass sich die Bewusstseinsindustrie in einem rasanten Tempo ihren selbst gesteckten Etappenzielen nähert.



Risiken und Nebenwirkungen

Das Thema Transhumanismus ist also keineswegs nur von philosophischem Interesse, sondern es betrifft ausnahmslos jeden Menschen jetzt und vor allem in den kommenden Jahrzehnten. Mit der Entwicklung einhergehende Risiken und Nebenwirkungen sind zumindest teilweise vorauszusehen. Besonders schockierend ist dabei, dass schon jetzt vieles darauf hindeutet, dass Gegner bzw. Verweigerer transhumaner Entwicklungen es zukünftig nicht einfach haben werden. Die Zukunftsforscher Roland Benedikter und Karim Fathi mahnen: „Wer sich nicht mit Technologie zum Zweck der ‚Selbststeigerung‘ direktverschalten lässt, wird zunehmend sozialen Problemen gegenüberstehen, darunter Schwierigkeiten, Versicherungs- und Gesundheitsleistungen zu erhalten“.⁷

⁷ Roland Benedikter und Karim Fathi: Die Zukunft des menschlichen Bewusstseins: techno-anthropologische Hybridisierung? In: Philip Kovce und Birger P. Priddat (Hrsg.): Selbstverwandlung. Das Ende des Menschen und seine Zukunft. Anthropologische Perspektiven von Digitalisierung und Individualisierung. Marburg 2022. S. 47–70.



Ein wichtiger Faktor für die rasante Verbreitung des Transhumanismus im Gesundheitswesen ist das fast uneingeschränkte Vertrauen in Technik und Wissenschaft.

Der Philosoph Christoph Quarch⁸ vermutet, dass gerade viele Mediziner glauben, „der Mensch könne mithilfe seiner praktischen Vernunft oder politischen Organisationsformen solchen Mächten wie künstliche Intelligenz, Robotik oder Big Data Herr werden“.

Und mit Bezug auf Martin Heidegger hält er dem entgegen, dass „die Technik (...) ihrem Wesen nach etwas ist, was der Mensch von sich aus nicht bewältigt“. Es gilt vielmehr: „Nicht wir haben die Technik, sondern die Technik hat uns“.⁹

Eine besondere Brisanz des Transhumanismus sieht Quarch darin, dass Transhumanisten keinen Maßstab für die Frage haben, wie weit Technik gehen soll und wo Menschen Grenzen setzen sollten: „der einzige ‚Wert‘, den der Transhumanismus kennt, ist ein rein quantitatives Mehr: mehr Lebensdauer, mehr Gesundheit, mehr Intelligenz, mehr Information, mehr technische Leistungsfähigkeit. (...) Es ist eine Ideologie der Maßlosigkeit, Vermessenheit und Anmaßung“.

⁸ Christoph Quarch: „Menschendämmerung...“. Transhumanismus, Human Enhancement und das drohende Ende einer antikierten Spezies. Fulda 2016.

⁹ Interview mit Martin Heidegger: „Nur noch ein Gott kann uns retten“. DER SPIEGEL, 31.05.1976.

Das Ende des Homo sapiens?

Mit ethischen Aspekten der Digitalisierung hat sich Axel Ekkernkamp¹⁰ beschäftigt. Er geht davon aus: „Alles, was digitalisiert werden kann, wird digitalisiert“, und stellt die Frage, ob in einer Welt 4.0 dieses Paradigma auch für die Medizin gelten darf – „gerade vor dem Kontext ethischer Verantwortung“ und „insbesondere angesichts der Entwicklungen im Bereich künstlicher Intelligenz (KI)“. Seine weiteren Fragen lauten:

Was kann und was darf die Medizin der Zukunft leisten? Wo sind Grenzen? Ist technischer Fortschritt verpflichtend und in allen Bereichen unseres Lebens erforderlich?

Ekkernkamp postuliert, dass im Kontext von Medizin und Gesundheit immer wieder diskutiert werden muss, „welche Technologien wir im Interesse der Wissenschaft und des Patienten tatsächlich einsetzen wollen“. Seine Antwort ist einfach: „solche, die für den Menschen am besten sind“. Das heißt, dass Medizin vom Menschen aus gedacht werden soll. Nicht technische Machbarkeit oder ökonomisches Kalkül dürfen ausschlaggebend sein, sondern ein ethisches Prinzip, Menschen in der Not zu helfen und Leid zu lindern.

¹⁰ Axel Ekkernkamp: Die medizinischen Aspekte der digitalen Dimension. Gastbeitrag in: Christoph Brüssel, Volker Kronenberg, Lenno Götze: Digitale Zukunft und neue Kultur. Wirkung auf Politik, Wirtschaft und Gesellschaft. Baden-Baden 2019, S. 153–158.



So gut gedüngt kann Bio sein

Der neue Profi-Flüssigdünger:
TerraPlus® Fluid



Neue Produktlinie für
ökologische Anwendungen
nach EU-Bio-Standard.

www.compo-expert.de





Deutschland braucht mehr qualifizierte Zuwanderung

Unternehmen suchen händeringend Personal

Von Michael King-Rolland

Bernd Rützel (53) ist Vorsitzender des Ausschusses Arbeit und Soziales im Deutschen Bundestag. Mit 14 Jahren trat er bei der Deutschen Bundesbahn eine Lehre als Maschinenschlosser an und setzte sich seit dieser Zeit als Jugendvertreter und später als Betriebs- und Personalrat auch für die Interessen von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern ein. Nach seiner Ausbildung als Maschinenschlosser und Werkmeister studierte Rützel Maschinenbau und Elektrotechnik an der Fachhochschule Karlsruhe. Für die SPD ist er seit 2013 Mitglied des Deutschen Bundestages. Mit Bernd Rützel, MdB sprach Michael King-Rolland.

Sie sind Vorsitzender des Ausschusses für Arbeit und Soziales im Deutschen Bundestag. Wie bleibt der Arbeitsmarkt bei uns robust und stabil angesichts hoher Energiepreise und der stärksten Inflation seit den 80er-Jahren?

Unsere wichtigste Aufgabe ist es, den Arbeitsmarktmotor am Laufen zu halten. Noch ist der Arbeitsmarkt stabil, und das muss auch so bleiben. Wir haben während der Pandemie durch Kurzarbeit Millionen Jobs gerettet. Das hat sehr viel Geld gekostet. Genau genommen haben wir während dieser Zeit 43 Milliarden Euro für Kurzarbeit ausgegeben. Aber es war gut ausgegebenes Geld. Hätten wir das nicht gemacht, hätten wir den Arbeitsmarkt abgewürgt. Und wenn der einmal ins Schlingern geraten ist, ist es umso schwieriger, wieder Stabilität reinzubringen. Wenn wir über den Arbeitsmarkt sprechen, dürfen



wir einen entscheidenden Aspekt nicht vergessen: Unternehmen suchen gerade händeringend Personal. Das betrifft nicht nur Fachkräfte. Es fehlt an Arbeitskräften allgemein. Und das ist schon lange kein Problem einzelner Branchen mehr. Klar, wir denken dabei als Allererstes an die Pflege oder die Bauwirtschaft. Aber die Personaldecke ist inzwischen überall dünn.

***D**ie dünne Personaldecke zu füllen, bleibt auch für viele kleine und mittelständische Unternehmen eine große Herausforderung. Was muss angesichts dieses akuten Mangels an Arbeitskräften in Deutschland, insbesondere auch Fachkräften, jetzt getan werden?*

Die Gretchenfrage im Hinblick auf diesen Mangel an Arbeitskräften lautet: Wie bekommen wir genug Menschen, die die Arbeit verrichten, ohne die unser Alltag nicht funktioniert? Meines Erachtens muss das unter anderem über Einwanderung passieren. Daneben müssen wir aber auch das Fachkräftepotenzial im Inland heben.

Wenn ich lese, dass 1,5 Millionen Menschen bis zum 30. Lebensjahr keinen Abschluss haben, wird deut-

lich, dass hier noch Luft ist. Deswegen haben wir uns als Regierungskoalition einen massiven Schub für Aus-, Fort- und Weiterbildung vorgenommen. Wir wollen Erstausbildungen genauso fördern wie Neuorientierungen auch in der Mitte des Erwerbslebens. Das ist oft gar keine Frage des Wollens. Es ist angesichts des technologischen Wandels einfach notwendig.

Außerdem werden wir weiter an besseren Rahmenbedingungen für Familien arbeiten. Nur so schaffen wir eine höhere Erwerbsbeteiligung von Frauen. Daneben braucht es Modelle für ältere Erwerbstätige, mindestens bis zum regulären Renteneintrittsalter zu arbeiten – und wenn sie es wünschen, auch darüber hinaus.

Was mir besonders wichtig ist: Viele klein- und mittelständische Unternehmen müssen attraktiver werden. Das geht nur über Tarifverträge. Dort, wo es einen Tarifvertrag gibt, sind die Probleme geringer. Und die Betriebe müssen sich auf Arbeitsmodelle jenseits von Vollzeitarbeit einlassen. Ich höre immer wieder beispielsweise von Handwerksbetrieben, die ihren älteren Beschäftigten keine Teilzeit anbieten wollen. Sie sagen, dass sie ja ohnehin schon zu wenig Mitarbeitende haben. Aber wenn sie da nicht flexibler werden, dann ist der Beschäftigte in vielen Fällen ganz weg.

Zu einer modernen Arbeitswelt gehört flexibles Arbeiten – und seit Corona intensiv auch Homeoffice

Kann zur Lösung auch die Integration von Geflüchteten etwa aus der Ukraine helfen? Was ist Ihr Rezept?

Wir müssen möglichst viele geflüchtete Menschen in unseren Arbeitsmarkt integrieren, nicht nur aus der Ukraine. Die ukrainischen Geflüchteten haben sofort eine Arbeitserlaubnis erhalten. Das reicht aber nicht. Es sind vor allem Frauen mit Kindern gekommen. Damit diese Frauen arbeiten können, brauchen sie Kinderbetreuung. Wir haben gleich Sprachkurse geschaffen. Das müssen wir gemeinsam mit Ländern und Kommunen ausweiten. Neben den Menschen, die vor Krieg und Unterdrückung in ihren Heimatländern fliehen, braucht Deutschland aber auch mehr qualifizierte Zuwanderung aus dem Ausland. Innenministerin Nancy Faeser und Arbeitsminister Hubertus Heil arbeiten gerade an einem Vorschlag für ein neues Einwanderungsgesetz, den sie noch in diesem Jahr vorlegen werden. Wir brauchen kluge Köpfe und helfende Hände auch aus dem Ausland, um wirtschaftlich dauerhaft erfolgreich zu sein. Ob diese Menschen dauerhaft bei uns bleiben oder ihre Erfahrungen aus Deutschland dann in ihren Ursprungsländern nutzen, sollten sie selbst entscheiden können.

Zu einer modernen Arbeitswelt gehört flexibles Arbeiten – und seit Corona intensiv auch Homeoffice. Reichen die bisherigen Bestimmungen aus, um Benachteiligungen für einige Branchen, wie Handwerk und Gastronomie, zu vermeiden?

Ich halte nichts davon, Gruppen gegeneinander auszuspielen. Ein Vorteil für die eine Gruppe ist noch lange kein Nachteil für die andere Gruppe. Dennoch

begrüße ich natürlich, Ansätze, Arbeitsmodelle, die den Beschäftigten mehr Gestaltungsspielraum lassen, für möglichst viele Branchen und Berufe zu finden.

In meinem Wahlkreis erproben bereits mehrere Firmen Vier-Tage-Modelle für die Produktion. Dabei wurden zum Beispiel alle vorher unterschiedlichen Wochenarbeitszeiten auf 37 Stunden runtergesetzt. Jetzt wird in der Praxis geschaut, wie die Verdichtung der Arbeitszeit auf vier Tage wirkt – für die Beschäftigten und fürs Unternehmen. Dann wird Bilanz gezogen. Das ist ein weiteres mögliches Ass bei der Gewinnung von Arbeits- und Fachkräften: Arbeitszeitmodelle, die dem Bedürfnis der Beschäftigten nach einer ausgewogenen Work-Life-Balance entgegenkommen.

Apropos Work-Life-Balance und Perspektiven nach dem Arbeitsleben. Schon heute subventioniert der Bundeshaushalt die gesetzliche Rentenversicherung mit gut 100 Milliarden Euro im Jahr. Tendenz steigend. Ab 2025 geht die geburtenstarke Generation der „Babyboomer“ in Rente. Wie wollen Sie die Rente stabil und sicher halten, ohne das Renteneintrittsalter zu erhöhen, wie im Koalitionsvertrag zugesagt?

Eine kleine Entwarnung vorneweg: Vor hundert Jahren kamen zwölf Beschäftigte für einen Rentner auf – heute sind es zwei. Das funktioniert, weil die Produktivität immens gestiegen ist. Ein entscheidender Punkt für stabile Renten sind gute Löhne. Werden – dank Tarifverträgen – gute Löhne gezahlt,

Am Renteneintrittsalter ist überhaupt nicht zu rütteln



sorgt das gleichzeitig für gute Renten. Ein weiterer Baustein ist das Prinzip „Prävention vor Reha vor Rente“. Wir wollen, dass Beschäftigte lange und gesund ihrer Arbeit nachgehen können. Und das wollen wir nicht nur für eine gut finanzierte Rentenversicherung, das wollen wir auch für die Menschen. Niemand soll bis zur Erschöpfung arbeiten, egal ob körperlicher Art oder wie immer häufiger zu Lasten der psychischen Gesundheit. Ich mache mich bereits seit Langem dafür stark, niedrige Versicherungsbeiträge nicht als heilige Kuh zu behandeln. Wirklich auskömmliche Renten sind es wert, etwas zu investieren. Und der Rentenbeitrag ist aktuell mit 18,6 Prozent niedriger, als er in der Vergangenheit war. Deshalb bin ich der Meinung, dass auch und gerade junge Versicherte lieber etwas höhere Beiträge bezahlen – wenn sie im Gegenzug sicher sein können, später auch eine ordentliche Rente zu erhalten.

Wir haben im Koalitionsvertrag vereinbart, dass Selbstständige künftig in der gesetzlichen Rentenversicherung sein sollen, wenn sie nicht im Rahmen eines einfachen und unbürokratischen Opt-outs ein privates Vorsorgeprodukt wählen. Am Renteneintrittsalter ist dagegen überhaupt nicht zu rütteln.

Last but not least: *Wie lautet Ihr Motto als Arbeits- und Sozialpolitiker für dieses Jahrzehnt?*

Wir müssen den Wandel gestalten. Er passiert, ob wir das wollen oder nicht. Aber wir können bestimmen, wie er abläuft, wenn wir uns einmischen und handeln. „Der eine wartet, dass die Zeit sich wandelt, der andere packt sie kräftig an und handelt“, hat Dante Alighieri gesagt. Das gilt auch heute.

Unser Ziel ist eine ökologische und soziale Marktwirtschaft. Wir müssen dabei die Nutzung der Umwelt aus einem Rahmenkonzept heraus begrenzen.
Das hat mit Planwirtschaft überhaupt nichts zu tun.

Klaus Töpfer
Ehrensator des Senats der Wirtschaft

Für Nachhaltigkeit und eine ökosoziale Marktwirtschaft

SCHWINN
A World of Daily Innovation



Eine Initiative des Senats der Wirtschaft

Statement

Alternativlos: Dialoge über politische Systeme und Kulturen hinweg

Dr. Jeremias Kettner mit einem Plädoyer für stärkere internationale Zusammenarbeit



Jeremias Kettner

Brexit, America First, Pandemie, Klimakatastrophe. Jeder für sich selbst scheint der Modus Operandi zu sein. In diesem Artikel geht es jedoch weniger um die Frage, was hinter dem Reflex steckt, sich auf nationale Stärke und Blockdenken zu berufen. Viel eher darum, was es bedarf, einer solchen Entwicklung entgegenzuwirken.

Denn eines ist klar und angesichts der Entwicklungen von sogenannten „strong men“ zugleich paradox: Die drängenden Probleme unserer Zeit sind nur gemeinsam zu lösen. Kein Staat der Welt und kein regionaler Block wird komplexe Herausforderungen, allen voran den Klimawandel und seine katastrophalen Folgen, allein bewältigen können.

Dafür bedarf es ergebnisoffene multilaterale Dialoge mit dem Ziel, unterschiedliche, national strategisch gedachte Interessen auszugleichen. Im besten Fall über ideologische, systeminhärente und kulturelle Grenzen hinweg. Natürlich ist das anstrengend – auch und

gerade weil gegenseitiges Verständnis gefordert ist. Eine Grundbereitschaft sich zuzuhören ist Voraussetzung, geht es darum, die gegenseitigen Standpunkte kennenzulernen.

In einer Welt, in der sich rasant und mit globalen Auswirkungen alte neue Blöcke bilden, scheint das offene Gespräch umso wichtiger. Leider werden ergebnisoffene Dialoge aber immer weniger geführt. Stattdessen stehen sich vorherrschende Meinungen und Narrative oft unversöhnlich gegenüber. Verstärkt werden diese durch Informationsblasen, täglich gefüttert von Algorithmen. Das freie Denken wird erschwert, Meinungen werden manipuliert und zeitgleich zementiert. In autokratischen Systemen kommt Zensur und Gleichschaltung der Medien erschwerend hinzu. Dass der Mensch Orientierung sucht, ist nichts Neues und psychologisch einfach zu erklären. Deswegen gibt es Weltbilder und Narrative. Und eben auch Vorurteile. Diese Schubladen haben eine wichtige Funktion. Anhand ihrer lässt sich die zunehmend komplexe Welt in gewisse Schemata einordnen, welche Menschen Sicherheit bieten.

Voneinander lernen ist die Devise

Allerdings wird es problematisch, wenn die Möglichkeit, anders zu sein und Dinge anders zu machen als die eigene Peergroup, keine ernsthafte Option mehr ist. An die Stelle von Toleranz tritt dann Ignoranz, Abgrenzung und im schlimmsten Fall Hetze gegen Andersdenkende. Das zunächst Fremde wird so per se als negativ und damit schlecht oder gar als weniger wert abgestempelt. Kulturelle Unterschiede und damit einhergehende Wertegerüste werden dieser Logik nach als Bedrohung wahrgenommen. Im Umkehrschluss stirbt die ergebnisoffene Erwartungshaltung, eben diese Unterschiede als Bereicherung zu erleben, aus.

Diese Situation ist brandgefährlich. Insbesondere in der heutigen Zeit mit Pandemien, Umweltkatastrophen und einem Krieg in Europa. Sollte sich die aktuelle Energiekrise verschärfen, die Zinsen weiter anziehen und die Inflation nicht eingefangen werden, gibt es laut führender Wirtschaftsexperten mit hoher Wahrscheinlichkeit eine Rezession, deren Folgen kaum abzuschätzen sind. Eines dürfte aber als sicher gelten: Wenn die Europäer im nahenden Winter im Kalten sitzen, Lebensmittel und Benzin noch teurer werden, und das Geld weniger wert, hat die Solidarität ein Ende. In der Folge werden Populisten mit ihrer spalterischen Rhetorik auf offene Ohren stoßen.

Wenn wir nicht wollen, dass allerorts auf der Welt Akteure eine solche Situation für die eigenen macht-

politischen Ziele missbrauchen, müssen wir handeln. Und zwar sofort und beständig, im Großen wie im Kleinen. Jeder trägt Verantwortung dafür, wie und mit welcher Haltung wir uns fremden Menschen annähern. Vor allem Partnern, die von einer hohen Intransparenz sowie von Regimedynamiken und kulturellen Verhaltensmustern gekennzeichnet sind, die vielen politischen und wirtschaftlichen Entscheidungsträgern in Deutschland bzw. im Westen fremd sind.

Dabei sollte immer bedacht werden: Viele der Eliten beispielsweise aus den arabischen Golfstaaten oder China werden auf Eliteuniversitäten in den USA und Europa ausgebildet. Sie kennen uns sehr viel besser als wir sie. Und doch bleiben sie in ihrem Kontext an lokal herrschende „codes of conduct“ gebunden. Ungeschriebene Gesetze, die durch Kultur überliefert werden, z.B. in der Konfliktbearbeitung oder im Geschäftsgebaren.

Hier kann im eigenen Interesse angesetzt werden. Gerade in Europa können und sollten wir es uns nicht leisten, mit dem Finger auf andere zu zeigen. Wir müssen unsere Werte klar definieren und diese stringent kommunizieren. Wir sollten uns jedoch davor hüten, andere zu belehren. Denn Länder wie China und Russland wissen sehr gut, wie der Westen des Vorwurfs doppelter Standards überführt werden kann, und legen den Finger aktiv in diese Wunde.



Die gute Nachricht ist: Der Blick über den eigenen Tellerrand lohnt sich. Die Welt hat viel zu bieten, wenn man sie versucht zu verstehen. Genau das ist es, was Menschen tun, die Brücken bauen. Brücken zwischen Nationen, Brücken zwischen Kulturen, Brücken zwischen Systemen. Die nicht die Abgrenzung, sondern das verbindende Element in den Mittelpunkt ihrer Handlung stellen. Voneinander lernen ist die Devise. Wie gewinnbringend diese Einstellung für die Erkenntnis über die Welt und damit die persönliche Entwicklung sein kann, habe ich im Lauf meines Berufswegs eindrucksvoll erleben dürfen.

Dafür müssen zunächst aber ideologische Scheuklappen abgelegt werden. Wie oft wurde ich mit erhobenem Zeigefinger gefragt, wie ich mit Menschen aus autokratischen Systemen zusammenarbeiten kann. Als ob jeder Mensch ein Label hätte. Zunächst ist meine Antwort, dass Menschen sich nicht aussuchen, in welche Umgebung sie geboren werden. Natürlich sind die Menschenrechte universell gültig und niemals verhandelbar. Freiheit im Denken und Tun zeichnet demokratische und offene Gesellschaften schließlich aus. Manchmal nur habe ich das Gefühl, dass viele, gerade jüngere Personen im Westen diese Freiheiten als selbstverständlich erachten oder sie nicht mehr zu schätzen wissen.

Eben genau weil ich mit Personen aus anderen Kulturen und politischen Systemen zusammenarbeite, weiß ich, dass es nachhaltige Innovation und damit Fortschritt und Stabilität nur gibt, solange zivilgesellschaftliche Plattformen für Dialoge über Ländergren-

zen hinweg funktionieren. Der Senat Deutschland/Europa, das World Systemic Forum, das ERAMUS-Programm, um nur einige zu nennen, sind in diesem Zusammenhang von zentraler Bedeutung.

Das Medium ist dabei zunächst zweitrangig, da es um zielgruppenspezifische Kommunikation, also den Output, geht. Viel wichtiger ist das richtige Mindset, welches für den nötigen Input sorgt. Dieser kann meines Erachtens am besten im Gespräch entwickelt werden. Entweder über Interviews oder Gesprächsreihen bzw. Veranstaltungen, bei denen es um Sinneseindrücke und das gegenseitige Kennenlernen geht. Sorgfältig kuratierte Gruppen von Thought leaders, über Generationen, Fachgebiete, Kulturen und Systeme hinweg erlauben einen spannenden Perspektivwechsel.

Diese Brücken sind friedenserhaltend und dürfen nicht voreilig eingerissen werden. Aktuell erleben wir beispielsweise wirtschaftliche Sanktionen gegen Russland, die aufgrund des schrecklichen Angriffskrieges gegen die Ukraine richtig sind. Allerdings sollten zivile Forschungs- und Bildungseinrichtungen sowie Kulturinstitutionen solange und soweit wie möglich von solchen Sanktionen ausgenommen werden. Wie wichtig Schüler- und Studentenaustausch, Städtepartnerschaften oder Programme für Journalisten, Kulturschaffende und Parlamentarier sein können, ist eindrucksvoll bewiesen. Wie leicht einmal aufgebautem Vertrauen zerstört werden kann, leider auch. Und Russland ist nur der Anfang. Bereits seit längerem erleben wir ein wirtschaftliches Decoupling zwischen den USA und China. Kooperationen im

Eigentum verpflichtet. Sein Gebrauch soll zugleich dem Wohle der Allgemeinheit dienen.

Artikel 14(2) Grundgesetz

Für Nachhaltigkeit und eine ökosoziale Marktwirtschaft





Foto: dpa picture Alliance

zivilgesellschaftlichen Bereich werden zunehmend schwieriger. Ohne Institutionen wie beispielsweise die China-Brücke oder das Arabische Kulturhaus, die einen Perspektivwechsel ermöglichen, wird die Gefahr der „Information bias“ in einem globalen „War of narratives“ noch verstärkt.

Nur dort wo Menschen sich persönlich begegnen können, erfahren sie, dass ihre Mitmenschen, egal woher sie kommen, dieselben Ängste, Wünsche und Hoffnungen umtreibt. Das beste Beispiel sind Eltern. Wer würde ernsthaft dementieren, dass alle Eltern der Welt das Beste für ihre Kinder wollen? Ein anderes Beispiel ist die Kreativität und das produktive Schaffen von Menschen. In einem künstlerischen Schaffensprozess mit anderen zusammen erleben wir ein starkes verbindendes Element – die Kraft der Kulturdiplomatie.

Abschließend ein paar Zahlen: 2018 lebten weltweit rund 4,2 Milliarden Menschen in Demokratien (2003: 4,0 Milliarden) und etwa 3,3 Milliarden (2003: 2,3 Milliarden) in Autokratien. Das heißt, dass wir uns mit Menschen aus anderen politischen Systemen auseinandersetzen müssen und den längst bestehenden Systemwettbewerb unvoreingenommen und selbstbewusst eingehen sollten. Systeme prägen Kulturen und andersherum. Wir müssen im Gespräch bleiben und von den Vorteilen einer freiheitlichen demokratischen Gesellschaft überzeugen. Es gibt keine Alternative!

Jeremias Kettner ist ein führender deutscher Außenpolitik-Experte und Gründer von Kettner Advisory (Politische Risikoanalyse, Außenwirtschaftsförderung, Stakeholder-Dialoge, Public Diplomacy).

Er promovierte in Politikwissenschaften an der Freien Universität Berlin und ist zertifiziertes Aufsichtsratsmitglied der ESMT Executive Education. Kettner baute u.a. das Arabische Kulturhaus auf, war Vorsitzender der jungen Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik und ist Alumni Global Shaper des World Economic Forum und des Aspen Institutes.

Seine Expertise teilt er regelmäßig als Referent, Gastdozent und Kommentator in internationalen Medien. Sein neues Buch „Leadership and Public Diplomacy in Qatar“ erscheint bei Palgrave Macmillan.

Mit seiner Veranstaltungsreihe „The Bridge“, stellt er das Gespräch mit führenden Entscheidungsträgern in den Mittelpunkt. Komplexität wird auf den Menschen mit seinen Bedürfnissen und Ambitionen reduziert. Mit diesem Gedanken umkreist Kettner die Welt und sucht nach dem, was uns besonderes macht und was uns verbindet. Brücken sollen gebaut, Perspektiven ermöglicht und Informationsblasen durchbrochen werden.

Wer nach vorne blickt, weiß nie, was wirklich Sinn ergibt.
Nur im Rückblick erscheint etwas logisch.

Steve Jobs

Für Nachhaltigkeit und eine ökosoziale Marktwirtschaft



Krieg in der Ukraine

Eine lange Zeit des Friedens in Europa ist zu Ende gegangen

Am Morgen des 24. Februars begann die russische Invasion in der Ukraine, Panzer rollten Richtung Kiew. Millionen Flüchtlinge, insbesondere Frauen und Kinder, machten sich in den folgenden Tagen und Wochen auf den Weg in den Westen der Ukraine und die europäischen Nachbarländer.

Mit Beginn der russischen Invasion auf alle Landesteile der Ukraine trat uns allen die Notlage der ukrainischen Bevölkerung deutlich vor Augen. Entsprechend schnell entwickelte sich auch die Hilfsbereitschaft. Dem Aufruf des Senats der Wirtschaft sind viele von Ihnen gefolgt und haben zu dem sehr guten Ergebnis von 80.000 Euro geführt, mit dem die Malteser wiederum humanitäre Hilfe für die Ukraine leisten können. Es fehlt weiterhin überall im Land an Medikamenten, an Feldbetten, Lebensmitteln und Hygieneartikeln. Jede Hilfe für die Ukraine zählt.

30 Jahre Malteser in der Ukraine

Die Malteser stehen seit fast 30 Jahren im Dienst der Menschen in der Ukraine. In Lviv und Ivano-Frankivsk, im Westen der Ukraine, ist das Zentrum der Malteser Hilfe. In beiden Städten sind die ukrainischen Malteser seit mehr als drei Jahrzehnten ehren- und hauptamtlich aktiv. Seit 2015 leisten wir zudem psychosoziale Unterstützung von Vertriebenen in den Grenzregionen im Osten des Landes. Pavlo Titko, Leiter der Malteser Ukraine, berichtete wenige Tage vor der Invasion, am 12. Februar, dass „insbesondere bei den Menschen, die wir schon lange unterstützen und die unter den Folgen der Vertreibung aus ihrer Heimat leiden, alte Traumata wieder aufbrechen. Viele Menschen fragen sich: Bei welcher Konfliktverschärfung sollte man fliehen, welche Kri-

terien sind richtig für diese Entscheidung? Ein großes Thema in den Therapie- und Gruppensitzungen ist darüber hinaus immer wieder: Was machen wir mit den Kindern? Wie sagen wir ihnen, dass wir unsere Heimat vielleicht verlassen müssen? Wie spricht man mit ihnen über Krieg?“

Bis zu diesem Zeitpunkt, bzw. im Jahr 2021, hatten die Malteser in der Ukraine für rund 6.500 im Land vertriebene Menschen Einzel- oder Gruppensitzungen angeboten. Stand Juni 2022 bieten wir an 15 Locations innerhalb der Ukraine psychosoziale Unterstützung an. Die Anzahl der Konsultationen beläuft sich in seit dem 24. Februar auf über 2.000.

Das Unvorstellbare wurde traurige Wirklichkeit

Die Teams in der Ukraine und in den umliegenden Ländern sowie die Malteser in Deutschland waren unter den ersten, die auf diese Katastrophe reagierten und Hilfsmaßnahmen eingeleitet haben. In der Malteser-Zentrale in Köln hatten wir die angespannte Lage in der Ukraine seit Monaten mit zunehmender Sorge beobachtet. Bereits im Oktober vergangenen Jahres hatte es Gespräche darüber gegeben, was im Fall eines russischen Angriffs zu tun wäre. In Zusammenarbeit mit den Maltesern in den Anrainerstaaten wurden Nothilfepläne erstellt und der Worst Case diskutiert sowie mit den Gebern und den nationalen Partnern gesprochen. An eine Invasion dieses Ausmaßes wollten wir dennoch bis zuletzt nicht glauben.

Unseren Nothilfeleiter von Malteser International, Oliver Hochedez, erreichte am 24. Februar 2022 eine SMS von Pavlo Titko, dem Leiter der Malteser Ukraine. Der Wortlaut: „Bomben, Beschüsse und alles was es gibt.“



Noch am gleichen Tag startete von Trier aus der erste Hilfstransport mit Feldküchen und weiteren Hilfsgütern nach Lviv. In Ivano-Frankivsk wurde Ende Februar ein Flüchtlingscamp für 3.000 Menschen aufgebaut. Bis jetzt konnten die Malteser mehr als 160 Transporte mit 4.500 Tonnen Hilfsgütern in oder direkt an die Grenzen der Ukraine liefern. Es ist einer der größten und komplexesten Nothilfeinsätze in unserer Geschichte.

Koordinierte Hilfe

Nach den ersten Angriffsmeldungen haben wir einen Krisenstab eingerichtet, um möglichst schnell agieren zu können. Dann klingelten unsere Telefone durchgehend: Wir sind förmlich überrannt worden mit Anfragen und Hilfsangeboten. Die Hilfsbereitschaft war überwältigend! Eine der großen Herausforderungen bestand zunächst darin, die Logistik für Transporte in die Ukraine aufzubauen, ukrainische Fahrer zu suchen, da aus Sicherheitsgründen internationale Expeditionen nicht mehr in die Ukraine führen, Lagerflächen in Grenznähe zu finden, koordinierte Hilfe zu leisten.

In den ersten Tagen galt unser Hauptaugenmerk im Rahmen der Nothilfe für die Ukraine der geordneten Koordination der weltweiten Hilfen des Malteserordens und der Unterstützung von Hilfsaktionen in der Ukraine und in den Nachbarländern. Das Aufgabenspektrum umfasste die Beschaffung und den Transport von Nahrungsmitteln, medizinischem Verbrauchsmaterial, NFI (non food items), Feldbetten, Heizgeräten, Generatoren (z.B.) sowie die Unterstützung der Order of Malta Relief Organizations (OMROs) in Bezug auf Koordinierung und finanzielle Unterstützung. Auch die Entsendung von Koor-

dinierungs-, und Verbindungsbeamten, medizinischen Teams sowie Assessment-Experten haben wir übernommen. Unser Angebot zur psychischen Gesundheit und psychosozialen Unterstützung in der Ukraine haben wir laufend fortgeführt – teilweise über Telefon oder, bei funktionierender Internetverbindung, digital.

Schnelle Hilfe für Geflüchtete

Insgesamt wurden mehr als 13 Millionen Ukrainer – vornehmlich Frauen und Kinder – gezwungen, ihr Zuhause zu verlassen. Sie flüchteten aus Angst vor dem Krieg, vor den Kämpfen in andere Teile der Ukraine, in Nachbarländer, in Sicherheit. Stand April zählte die UN-Flüchtlingshilfe 7,7 Millionen intern Vertriebene und 5,7 Millionen Menschen, die die Ukraine verlassen haben. Mehr als 200.000 Geflüchtete aus der Ostukraine waren zwischenzeitlich in Lviv. Die Stadt, so berichtete Pavlo Titko uns damals, war überfüllt. „In den Schulen wurden Tische und Bänke entfernt, die Geflüchteten schlafen auf Feldbetten oder auf dem Boden. Die Kapazitäten sind weit über dem Limit.“ An mehreren Sammelstellen nahmen Hilfsorganisationen wie die Malteser die ankommenden Menschen in Empfang. Sie erhielten Lebensmittel, warme Kleidung und Decken, wurden medizinisch betreut und auf mögliche Unterkünfte verteilt.

Der Zustand der ankommenden Schutzbedürftigen, so Pavlo Titko Ende März, ist katastrophal. „Die Menschen sind psychisch am Ende, traumatisiert. Manche sprechen nicht mehr, es gibt Nervenzusammenbrüche.“

Auch hier leisteten die Malteser in der Ukraine, soweit es möglich war, vor Ort psychologische Hilfe im Rahmen von Einzelgesprächen. Täglich gaben die Malteser Lebensmittel und Getränke aus. Am Bahnhof von

Der Zustand der ankommenden Schutzbedürftigen ist katastrophal

Lviv und an den Grenzen waren es bis zu 1.000 warme Mahlzeiten pro Tag. In der Nacht fielen die Temperaturen auf minus zwölf Grad. „Auch eine warme Suppe und Tee helfen der Seele“, sagte Pavlo Titko. Stand Ende Mai, wurden rund 250.000 Mahlzeiten von den ukrainischen Maltesern an Geflüchtete in Notunterkünften und öffentlichen Ausgabestellen verteilt, über 2.000 psychische Konsultationen wahrgenommen und über 10.000 Menschen nahmen an Erste-Hilfe-Trainings teil.

„Wir bleiben. Für die Menschen. Sie bestmöglich zu unterstützen, das war, ist und bleibt unsere Aufgabe.“

Der Schock über den massiven Gewaltausbruch in seinem Land saß insbesondere bei Pavlo Titko und seinem Team tief. Mehrmals täglich standen und stehen wir bis heute im Austausch mit den Kolleginnen und Kollegen. Ihr Engagement ist mit Worten nicht zu beschreiben. Sie haben und leisten weiterhin Unermessliches – und das unter Bedingungen, die kaum vorstellbar sind. „In 30 Jahren Arbeit mit den Maltesern haben wir ihre Werte kennen- und schätzen gelernt. Und diese Werte wollen wir nun nicht einfach aufgeben“, sagt Pavlo Titko. Die Liste der Tätigkeiten vor Ort ist lang und kann mit Blick auf die Situation und Größe dieses Einsatzes kaum in Worte und Zahlen gefasst werden: Bereitstellung von Unterkünften für Geflüchtete in Lviv und Ivano-Frankivsk, Versorgung der Geflüchteten mit Nahrungsmitteln, zum Beispiel durch Feldküchen oder die Verteilung von Lebensmittelpaketen,

Erste-Hilfe-Leistungen, Organisation und Verteilung von Hilfsgütern in verschiedenen Teilen der Ukraine, Ausbau der Kapazitäten zur psychosozialen Unterstützung für Binnenvertriebene und Identifizierung von neuen Hilfsprojekten sind nur ein Bruchteil der Hilfsleistungen, die das Team vor Ort übernimmt.

In Zahlen (Stand Ende Mai) haben über 100 Hilfstransporte das Team in der Ukraine erreicht, über 900 Tonnen an Hilfsgütern haben die Kolleginnen und Kollegen in der Ukraine verteilt. Mehr als 50 Städte (u. a. Odessa, Tschernihiw, Charkiw, Mykolaiv, Mariupol, Porkowsk, Saporsischja) wurden bislang beliefert sowie zwei Logistikzentren in Betrieb genommen. Nahezu ohne einen Tag Pause waren die Malteser in der Ukraine im Einsatz. Ich erinnere mich, wie Pavlo

Titko sagte: „Wir bleiben. Für die Menschen. Sie bestmöglich zu unterstützen, das war, ist und bleibt unsere Aufgabe.“

An den Grenzen und weit darüber hinaus: Die weltweite Malteserfamilie steht an der Seite der Betroffenen.

Dank der vorhandenen Malteser-Strukturen und starken Netzwerke in Osteuropa und weltweit konnte die Hilfe für die Menschen auf der Flucht schnell auf den Weg gebracht werden. Kontinuierlich rollen seit Ausbruch des Krieges am 24. Februar Hilfsgüter in die Ukraine und die benachbarten Länder.

An den Grenzübergängen errichteten die Malteser in Polen, Rumänien, Ungarn und der Slowakei Anlaufstellen für die ankommenden Menschen, kümmerten sich um die medizinische Versorgung, den weiteren Transport und die Unterbringung der Geflüchteten.



In der lebendigen Natur geschieht nichts, was nicht in
Verbindung mit dem Ganzen steht.

Johann Wolfgang von Goethe



Eine Initiative des Senats der Wirtschaft

Malteser International entsandte Koordinatoren an die Malteser in Polen, der Slowakei und Rumänien, um die lokalen Kräfte bei der Organisation zu unterstützen, sowie eine mobile medizinische Einheit und ein Emergency Medical Team nach Polen. Am polnisch-ukrainischen Grenzübergang Kroscienko leisteten die Helfer des Emergency Medical Teams – ein Arzt und eine Ärztin, ein Rettungssanitäter, ein Koordinator und ein Teamleiter – rund zwei Wochen lang medizinische Hilfe für die ankommenden Menschen. Anschließend wurden sie von einem Team der Malteser aus Spanien abgelöst, auf die wiederum ein Team der Malteser Österreich folgte. Rollierend werden verschiedene Malteser-Teams aus ganz Europa diese Aufgabe übernehmen.

Hilfe in Deutschland

Bis heute haben allein in Deutschland mehr als 800.000 Menschen aus der Ukraine Schutz vor dem Krieg gesucht. Ein Großteil der Geflüchteten hat niemanden, der sie hierzulande aufnehmen kann. Rund 50 Notunterkünfte der Malteser wurden in den wenigen Wochen nach Kriegsbeginn aufgebaut, und in ebenso vielen Regelunterkünften fanden über 4.100 Schutzsuchende einen Platz zum Ausruhen.

Zu Beginn des Krieges waren rund 1.200 ehrenamtliche Helfer täglich im Einsatz, Anfang Mai waren es immer noch rund 700, jetzt dürften es immer noch einige Hundert sein. Sie richten Unterkünfte ein, betreuen Geflüchtete dort und in Ankunftscentren, sorgen für Corona-Tests, medizinische Hilfe und anderes mehr.

Eine erste Station für die Geflüchteten liegt am Zentralen Omnibusbahnhof (ZOB) von Berlin. Hier haben wir Anfang März eine Erstkontaktstelle eingerichtet. Oft haben die Geflüchteten tagelang im Bus gesessen und erhalten nun etwas zu essen und zu trinken oder medizinische Erstversorgung. Die Ankunftsahlen am ZOB schwanken. Waren es in den ersten Wochen bis zu 1.500 Menschen, die täglich am Omnibusbahnhof am Funkturm ankamen, kamen Anfang

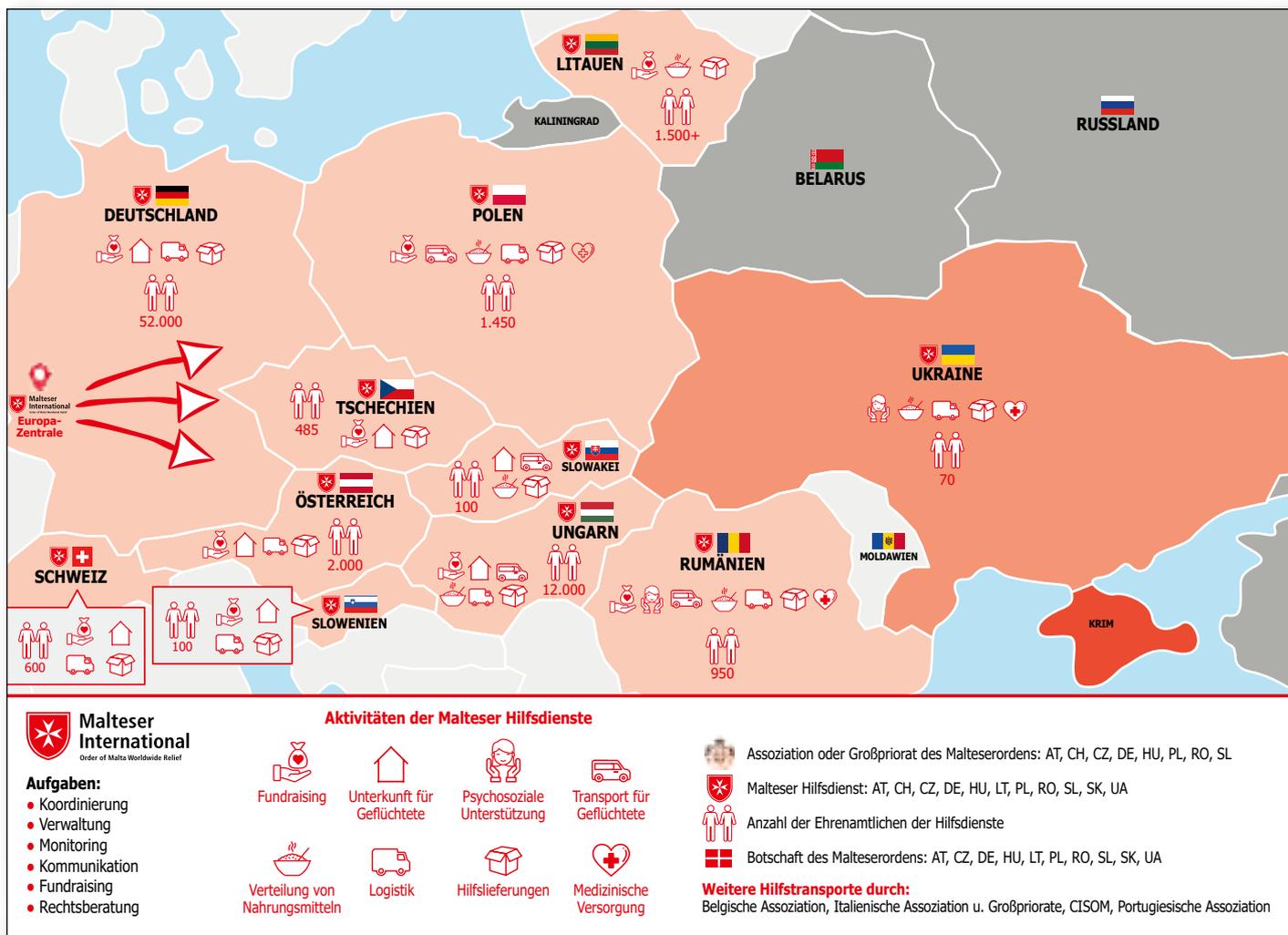
Mai etwa 1.000 Geflüchtete wöchentlich. Die Busse aus der Ukraine und aus Polen treffen überwiegend nachts und in den frühen Morgenstunden ein. Täglich, insbesondere nachts müssen die Einsatzsanitäterinnen und -sanitäter Erste Hilfe leisten.

Die meisten Geflüchteten sind erschöpft, übermüdet und überlastet, denn sie haben Unvorstellbares erlebt und mehrere Tage gebraucht, bis sie in Berlin angekommen sind. Von dort aus geht es für die meisten weiter zum Ankunftscentrum auf dem stillgelegten Flughafen Tegel.

In Tegel sind die Malteser mit anderen Hilfsorganisationen im Einsatz und zuständig für das Informationsmanagement und die Betreuung von anfangs Tausenden und heutzutage 200–400 Personen täglich. Die ankommenden Menschen haben natürlich viele Fragen: Wie kommen sie zu einem Arzt, wo dürfen sie ihr Haustier lassen und versorgen – und vor allem, wie ihre Reise in den kommenden Tagen und Wochen weitergehen wird. Von Berlin aus werden die Geflüchteten auf die Bundesländer verteilt. Oft in Regelunterkünften, aber auch in Notunterkünften, die die Hilfsorganisationen im Auftrag der Länder und Kommunen betreiben.

Als Organisation im Katastrophenschutz wissen wir, wo Feldbetten auf Vorrat stehen und wie Turnhallen bestückt werden. Aber über die Not, die Kriegsflüchtlinge mitbringen, kann man vorher nichts lernen, berichten uns die Helferinnen und Helfer. Es sind Menschen, die aus ihrem ganz normalen Leben herausgerissen wurden, die in Festanstellung lebten und deren Kinder zur Schule gingen. Zum Teil arbeiten sie einfach vom Feldbett aus an ihren Laptops weiter, auch Online-Unterricht für die Kinder findet zum Teil weiterhin auf diesem Weg statt.

Um die enormen psychischen Belastungen auszuhalten, benötigen die Frauen, Älteren und Kinder stabile Bedingungen und Beziehungen. Mit der psychosozialen Unterstützung bieten die Malteser in jahrelanger Kooperation mit der Organisation IPSO (International Psychosocial Organization) Hilfen an. Geschulte Beraterinnen und Berater, sog. Counselors, die dieselbe Sprache sprechen und aus demselben Kulturkreis



kommen, sind ideale Gesprächspartner. Entwickelt von IPSO in Afghanistan und von dort aus in viele Länder der Erde übernommen, stellt das Gespräch von Betroffenen und einem Counselor oder einer Counselorin eine niederschwellige, aber sehr wichtige Hilfe dar. Das Gespräch erfolgt meist via Smartphone oder Computer, manchmal auch im direkten Treffen. In der Regel nach drei bis fünf Sitzungen haben die Ratsuchenden ihre persönlichen Stärken wieder klarer vor Augen. Das hilft ihnen, ihre Schwierigkeiten besser verarbeiten zu können, selbst stabiler und für ihr Umfeld – insbesondere die Kinder – wichtiger Anker in dieser Zeit großer Umbrüche zu sein.

Wir möchten in Berlin in Kürze 200 Stunden pro Woche mit fünf Counselors bestreiten. Im Fall der Ukraine sind es meist schon psychologisch ausgebildete oder vorgebildete Personen, die bereits nach kurzer Zeit entscheiden können, ob für die Betroffenen diese psychosoziale Unterstützung reicht oder doch eine psychologische Diagnose und Behandlung notwendig ist. Hand in Hand mit der psychosozialen Unterstützung geht für die Betroffenen immer auch die Frage, wo ihnen praktische und materielle Hilfe zuteilwird. Die Integrationsdienste, die von Malteser Ehrenamtlichen im ganzen Land geleistet werden, helfen bei der Sprachvermittlung, dem Ausfüllen

Die Zahlen derjenigen, die trotz des Kriegsgeschehens zurückkehren, zeigen uns, wie sehr die Menschen hin- und hergerissen sind

von Formularen, dem Besuch bei Behörden oder der Suche nach Kita und Schule. Auch die Wohnungssuche ist ein wichtiger Baustein für die Geflüchteten, in Deutschland anzukommen und zur Ruhe zu kommen. Wie lange sie bleiben, wissen die meisten selbst nicht. Die Zahlen derjenigen, die trotz des Kriegsgeschehens zurückkehren, zeigen uns, wie sehr die Menschen hin- und hergerissen sind.

Der Ukrainekrieg hat Deutschland nach der Pandemie und der Hochwasser-Katastrophe im Westen im vergangenen Jahr noch einmal vor Augen geführt, dass wir mehr für den Bevölkerungsschutz tun müssen. Die Bevölkerung muss resilienter werden gegen plötzlich auftretende große Schäden oder schwerwiegende Ereignisse, die ganze Landstriche oder sogar alle Menschen in Deutschland betreffen. Langandauernde „Lagen“ benötigen eine Reserve von Personal mit medizinischen und pflegerischen Grundqualifikationen. Deshalb befürworten die Malteser, mit Hilfe von Freiwilligen eine feste Reserve zu schaffen. Wir haben Bund und Ländern ein Konzept vorgestellt, wie wie-

der mehr Menschen als freiwillige Helferinnen und Helfer qualifiziert werden können. Die Freiwilligen sollen im Katastrophenfall zur unmittelbaren Gefahrenabwehr beitragen. Sie verpflichten sich zunächst für vier Jahre, in einer der anerkannten Hilfsorganisation mitzuwirken.

Im Bevölkerungsschutz können sich auf diese Art und Weise Menschen jeden Alters, jeder Herkunft, egal ob Schüler, Studierende oder Berufstätige engagieren und mit dem erworbenen medizinischen und pflegerischen Know-how Betroffenen von Krisen helfen. Voraussetzung zum Aufbau dieser Reserve ist unter anderem, dass die Freiwilligen für einen bestimmten Einsatzzeitraum von ihrer hauptberuflichen Tätigkeit freigestellt und ohne finanzielle Einbußen eingesetzt werden können. Dem Arbeitgeber sollen die Lohnkosten erstattet werden können – so wie es für Feuerwehren und Technisches Hilfswerk bereits gilt.

Link Auswahl Bildmaterial:

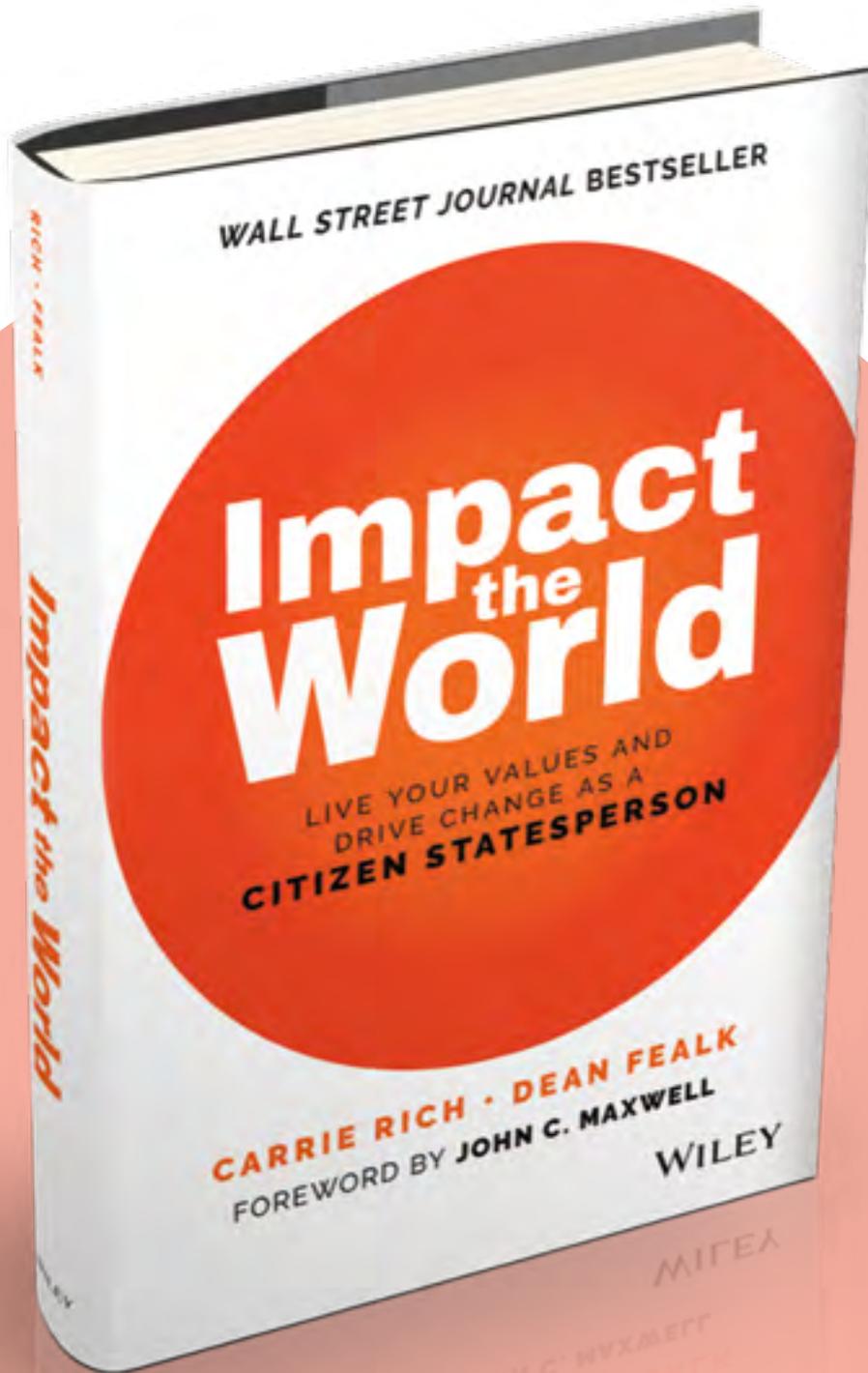
<https://malteser.eyebase.com/view/pinRTksi8hy>

Den Glauben an den Wert, den müssen wir uns erhalten,
wenn wir nicht an Wert verlieren wollen.

Emanuel von Bodmann

Für Nachhaltigkeit und eine ökosoziale Marktwirtschaft





Gespräch

Inspiration ist oft Mangelware

Der Anwalt und Politikberater Dean Fealk aus den USA hat ein bemerkenswertes Buch vorgelegt

Von Michael King-Rolland

Dean Fealk berät als geschäftsführender Partner in der Kanzlei DLA Piper in San Francisco multinationale Unternehmen in strategischen und rechtlichen Expansionsfragen. Er ist Mitbegründer des Halifax International Security Forum zur Stärkung der strategischen Zusammenarbeit zwischen demokratischen Nationen. Vom kalifornischen Gouverneur in das Workforce Development Board berufen, kümmert Fealk sich um Arbeitsplatzqualität sowie die Förderung der ökologischen Nachhaltigkeit in Kalifornien. Fealk gehört dem kalifornischen Business Roundtable an und ist Mitglied im Senate of the Economy USA. Über sein gemeinsam mit der amerikanischen Influencerin Carrie Rich verfasstes Buch „Impact the World: Live Your Values and Drive Change as a Citizen Statesperson“ sprach Michael King-Rolland mit Dean Fealk in San Francisco.

Oft sehen wir Herausforderungen in unserer Welt und fragen uns, warum tut niemand was. Wie würden Sie Ihr im Juni 2022 in New York City vorgestelltes Buch „Impact the World: Live Your Values and Drive Change as a Citizen Statesperson“ in wenigen Sätzen beschreiben?

Bei aller Skepsis, ob Regierungen und der Privatsektor die unzähligen und komplizierten Herausforderungen unserer Zeit wirklich lösen können, gibt es eine unglaubliche Generation von „Staatsbürgern“, die Herausforderungen auf lokaler Ebene mit innovativen Lösungen oder Lösungsvorschlägen sehr schnell anpacken.

Diese Vorschläge können oftmals ein Lösungsmodell sein, branchenübergreifend und auch für andere Regionen der Welt. Diese Generation besitzt nicht nur Bürgersinn und Unternehmergeist wie viele frühere sehr sozial eingestellte Unternehmensgenerationen. Sie ist weltoffen und mit den technologischen Werkzeugen sowie dem dazugehörigen Know-how ausgestattet. Dadurch kann die Einfluss- und Gestaltungsmöglichkeit eines jeden Einzelnen auf eine ganz neue Ebene gehoben werden.

In dem Buch geht es nicht nur um diese Generation, sondern vor allem darum, andere mit diesen „Werkzeugen“ auszurüsten, zu inspirieren und zu ermutigen, das Gleiche zu tun.

Gab es ein Schlüsselereignis für Ihre Entscheidung, dieses Buch über die neuen Veränderungsmöglichkeiten zu schreiben, gemeinsam mit Carrie Rich, einer jungen Influencerin und Mitgründerin des Global Impact Fund, eines Risikokapitalfonds, der in sozial wirksame Unternehmen investiert?

Carrie und ich haben uns als Eisenhower-Stipendiaten in China vor etwa fünf Jahren kennengelernt und dann versucht, Wege zu finden, wie wir die Grenzen zwischen sozialem Einfluss- und Diplomatiemöglichkeiten auf privater Ebene zwischen den USA und China positiv beeinflussen können. Nach unseren Gesprächen mit zahlreichen und sehr beeindruckenden Führungskräften in unseren Netzwerken dachten wir: Es lohnt sich, diese Geschichten auch anderen bekannt zu machen. Denn gute Inspiration ist oft Mangelware. Deshalb wollten wir etwas schaffen, das gerade junge Führungskräfte ermutigen kann, vorwärts zu gehen. Diese Führungspersönlichkeiten gestalten die Zukunft.

Werte sind der Kern von allem, was ein Citizen Statesperson tut“, haben Sie in Ihrem Buch festgestellt. Welche Werte sind Ihnen im Moment am wichtigsten?

Wir sitzen alle im gleichen Boot und spüren aktuell sehr intensiv unsere gegenseitige Abhängigkeit. Die Herausforderungen, denen wir gegenüberstehen,

betreffen uns gemeinsam: ob Klimawandel, Pandemie oder geopolitische Instabilität. Als Kernwert brauchen wir deshalb die Anerkennung gemeinsamer Verantwortung, um kreative und nachhaltige Lösungen voranzutreiben.

Apropos gemeinsame Verantwortung und aktuelle Debatte zwischen demokratischen und autokratischen Systemen. Welche Möglichkeiten sehen Sie für „Citizen Statespeople“, die echte, positive Veränderungen bewirken wollen?



Wenn Menschen sich hilflos oder machtlos fühlen, sind sie am anfälligsten für antidemokratische, populistische, nationalistische oder fremdenfeindliche Rhetorik. Aber zum Glück gibt es heute mehr Möglichkeiten als zuvor, sich zu engagieren. Man kann einen Blog oder einen Kommentar verfassen, Mitglied in einem Verein werden, Diskussionen organisieren, sich sehr aktiv an politischen Entscheidungsprozessen beteiligen oder für ein politisches Amt kandidieren. Das stärkste Gegenmittel gegen antidemokratische Kräfte ist eigenes, intensives und möglichst breites Engagement und Partizipation in der Zivilgesellschaft. „Impact the World“: In unserem Buch präsentieren wir konkrete Beispiele für persönliches, zivilgesellschaftliches Engagement in einer komplexen und vernetzten Welt. Zudem erörtern wir Strategien zur Nutzung etablierter Organisationen, um positive Veränderungen voranzutreiben: lokal und global.

Impact the World und Citizen Statesperson zu werden in einer Zeit, in der viele Menschen das Vertrauen in traditionelle Machtinstitutionen verloren haben. Wie kann dafür gesorgt werden, dass jemand seine individuelle Supermacht nicht missbraucht?

In der Tat hat der Einzelne heute grundsätzlich mehr Einfluss- und Veränderungsmöglichkeiten, als das Privatpersonen jemals zuvor hatten. Deshalb ist Pluralität so wichtig, also eine Vielzahl von Stimmen und Meinungen zu fördern. Das gibt eine gesunde Balance und auch ein Stück Schutz, dass jemand seine individuelle Supermacht extrem missbrauchen kann.

Last but not least: Sie haben eine Leidenschaft für ehrenamtliches, soziales und politisches Engagement. Drei amerikanische Präsidenten haben Sie bei Ihren Kampagnen beraten. Was bedeutet für Sie wahre Führung?

Führung heißt für mich, zuerst nach innen zu schauen, um seine eigenen Grundwerte zu verstehen und zu wissen, was einem am wichtigsten ist. Erst anschließend nach vorne zu marschieren, um sich zu artikulieren und auf konstruktive Veränderungen zu drängen. Niemand wird für deine Führungsrolle bereit sein, solange du selber es nicht bist! Im Übrigen solltest du keine Angst haben zu fragen: „Warum nicht ich?“ Sei überzeugt: Du bist die richtige Person, und die richtige Zeit dafür ist immer jetzt.





Junge Bundestagsabgeordnete

Lust auf Politik, die mutig ist

Die grüne Bundestagsabgeordnete Deborah Düring über ihr politisches Handeln

Von Dieter Härthe

Vier der sechs jüngsten Abgeordneten im Deutschen Bundestag sind Grüne. Die Jüngste ist Emilia Fester, Jahrgang 98. Deborah Düring ist ebenfalls noch sehr jung, Jahrgang 94. Wir sprachen mit ihr über die Lust und die Last, aktuell im Bundestag Politik zu machen.

Ist Jugend eigentlich einer der Markenerne der Grünen?

Nein, das würde ich so nicht sagen. Zum Markenerne der Grünen gehört der Umwelt- und Klimaschutz. Beides Dinge, die für junge Menschen besonders relevant sind. Denn wir sind gerade dabei, durch die menschengemachte Klimakrise die Zukunft meiner und der nachfolgenden Generationen zu verspielen. Das wissen natürlich auch viele junge Menschen. Das ist auch der Grund, warum junge Menschen sich in den letzten Jahren so stark politisiert haben. Stichwort Klimastreik/Fridays for Future. Deswegen ist es richtig und wichtig, dass junge Menschen im Bundestag von jungen Abgeordneten repräsentiert werden.

Mit ihren Forderungen nach mehr Klimaschutz werden sie am meisten bei den Grünen gehört. Das ist auch der Grund, warum es so viele junge Grüne Kandidat*innen bei der letzten Bundestagswahl gab, die dann auch gewählt wurden.

Hilft Jugend bei der Arbeit im Bundestag oder wünscht man sich manchmal, älter zu sein und mehr Erfahrung im Politikbetrieb zu haben?

Junge Menschen haben eine ganz eigene Lebensrealität. Es macht einen riesen Unterschied zum Beispiel bei der Klimakrise, ob man die nächsten 70 Jahre betrachtet, weil man halt noch so lange lebt. Oder, ob für einen selbst nur die nächsten 20 Jahre eine Rolle spielen.

Um die aktuellen Probleme in der Welt wie die Klimakrise anzugehen und damit auch für globale Gerechtigkeit zu kämpfen, müssen bestehende Strukturen, also koloniale Kontinuitäten, aufgebrochen werden. Nur so können wir die Veränderungen, die gerade passieren, auch gestalten.

Die Stärke in unserer Fraktion ergibt sich eben genau aus dieser Kombination aus frischem Blick und der Erfahrung älterer Mitglieder der Fraktion.

Mein junger und damit auch frischer Blick auf die Dinge hilft mir, die Politik zu machen, die ich machen will. Ich habe Lust auf Politik, die mutig ist. Mut, bestehende Strukturen aufzubrechen. Mut, Veränderungen zu gestalten. Mit diesem Mut mache ich Politik.

Was hat Sie am meisten überrascht (positiv/negativ), als Sie den Bundestag als Abgeordnete kennengelernt haben?

Womit ich nicht gerechnet habe, ist die Vielzahl an positiven Begegnungen mit Menschen, die auf unterschiedlichsten Ebenen mit mir für eine bessere Welt kämpfen. Aus diesen Begegnungen ziehe ich viel Energie für meine Arbeit.

Es ist aber auch so, dass einen Standpunkt zu haben bedeutet, Menschen auf die Füße zu treten. Ich bedauere, dass es manchen dann nicht gelingt, sachlich zu bleiben. Stattdessen werden sie persönlich und auch beleidigend. Hassnachrichten ignoriere ich generell. Das bedeutet dann aber auch, dass etwaige sachliche Argumente in den Nachrichten untergehen.

Haben Sie eigentlich schon eine/n nette/n AfD-Abgeordnete/n kennengelernt?

Nein.

Sie sind Bundestagsabgeordnete in einer der politisch schwierigsten Phasen der Bundesrepublik Deutschland – merkt man die „Last der Verantwortung“ aktuell besonders stark?

Ich bin seit September 2021 Bundestagsabgeordnete. Das war kurz vor der vierten und bis dahin gravierendsten Coronawelle. Dann folgte Ende Februar diesen Jahres der Krieg gegen die Ukraine mit all seinen Auswirkungen. Ich habe also gar keinen Vergleich zu „normaleren“ Zeiten.

Als ich mich entschlossen habe, für den Bundestag zu kandidieren, habe ich mir auch klar gemacht, dass ein Bundestagsmandat bedeutet, schwierige Entscheidungen zu treffen. Damit meine ich zum Beispiel Entscheidungen über Bundeswehreinätze. Gesetzgeberisch tätig zu sein bedeutet immer auch, verschiedene Aspekte gegeneinander abzuwägen, wie bei der Abstimmung über eine allgemeine Impfpflicht. Damals und auch heute bin ich bereit, die Verantwortung zu übernehmen, die mir die Wähler*innen an der Wahlurne übertragen haben. Diese Verantwortung empfinde ich nicht als „Last“. Ich mache es mir aber auch nicht einfach, die Verantwortung auszufüllen.

Einer Ihrer Schwerpunkte ist die Entwicklungspolitik aus einer „feministischen Perspektive“ – was verstehen Sie darunter?

FLINTA, also Frauen, Lesben, Inter*, nichtbinäre, Trans- und agender Personen sind global am stärksten von Ungerechtigkeit betroffen. Um unsere Welt gerechter zu machen, müssen wir die Lebensrealitäten und Bedürfnisse der FLINTA in den Mittelpunkt stellen und sie an den Entscheidungsprozessen in unserer Entwicklungszusammenarbeit beteiligen. Race und Class dabei mitzu-

denken, macht feministische Entwicklungspolitik intersektional. Feministische Entwicklungspolitik bedeutet, Geschlechtergerechtigkeit zum Leitprinzip der Entwicklungszusammenarbeit zu machen. Es freut mich, dass Ministerin Schulze das genauso sieht wie ich. Das spiegelt auch der jetzt verhandelte Etat des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung wider. In ihm konnten wir gute Schwerpunkte in Richtung Geschlechtergerechtigkeit setzen.

Wie wirkt sich der Krieg gegen die Ukraine und die Maßnahmen, die die Bundesregierung in diesem Kontext ergreift, auf Ihren Schwerpunkt feministische Entwicklungspolitik aus?

Der russische Angriffskrieg gegen die Ukraine hat Auswirkungen auf vielen Ebenen. Es bricht mir das Herz, welches Leid und Unrecht den Ukrainern und Ukrainerinnen von den russischen Streitkräften angetan wird.

Auch wir hier merken die Auswirkungen an der Supermarktkasse und bei der nächsten Nebenkostenabrechnung. Besonders betroffen sind auch Menschen im Globalen Süden, die auf Nahrungsmittelimporte in Form von russischem und ukrainischem Weizen angewiesen sind. Es drohen Hungerkrisen im Globalen Süden. Dabei ist es mir aber wichtig zu betonen, dass wir aktuell genug Lebensmittel auf der Welt haben. Sie sind „nur“ ungerecht verteilt.

Hinzu kommen Spekulationen auf Nahrungsmitteln, die dafür verantwortlich sind, dass zum Beispiel der Weizenpreis gerade auf astronomische Höhen klettert.

Aber neben den unmittelbaren Auswirkungen zeigen sich hier auf dramatische Weise gleich mehrere strukturelle Probleme globaler Ungleichheit und des Welternährungs- und Weltwirtschaftssystems: Viele Länder des Globalen Südens sind stark abhängig von Lebensmittelimporten, und so eben auch vom Weizen aus Russland und der Ukraine. Das liegt nicht zuletzt an jahrzehntelanger EU-Agrarpolitik, die durch subventionierte Exportwirtschaft viele lokale Märkte zerstört und diese Abhängigkeiten mitgeschaffen hat.

Unser Ziel sollte es sein, Sicherheit für alle Menschen zu schaffen

Aber auch die massive Überschuldung vieler Länder des Globalen Südens verschärft das Problem. Hier braucht es ein geregeltes Staateninsolvenzverfahren, um den Teufelskreis aus Staatsverschuldung, fehlenden Investitionen zum Beispiel in den Agrarsektor und die Abhängigkeit von Lebensmittelimporten, die immer teurer werden, zu brechen.

Unser Ziel sollte es sein, Sicherheit für alle Menschen zu schaffen. Sicherheit ist nicht nur Sicherheit vor Krieg, sondern auch Sicherheit vor Hunger, vor Armut, vor Krankheit, vor Ungerechtigkeit und vor Chancenlosigkeit.

Sie gehören dem linken Flügel Ihrer Partei an. Gerade zu Beginn der Legislaturperiode hat es zwischen den grünen Lagern geknirscht – z.B. in der Personalie Hofreiter/Özdemir. Wie sehen Sie das jetzt mit etwas Abstand?

Zu Politik gehört, dass man sich streitet. Ich wäre eher misstrauisch, wenn in einer Partei alles immer harmonisch und einhellig diskutiert wird. Deswegen sehe und sah ich den „Knirsch“ ganz entspannt.

Wie, finden Sie, lösen Annalena Baerbock und Robert Habeck aktuell ihre Aufgaben als Minister/in unter den besonderen Bedingungen des Ukrainekrieges?

Generell steht die aktuelle Regierung vor Herausforderungen, die so noch keine frisch gewählte Regierung zu lösen hatte. Das, was Annalena und Robert, aber auch Cem, Lisa, Steffi und Claudia gerade leisten, verdient größten Respekt.

Es ist wunderbar, mitzuerleben, wie sie es schaffen, nach 16 Jahren Merkel-Regierung einen neuen Politikstil ins Regierungsviertel einziehen zu lassen. Ein Politikstil, der Entscheidungen erklärt und auch schwierige Abwägungen transparent macht. Für mich ist es eines der geeignetsten Heilmittel für die immer stärker werdende Politikverdrossenheit. Denn nur, wer Entscheidungen und Abwägungen nachvollziehen kann, fühlt sich dann auch von der Politik abgeholt und ermutigt, sie mitzugestalten.

Sie sind Sprecherin für Entwicklungspolitik – wo müssen wir aktuell besonders genau hinsehen und helfen?

Es tut mir leid, bevor ich die Frage beantworte, möchte ich noch was zu dem Wort „helfen“ sagen. Bei dem Wort läuft es mir kalt den Rücken runter. „Helfen“ ist eurozentristisch kolonial geframt. Sogenannte „Entwicklungshilfe“ bedeutet, dass der Globale Norden bestimmt, was im Globalen Süden als entwickelt gilt, und was nicht, ohne dabei auf die Menschen vor



Aktuelle Krisen sind vor allem die Klimakrise, die Schulden- und die Hungerkrise

Ort einzugehen. In Deutschland geht man oft davon aus, dass das, was hier als „entwickelt“ gilt, auch auf andere Länder zutreffen muss. Dabei können die Menschen in dem anderen Land eine ganz andere Vorstellung davon haben, was „entwickelt“ bedeutet und was nicht. Und genau das will ich ändern. Anstatt in Deutschland zu bestimmen, was „entwickelt“ ist und was nicht, müssen wir erst mit den Menschen vor Ort sprechen. Wir müssen ihre Expertise ernst nehmen. Und dann ist es wichtig zu klären, in welchen Bereichen Deutschland mit den Menschen vor Ort zusammenarbeiten kann. Eben mit den Menschen vor Ort. Und nicht über sie hinweg.

Aktuelle Krisen sind vor allem die Klimakrise, die Schulden- und die Hungerkrise. Dabei dürfen wir die Krisen nicht getrennt voneinander betrachten. Denn sie verstärken sich gegenseitig. Ein Beispiel: Eine zu hohe Verschuldung kann dann dazu führen, dass Subventionsprogramme, die helfen sollen, dass sich die Menschen im Globalen Süden ernähren können, auslaufen müssen. Die Überschuldung der Staaten des Globalen Südens führt damit auch zu Hunger. Die Corona-Krise hatte die globale Schuldenkrise schon verschärft. Neben dem drohenden Staatsbankrott bedeutet eine Überschuldung vieler Staaten des Globalen Südens auch, dass sie kaum Investitionen in ihre eigene Zukunft tätigen können.

Das sind zum Beispiel Investitionen in Bildungs- und Sozialsysteme eines Staates. Und es sind Investitionen in den landwirtschaftlichen Sektor. Diese wären aber gerade auch wegen der Klimakrise nötig, damit Staaten des Globalen Südens unabhängiger von Lebensmittelpimporten werden. Da diese wegen der hohen Staatsverschuldung ausbleiben (müssen), steigen wiederum die Ausgaben für Lebensmittelpimporte: ein Teufelskreis.

Was macht für Sie gute Entwicklungspolitik aus?

Eine gute Entwicklungspolitik handelt dekolonial, denkt feministisch intersektional und ist menschenrechtsbasiert.

Deborah Düring ist in Wolnzach in Bayern aufgewachsen. Sie verbrachte nach dem Abitur ein freiwilliges soziales Jahr in der Indigenen Gemeinschaft der Teriben in Costa Rica. Sie studierte Sozialwissenschaften in Augsburg und ging für ein Auslandssemester nach Lima, Peru. Nach der Bachelorarbeit über Ressourcenkonflikte begann sie ihr Masterstudium in Friedens- und Konfliktforschung an der Goethe-Universität, der TU Darmstadt und der Hessischen Stiftung Friedens- und Konfliktforschung. Von 2018 bis 2020 arbeitete sie als Werkstudentin bei der Kreditanstalt für Wiederaufbau im Bereich Entwicklungsarbeit. Seit 2019 ist sie Sprecherin der Grünen Jugend Hessen und seit 2021 Mitglied des Deutschen Bundestags.

Sie ist Mitglied im Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung des Deutschen Bundestags und Sprecherin für Entwicklungspolitik (Leiterin der AG Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung) der Bundestagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen.

Frage nicht, was dein Land für Dich tun kann. Frage vielmehr, was Du für dein Land tun kannst.

John F. Kennedy

Für Nachhaltigkeit und eine ökosoziale Marktwirtschaft



Trotz Corona wichtige Weichen gestellt

Die Vorsteherin des Börsenvereins des Deutschen Buchhandels, Karin Schmidt-Friderichs, will noch einiges bewegen

Von Uly Köhler



Karin
Schmidt-Friderichs

Das Land der Dichter und Denker braucht auch seine Lenker. Karin Schmidt-Friderichs führt seit drei Jahren den Börsenverein des Deutschen Buchhandels. Der ist die starke Stimme der deutschen Buchbranche und vertritt die Interessen des Buchhandels, der Verlage und des Zwischenbuchhandels. Uly Köhler traf Deutschlands Buch-Frau Nr. 1.

Sie sind erst die zweite Frau als Vorsteherin des Börsenvereins des deutschen Buchhandels. In drei Jahren feiert er den 200. Geburtstag. Mahlen hier die Mühlen besonders langsam?

Nein, im Börsenverein gehen die Uhren nicht nach, aber die Mitglieder können ja nur die- oder denjenigen wählen, der oder die kandidiert. Das Ehrenamt des oder der Vorsteher*in ist sehr zeitaufwendig. Zu Zeiten, in denen in der Branche inhabergeführte Unternehmen dominierten, die klassisch von Herren geführt wurden, gehörte es zum guten Ton, ehrenamtlich tätig zu sein. Heute werden leitende Mitarbeiter*innen von Konzernen nicht mehr selbstverständlich freigestellt und nicht jede*r möchte sich leisten, was ich gerade tue, nämlich doppelt so viel arbeiten.

Ich kann Sie aber beruhigen: Im neunköpfigen Vorstand engagieren sich neben mir vier tolle Frauen, eine davon als stellvertretende Vorsteherin. Und vielleicht freut es Sie zu hören, dass die einzige Frau, die vor mir an der Spitze des Verbandes stand – die von mir hochgeschätzte Dorothee Hess-Maier – damals die Wiedervereinigung in der Branche gemanagt hat. Ich steuere den Verein nun seit gut zwei Jahren durch die Pandemie. Die wirklich großen Aufgaben überlässt man scheinbar uns Frauen (lacht).

Im Juni wurden Sie für eine zweite Amtszeit gewählt. Wollen Sie in der Amtsperiode Dinge erreichen, die Sie in der ersten nicht geschafft haben? Oder haben Sie sich noch etwas ganz Neues vorgenommen?

Fotos:
feinkorn/Gaby Gerster

„Die Erfindung des Buchdruckes ist das größte Ereignis der Weltgeschichte.“

Victor Hugo

Wir haben – und ich sage jetzt bewusst wir, weil ich zwar Vorsteherin bin, aber natürlich eigentlich nur die Sprecherin des Vorstandes – wir haben trotz Corona wichtige Weichen gestellt. Das war nur vor lauter hartem Überlebenskampf vielleicht nicht so sichtbar. Mit diesem Prozess sind wir keineswegs fertig. Deshalb freut es mich sehr, dass mir die Mitglieder des Börsenvereins noch einmal ihr Vertrauen ausgesprochen haben. Die Satzung sieht maximal zwei Amtszeiten vor. Bis Ende Oktober 2025 haben wir nun also Zeit, die Themen Nachhaltigkeit und digitale Transformation, die auf unserer Agenda ganz oben stehen, fest zu verankern.

1825 gegründet, feiert der Börsenverein 2025 sein 200-Jahre-Jubiläum, für mich weniger Anlass für Rückblicke, sondern die Herausforderung, den Verein und seine Tochterunternehmen für die Zukunft aufzustellen.

Sie verantworten das größte Buchevent der Welt, nämlich die Frankfurter Buchmesse. Bei der Leipziger Buchmesse ist der Börsenverein ideeller Mitausrichter. Wird man sich in Zukunft auf Hybridmessen einstellen müssen?

Wir leben längst in einer hybriden Welt und die Pandemie hat diese Entwicklung unumkehrbar beschleunigt. Aber wir haben aus abgesagten, digitalen und hybriden Messen gelernt, wie hoch der Wert der persönlichen Begegnung, des Zufalls, des Analogen und Haptischen ist. Deshalb freut sich die Buchwelt nach drei abgesagten Leipziger Buchmessen und zwei, sagen wir mal untypischen Frankfurter Buchmessen immens auf den Oktober in Frankfurt.

Flankierend und über die Präsenzmessetage hinaus wird es zunehmend digitale Aktivitäten geben, aber das Epizentrum bleiben die Tage vom 17.10. – Verleihung des Deutschen Buchpreises – bis 23.10. – Verleihung des Friedenspreises des Deutschen Buchhandels an Serhij Zhadan – und alles, was dazwischen liegt.

Es ist bekannt, dass die Staatsministerin für Kultur – Claudia Roth – eine Verfechterin der Buchmessen ist. Ich habe den Satz im Ohr: „Ich lasse mir die Buchmesse nicht wegnehmen“. Da haben Sie ja schon mal großen politischen Schutz.

Wir können Claudia Roth und ihrer Vorgängerin Monika Grütters gar nicht genug danken für ihre Identifikation und Unterstützung – und das betrifft nicht nur die Buchmesse, sondern auch darüber hinaus die Förderung der Branche, auf die wir angewiesen sind. Mit Kreativität und einem enormen Einsatz ist die Buchbranche durch die Jahre 2020 und 2021 gekommen, aber die Folgen des völkerrechtswidrigen russischen Angriffskriegs treffen die ohnedies durch Ladenschließungen und ausgefallene oder reduzierte Messen angeschlagene und immer schon marginale schwache Branche wirklich empfindlich.

Die letzten zwei Jahre müssten der Branche doch eigentlich herrliche Umsätze beschert haben. Irgendwann fand man das Fernsehen doof in der Pandemie. Dann besann sich das Land der Dichter und Denker aufs Lesen. Es bestand der Bedarf nach neuen Kochbüchern, weil die Rezeptensammlung aufgebraucht war, und die Kinder brauchten Beschäftigungsliteratur, wenn sie zu Hause spielen mussten. Stimmt die Umsatzzahlen im Buchhandel?

Die Zahlen verursachen ein Wechselbad der Gefühle. Die gute Nachricht: Die Nachfrage nach Büchern war tatsächlich hoch, die Branche konnte ihren Umsatz von 2019 vor Corona bis Ende 2021 um 3,6 Prozent steigern. Die schlechte: Der stationäre Handel hat gelitten, wir verzeichnen hier von 2019 zu 2021 einen Umsatzrückgang in Höhe von 12,3 Prozent.



Der Gewinner der Krise war der E-Commerce. Hier hat sich bewährt, dass die Branche digitaler aufgestellt war und ist, als das vielen bewusst war. Fast jede Buchhandlung verfügt über einen Onlineshop und konnte während der Pandemie hier Umsätze zulegen.

Der Wermutstropfen: Dieses Geschäft kostet viel der ohnedies geringen Marge und die Zufallsfunde der Kund*innen bleiben aus. Gerade die Titel mit Bestsellerpotenzial wurden stärker abgesetzt, Newcomer hatten es schwerer. Darunter leidet die Vielfalt. Das ist bedenklich.

Um dennoch hier mit etwas Erfreulichem zu schließen: Gerade die junge Zielgruppe, also die Zukunft der Branche, kaufte mehr Bücher in der Pandemie und gab dafür mehr Geld aus. Und ja: Wer Brotbackbücher im Programm hatte, konnte sich glücklich schätzen. Ich lade interessierte Politiker*innen hiermit gern zu Rundgang und Hintergrundgespräch auf die Buchmesse ein!

A *amazon hat in diesen Pandemiezeiten seinen Umsatz um mehr als 25 Prozent steigern können. Gut, da waren noch ein paar andere Produkte dabei, aber eigentlich kann man Amazon schon als den Hauptfeind des Buchhandels sehen, oder bewirkt dieser Onlinehandel auch Gutes für den stationären Buchhandel und die Kunden?*

Natürlich hat Amazon von der Pandemie profitiert, weil für viele Menschen online einkaufen synonym mit Amazon ist. Aber viele Menschen haben im Homeoffice entdeckt, dass ihre Buchhandlung um die Ecke auch Bücher liefern kann – und zwar nahezu so schnell und zum selben Preis wie bei Amazon. Daher sind die Umsätze bei den Internetshops der Buchhandlungen zwischen 2019 und 2021 um 43,7 Prozent angewachsen – das ist doppelt so stark wie der Buchumsatz bei Amazon.

S *ie sprachen gerade die kleineren Buchhandlungen an, die so kämpfen gegen die großen Ketten, die wir ja alle kennen. Die haben ja immer noch ein bisschen den Schutz, etwas, was wir in Deutschland ziemlich exklusiv haben, nämlich die Buchpreisbindung. Diese schützt die kleinen gegenüber den größeren Händlern, da der Preis überall der gleiche ist. Die großen Buchhandelsketten können daher nicht mit Menge und Masse die Preise drücken. Wird denn dieses System auf Dauer Bestand haben können, oder ist das eine Entscheidung, die nur in der Politik getroffen werden kann?*

Das Preisbindungsgesetz gibt es in Deutschland ja seit ziemlich genau 20 Jahren, es schützt nicht nur die „Kleinen“, es schützt auch die Vielfalt. Und diese Vielfalt ist kein abstrakter Wert für sich, die Vielfalt an lieferbaren Büchern (wir sprechen über fast 64.000 Neuerscheinungen im vergangenen Jahr) bedeutet, dass es zu jedem Thema, aus unterschiedlichen Perspektiven, mit unterschiedlichen Standpunkten Bücher gibt. Das belebt den Diskurs, den eine Demokratie braucht, das macht Bürger mündig. Aber ja, wahr ist auch: Ohne die Preisbindung hätten etliche unabhängige Buchhandlungen die Lockdowns vermutlich nicht überlebt und auch ansonsten wenig Perspektiven. Und genau diese Unabhängigen sind es, die dem Speziellen, unbekannteren Autor*innen, kleineren Verlagen Chancen geben und damit einen wertvollen Beitrag zum Ökosystem Buch und Bildung leisten. Gerade weil die Entscheidung über Gesetze wie das Preisbindungsgesetz natürlich in der Politik getroffen werden und wir uns als Branche nur intensiv wünschen können, dass es erhalten wird, sind mir diese Aspekte so wichtig.

Wir müssen sagen, was wir denken, müssen tun, was wir sagen, und müssen sein, was wir tun.

Alfred Herrhausen

Für Nachhaltigkeit und eine ökosoziale Marktwirtschaft



Eine Initiative des Senats der Wirtschaft

Es ist ein Irrtum, dass digital der Umwelt nicht schadet

In Zeiten der steigenden Papierpreise, Lieferkosten, Miete, Löhne und Energie müssen Bücher zwangsläufig teurer werden. Wie hoch darf die vermutete prozentuale Steigerung im Buchpreis sein, damit der Kunde das noch akzeptiert? Oder ist das jetzt ein bisschen „Glaskugelerei“?

Die Buchbranche leidet massiv unter Kostensteigerungen, Materialengpässen, Lieferschwierigkeiten, aber auch unter der rückläufigen Frequenz in den Innenstädten, wo ja die Flaggschiffe des Buchhandels sitzen. Sie leidet unter der Verbraucherstimmung, die sich auf dem Tiefpunkt befindet, der Inflation und der Ängste der Menschen.

Im Mai 2022 lagen z.B. die Papierpreise fast 60 Prozent über dem Vorjahresmonat. Und selbst wenn Sie bereit und in der Lage sind, das zu zahlen, ist noch nicht sicher, dass Sie Papier geliefert bekommen. Das alles setzt der Branche sehr zu. Man kann sagen, dass die Buchbranche, die sich in Krisenzeiten eigentlich immer resilient gezeigt hat, im ersten Halbjahr 2022 richtig mit in die Krise gerutscht ist. Jeder Verlag entscheidet selbst, wie er in Programm- und Preisgestaltung mit der Situation umgeht. Angesichts der zunehmenden Krisen sollte die Politik nun intensiv prüfen, wie sie stark belasteten Branchen jetzt helfen kann. Für die Buchbranche etwa käme in Frage, wie von der EU jetzt ermöglicht, die Mehrwertsteuer auf Bücher auf null Prozent bei vollem Vorsteuerabzug herabzusetzen. Auch strukturelle Förderungen sind eine Möglichkeit.



Dem Buch und eigentlich auch den Zeitschriften wird ja immer wieder ein mögliches Ende vorausgesagt. Es wird weniger gelesen, der Konsum von Netflix und weiteren elektronischen Medien steigt. Kommt bald der Moment, in dem wir keine Buchregale mehr in den Wohnungen finden werden?

Ich zitiere gerne Tobias Ott, den Sprecher des Aufsichtsrates von Greenpeace, der auf der Herstellungsleitertagung in Kloster Irsee in Bayern im Mai dieses Jahres sagte: „Wenn ich ein Baum wäre, würde ich ein Buch werden wollen“.

Ich habe vorhin schon ausgeführt, dass Jugendliche in den letzten Jahren eben nicht weniger, sondern mehr gelesen haben, insofern ist mir ums Buch an sich nicht bange. Was wir aber beobachten, ist eine gewisse Abkehr vom Statussymbol „prall gefülltes Buchregal“ und dem lebenslangen Archivieren von Büchern. Das liegt aber auch an der zunehmenden Mobilität. Wer mit Erasmus ein Semester nach Barcelona geht, packt den Koffer und fährt Bahn, der zieht nicht mehr mit Regalen um. Und auch etwas sesshafter geworden füllen Menschen heute ihre Regale nicht mehr Buchrücken an Buchrücken, sondern setzen eher ein paar Lektürehighlights „instagrammable“ in Szene. Das befüllt Bücherschränke im urbanen Raum, belebt den Gebrauchtbuchmarkt, gibt Menschen, die sich eine Neuerscheinung im Hardcover nicht leisten können, eine Chance und den Büchern auf Dauer mehr Leser*innen.

Es war immer sehr hilfreich, wenn man bei jemandem, den man noch nicht so kannte, eingeladen war. Da ging erst mal der Scannerblick über das Regal. Und je nachdem, welcher Buchrücken einem entgegen sprang, konnte man sich sein Bild machen. Aber das wird jetzt immer schwieriger. Glauben Sie, dass das Buch bzw. die Literatur immer noch ein wichtiger Bestandteil unserer Kultur ist, und in welchem Tempo wird es unter Umständen durch etwas anderes ersetzt?

Ich gebe zu, ich habe diesen Scannerblick auch, aber ich mache persönlich, seit die Regale bei uns aus allen Nähten platzen, sehr gute Erfahrung damit, dass ich am Ende eines gern gelesenen Buches meine Trauer über das Ende des Lektürevergnügens überwinde, indem ich mir überlege, welche*in meiner Freund*innen ich das Buch widme und weiterschenke. Und was den Ersatz der Bücher angeht: Ich glaube bedingungslos an die Zukunft des Buches. Ich glaube an das lineare Erfassen von Inhalten. Ich glaube an die Ausschließlichkeit: Kein anderes Medium nehmen Sie so ausschließlich wahr. Menschen kaufen online ein, während sie streamen. Sie hören beim Kochen Podcasts. Sie joggen mit Airpods. Das tun sie alles beim Lesen nicht. Beim Lesen lesen sie, tauchen sehr tief ein, lassen sich ein auf Buch und Inhalt. Keine SMS, keine Pushnachricht, keine Mails. Deshalb verankert sich Gelesenes so viel besser. Deshalb mögen wir oft die Verfilmungen unserer Lieblingsbücher nicht. Weil wir im Lesen zu Koproduzent*innen des oder der Autor*in werden: Wir schaffen Bilder im Kopf. Und ich glaube auch, dass die Kulturtechnik des Lesens ein anderes Memorieren der Inhalte nach sich zieht. Was Sie einmal lesen, das arbeitet dann in Ihrem Kopf. Lesen ist ja ein ziemlich komplizierter Prozess.



Aus abstrakten, erlernten Buchstaben formen wir im Kopf erst Worte, dann Verständnis des Inhalts und dann Bilder und Emotionen. Wer das mal gelernt hat und wer das fließend und unbewusst kann, der wäre schön doof, das aufzugeben.

Und noch zwei Aspekte sind mir wichtig und stimmen mich zuversichtlich: Wer als Kind viel gelesen und sich damit in viele Charaktere hineinversetzt hat, zeigt als Erwachsener mehr Empathie.

Und in Zeiten, in denen Fake News und Manipulation auf Social-Media-Plattformen an der Tagesordnung sind, finde ich ein gut recherchiertes, gut lektoriertes, verantwortungsvoll verlegtes Sachbuch das perfekte Gegenmittel für die Gefahren, denen wir ausgesetzt sind.

Ich glaube nicht, dass wir 100 Prozent der Bundesbürger zu Leser*innen bekommen. (I: Das wäre ein Traum.) Das wäre schön, aber das glaube ich nicht. Aber ich glaube absolut an die Zukunft des Lesens. Und setze mich dafür ein.

Umweltdiskussion – Nachhaltigkeit – Ressourcenschutz. Gibt es das Lesevergnügen bald nur noch digital auf handlichen Bildschirmen?

Als erstes ist es ja ein Irrtum, dass digital der Umwelt nicht schadet. (I: Doch.) Quintessenz unterschiedlichster Studien zum Lesen auf Papier und am Reader ist: Sie müssen schon radikale*r Vielleser*in sein, damit sich das digitale Lesen ökologisch als besser erweist.

Und dem setzen wir Nachhaltigkeitsstrategien im Herstellungsprozess von Büchern entgegen. Bücher sind viel leichter recyclebar als digitale Devices, die wir Menschen ja auch keineswegs erst dann ersetzen, wenn es wirklich nötig wäre.

Pädagogiktipps der Nummer 1 der deutschen Bücherfrauen. Wie kann ich einen pubertierenden Teenager motivieren zu lesen und nicht die ganze Zeit am Computer zu verdaddeln?

Sinnvollerweise fängt man nicht erst in der Pubertät damit an. Ich glaube an den Wert des Vorlesens, das Vorleben des Lesens, ich glaube an die Kraft von Geschichten und ich weiß, wie wichtig diese ersten Buchbegegnungen sind. Darum engagieren wir uns intensiv in der Leseförderung, zum Beispiel mit 125.000 Lesetüten für Erstklässler*innen, darum organisiert der Börsenverein am Welttag des Buches zusammen mit der Stiftung Lesen und anderen Partnern die Aktion „Ich schenk dir eine Geschichte“ mit einer Million verschenkten Büchern in Buchhandlungen, darum richtet er kurz vor der Pubertät mit Sechstklässler*innen den Vorlesewettbewerb aus, der die Buchbegeisterung noch mal vertieft.

Und doch kann es auch der motiviertesten Leseratte passieren, dass die Pubertät zuschlägt. Eine meiner beiden Töchter hatte auch mal einen Lesedurchhänger.

Da hilft meiner Erfahrung nach Ruhe bewahren, selbst weiterlesen, immer mal wieder ein Angebot machen, ohne zu sehr zu nerven – und abwarten, bis diese Phase vorbei ist. Es gibt so unendlich viele Lektüerverlockungen, irgendwann bahnt sich wieder ein Buch seinen Weg auf den Nachttisch.

Dass Sie persönlich in Ihrem Urlaub zum Buch greifen, da bin ich mir ziemlich sicher. Aber schaffen Sie es denn auch im normalen Alltag, die Zeit zu finden, sich mal für einen Moment zurückzuziehen, um zu lesen? Oder lässt die große Aufgabe rund ums Lesen das Lesen gar nicht mehr zu?

Ja, ich lese noch. Aber ich habe ein Teil meines Literaturvergnügens auf die Ohren verlegt, weil ich jetzt im Wald Hörbücher höre, um neben dem, was ich als Vorsteherin lesen sollte, auch noch zu den Büchern zu kommen, die ich privat lesen möchte. Mein erster Urlaubstag verläuft im Allgemeinen so, dass ich den ganzen Tag mit einem Buch in der Sonne sitze. Der Ausschnitt des T-Shirts dieses Tages definiert dann die Kleidung des Herbstes, „Branding“ für Bücherwürmer.

Aber tatsächlich führt das Pensum, das ich mir als Vorsteherin, Verlegerin und begeisterter Großmutter auferlege, manchmal dazu, dass ein voll Vorfreude gekauftes Buch etliche Zeit auf dem Nachttisch einer sehr spät und dann sehr schnell tief schlafenden Karin Schmidt-Friderichs liegt, bevor sein Wochenende gekommen ist.

Karin Schmidt-Friderichs, geb. 1960, hat Architektur studiert und als angestellte und freie Architektin gearbeitet. 1992 hat sie mit ihrem Mann Bertram den Hermann Schmidt Verlag aufgebaut, den sie bis heute leitet. Schmidt-Friderichs hat von 2003 bis 2011 dem Berufsbildungsausschuss im Börsenverein vorgestanden, von 2011 bis 2016 war sie Vorstandsvorsitzende der Stiftung Buchkunst, seit 2018 vertritt sie den Börsenverein in der Deutschen Literaturkonferenz. Seit dem 26. Oktober 2019 ist sie Vorsteherin des Börsenvereins des Deutschen Buchhandels.



Euer Glück hat keinen Preis und wird nicht gehandelt.
Es ist keine App, die auf das Handy heruntergeladen wird.

Papst Franziskus

Für Nachhaltigkeit und eine ökosoziale Marktwirtschaft





Nachhaltigkeit im Fokus

Erster German SDG Award

17 SDG-Ziele der UN sollen bekannter werden

Die Sustainable Development Goals (der UN, kurz SDGs) bekannter und sichtbarer machen: Das ist das Ziel des German SDG Awards. Die Bewerbungen dafür können ab sofort eingereicht werden. Ganz einfach online (www.sdg-award.de).

Bewerben können sich bis zum 30. September 2022 sowohl Unternehmen, Institutionen, Bildungsträger sowie einzelne Projekte – ausdrücklich nicht nur Mitglieder des Senats der Wirtschaft. Die vier Kategorien, in denen der German SDG Award vergeben wird, sind:

- Unternehmen,
- Jugend & Bildung,
- Medien & Journalismus sowie
- Städte, Gemeinden und Landkreise.

Ausgezeichnet werden jene Akteurinnen und Akteure, die vorbildlich zur Bekanntheit und der Erreichung der 17 SDG-Ziele beitragen. Es geht um inspirierende und außergewöhnliche Projekte,

Pioniere und Leuchttürme in diesem Segment. Alle Bereiche sind angesprochen: Sowohl wirtschaftliches, wissenschaftliches, politisches und zivilgesellschaftliches als auch individuelles Engagement. Die SDGs müssen in Wirtschaft und Gesellschaft deutlich sichtbarer werden, damit die Ziele erreicht werden können. Das hat auch die Halbzeitbilanz der Agenda 2030 verdeutlicht.

Zu der hochkarätigen Fachjury gehören der UNIDO-Generaldirektor und ehemalige Bundesminister, Dr. Gerd Müller, Prof. Dr. Estelle Herlyn, Dieter Overath, Adriana Valenzuela, Felix und Frithjof Finkbeiner, Max W. Römer, Prof. Dr. Jakob Rhyner, Dr. Jens Kreuter und Prof. Dr. Thomas Heupel. Den Juryvorsitz hat der ehemalige Oberbürgermeister der Bundesstadt Bonn und Präsident a.D. der globalen Organisation der Bürgermeisterinnen und Bürgermeister für Nachhaltigkeit, Ashok Sridharan. Er ist auch Sonderbeauftragter Sustainable Economy des Senats der Wirtschaft Deutschland. Der Vorstand des Senats begleitet den Prozess der Preisvergabe und das Projekt aktiv.



Öffentlich verkündet werden die Nominierten im Rahmen der UN-Klimakonferenz im ägyptischen Sharm el Sheikh im November. Die Verleihung des ersten German SDG Award findet am 10. Dezember in München statt.

Beim German SDG Award handelt es sich um eine gemeinschaftliche Initiative: Inhaltliche Konzeption, Bewertung und Verifikation obliegen dem Senat der Wirtschaft Deutschland. Die kreative Konzeption und die Durchführung erfolgen durch den Veranstaltungspartner Holtmann GmbH & Co. KG. Fragen zum German SDG Award werden unter sdg-award@senat-deutschland.de beantwortet.

Die beste Methode, eine gute Idee zu bekommen, ist
viele Ideen zu haben!

Linus Pauling

Für Nachhaltigkeit und eine ökosoziale Marktwirtschaft



Senate of Economy Europe und KIT veranstalten gemeinsam den Tag der jungen Innovatoren



Auf Initiative der KIT-Institutsleiterin und Senatorin, Professorin Jivka Ovtcharova, und des Vorstandsvorsitzenden des Senate of Economy Europe, Dr. Walter Döring, hat dieser Tag am KIT in Karlsruhe zwölf Start-ups die Gelegenheit zur Präsentation ihrer Unternehmen vor einer großen Zahl von Senatorinnen und Senatoren geboten.

Alle Teilnehmer*innen waren begeistert und sich einig, dass diese Start-ups die künftigen erfolgreichen deutschen Mittelstandsunternehmen sein und Deutschland weiter im internationalen Vergleich technologisch an der Spitze halten werden.



Feierliche Urkundenübergabe in Straßburg



„Endlich mal wieder Straßburg“ – so der meist gehörte Ausruf der Senatorinnen und Senatoren im Senate of Economy Europe. „Und dann noch in einem so beeindruckenden Schloß die Urkunden entgegennehmen dürfen – einfach großartig“, so die begeisterte „Fortsetzung“ des Kommentars.

Da das Parlament in Straßburg noch immer nicht besucht werden durfte, wich der Senat Europa diesmal unter Leitung des Vorstand Senate of Economy International, Dieter Härthe, in eine nahe gelegene Location aus, die einen würdigen Rahmen darstellte. Alle hoffen, dass es bald wieder möglich sein wird, mit Mitgliedern des EU-Parlaments an deren Arbeitsplatz ins Gespräch zu kommen – und dort auch wieder die Verleihung von Urkunden vornehmen zu können.

Weinblütenfest 2022 in der Pfalz

Gute Gespräche, beste Weine und hoher politischer Besuch auf Weingut Sankt Annaberg

Senatorinnen und Senatoren des Senats der Wirtschaft trafen sich am vergangenen Wochenende in der Pfalz zum traditionellen Weinblütenfest. Nach gemeinsamem Abendessen am Freitag wurde die Gruppe am Samstag auf dem Weingut Sankt Annaberg in Burrweiler von Inhaber-Familie Christine, Jürgen und Victoria Lergenmüller willkommen geheißen.

Die Senatorinnen und Senatoren besuchten ihre mit Namensschildern gekennzeichneten „persönlichen“ Weinstöcke. Im Anschluss daran verkosteten sie die hochwertigen Weine des Weinguts im exklusiven Weinkeller.

Mit Livemusik, vorzüglichen Speisen vom Grill und wertigen Gesprächen ging der Abend noch bis in die frühen Morgenstunden.

Bundesminister für Digitales und Verkehr, Dr. Volker Wissing, hält politischen Impuls

Einschätzungen und Informationen zur Unterstützung der Ukraine erläuterte der Bundesminister für Digitales und Verkehr, Dr. Volker Wissing, bei seiner Visite, bei der er sich zudem auch viel Zeit zum persönlichen Dialog nahm.

Dabei wurde auch über die digitale Infrastruktur und die Situation im Mittelstand diskutiert. Minister Wissing interessierte besonders die Initiative „Mission TOP 5“.

Ein Kreis aus Senatorinnen und Senatoren hat sich unter dieser Überschrift aufgemacht, mittelständische Unternehmen zu unterstützen, die Digitalisierung besser voranzubringen. Gemeinsam soll die deutsche Wirtschaft so in die fünf Spitzenplätze der digitalen Welt gebracht werden. Wissing begrüßte die Eigeninitiative ausdrücklich und sagte weiteren Austausch in der Sache zu.

Ebenso zeigte er Bereitschaft, über gute Impulse bei der Suche nach den geeigneten Technologien für die Mobilität zu suchen. Es bleibt eine offene Frage, welche Antriebstechnik klimaneutral und massentauglich ist.

Ob die Elektroantriebe alle Bedarfe decken können, bleibt noch in der Diskussion. Im Senat der Wirtschaft sind sowohl Experten aus den Unternehmen als auch aus der Wissenschaft mit der Frage vertraut. In der Diskussion wird über Wasserstoff, synthetische



Kraftstoffe und auch neuartige Brennelemente diskutiert. Allesamt sind jeweils klimaneutral. Diese Lösungsansätze sollen als Impulse den politisch Verantwortlichen unterbreitet werden.

Bundesminister Dr. Wissing zeigte sich offen für weitere Impulse und entsprechend sachdienlichen Dialog.

BundesConvent 2022 mit Themen der „Zeitenwende“

Mitgliederversammlung bestätigt die erfolgreiche Arbeit des Senats

Vor dem Hintergrund der angespannten Krisensituation beschäftigte sich der BundesConvent des Senats der Wirtschaft mit den Auswirkungen auf wirtschaftliche Prozesse und die gesellschaftliche Entwicklung.



Präsident Prof. Dr. Burkhard Schwenker plädierte an die Wirkung von strategischen Szenarien als Aufgabenstellungen für Entscheider in Wirtschaft und Politik. Im Zuge seines Jahresberichts betonte er, dass der Senat der Wirtschaft gut aufgestellt ist und die Gremien, gerade in der krisenbelafteten Zeit, sehr vertrauensvoll zusammenarbeiten.

Präsident und Vorstand betonten beide, die Arbeit des Senats, gerade vor dem Hintergrund der so erfolgreichen Tätigkeit in dieser Krisenperiode, als junge, schlagkräftige und relevante Institution zu verstärken. Dabei soll die Arbeit und die Expertise der Mitglieder durchaus öffentlich erkennbarer werden.

Vorstandsvorsitzender Norbert Streveld zeigte in seinem Bericht Akzente und Merkmale der zu erwartenden politischen Herausforderungen auf und setzte diese in den Kontext der Senatsaufgaben. Er konnte von einer stabilen und wachsenden Konstitution des Vereins Senat der Wirtschaft berichten.

Als weiterer Vorstand und Vorsitzender der Stiftung Senat der Wirtschaft ordnete Dr. Christoph Brüssel die aktuelle Spannung zwischen Lösungszwang in Unternehmen und einer Hinwendung zu nachhaltiger Wirtschaft ein. Dabei betonte er: „Gerade in der Druckphase ist eine Werteorientierung helfend.“ Den Senat bezeichnete er als besonders hilfreiche Gemeinschaft bei der Findung langfristiger Lösungen, auch mit sofortigen Ergebnissen in dieser Krise.

Mit einer scharfen Analyse der politischen „Zeitenwende“ setzte sich der Politikwissenschaftler Prof. Dr. Volker Kronenberg auseinander. Dabei

ordnete er die Zielsetzungen der Regierung, die historischen Vorbedingungen und ebenso geostrategische Überlegungen ein. Gedanken zu der realen Zeitenwende und die Ermahnung, fortlaufende globale Entwicklungen der unterschiedlichen Kräfteverhältnisse nicht zu vergessen, kennzeichneten die Betrachtung.

Die Rolle Europas und eine Perspektive mit zwölf klaren Thesen skizzierte Dr. Walter Döring, Vorstandsvorsitzender des Senats der Wirtschaft Europa. Seine strukturierte Betrachtung der Gegebenheiten und politischen Entscheidungslage der EU fordert einige Bewegung und deutliche Konsequenzen. Enthalten sind sehr pragmatische Veränderungswünsche an die Kommission und ebenso in Richtung einer gemeinsamen Wehrhaftigkeit, wirtschaftlich wie politisch.

Als Vorsitzender des Kuratoriums der Stiftung Senat der Wirtschaft erläuterte Prof. Dr. Axel Ekkernkamp die wissenschaftliche Arbeit und zugleich das Zusammenspiel zwischen Senat Deutschland und der Stiftung des Senats als wichtige komplementäre Ergänzung. Durch die enge Abstimmung und die Personengleichheit des Vorstands ist eine klare Einheit gegeben. Die unterschiedlichen Instanzen der Senatsfamilie wirken ergänzend und inhaltlich stark prosperierend.

Beim anschließenden Empfang im Atrium des Hauses der Bundespressekonferenz war ausführlich Gelegenheit zu anregenden und vertiefenden Gesprächen im Kreis der Senatorinnen und Senatoren.



Senate of Economy Europe in Dubai

Vom 28.2. bis 3.3.22 hat sich eine beeindruckend große Delegation von Senatorinnen und Senatoren des Senate of Economy Europe in Dubai auf der Internationalen Weltausstellung EXPO aufgehalten



und neben dem Besuch zahlreicher Pavillons (wirtschafts)politische Gespräche geführt. Besonders beeindruckt und ebenso erfreut war die Delegation von der Tatsache, dass der deutsche Pavillon zu den meistbesuchten Pavillons gehörte. Deutschland präsent

tierte sich sehr klar „nach vorne gerichtet“: Neue Technologien, die Einhaltung SDGs der Vereinten Nationen uvm. beeindruckten die Besucherinnen und Besucher.

Baden-Württemberg, als einziges Land mit einem eigenen Pavillon auf der EXPO vertreten, hat die Teilnehmer zu einem gern angenommenen Mittagessen eingeladen: Maultaschen und Rostbraten!

Ein Höhepunkt war neben dem Austausch mit dem deutschen Generalkonsul Holger Mahnicke der Empfang und der persönliche Austausch mit dem Wirtschaftsminister der Vereinigten Arabischen Emirate, S. E. Dr. Thani Al Zeyoudi, der sich weit mehr Zeit für die engagierten Fragen der Senatorinnen und Senatoren nahm als ursprünglich geplant.

Emotionaler Höhepunkt war der Besuch des Pavillons der Ukraine. Die Delegation hatte die Gelegenheit zum Austausch mit dem Leiter der Vertretung der Ukraine, verfasste Solidaritätsadressen und spendete einen mittleren fünfstelligen Betrag für die Unterstützung der vom Krieg betroffenen ukrainischen Bevölkerung.

Die Senatorinnen und Senatoren sicherten den Vertretern der Ukraine zu, dass sie bei ihren Gesprächen in Straßburg den Wunsch des Landes auf Aufnahme in die EU unterstützen werden.



Senatsgespräch mit dem Bundestagsabgeordneten Stephan Pilsinger

Austausch zu den Herausforderungen der Gesundheitspolitik

Im Fokus des Senatsgesprächs standen die aktuellen Herausforderungen der Gesundheitspolitik.



Als erfahrener Arzt beleuchtete Stephan Pilsinger aktuelle Fragestellungen hinsichtlich der zukünftigen Ausgestaltung des Gesundheitssystems und stellte den gesundheitspolitischen Handlungsbedarf heraus. Themen waren u.a. das Krankenhauswesen, die digitale Ausrichtung des Gesundheitswesens, steigende Energie- und Materialkosten im Gesundheitssektor, wünschenswerte Technologieoffenheit sowie regulatorische Herausforderungen.

Die anwesenden Senatorinnen und Senatoren konnten ihre medizinische, pharmazeutische und medizintechnische Expertise direkt im sehr persönlichen Gespräch einbringen.

Stephan Pilsinger gehört seit 2017 für die CSU dem Bundestag an und ist Mitglied im Gesundheitsausschuss.

Senat der Wirtschaft auf Mission TOP 5

Schirmherr und ideeller Partner für Digitalisierungsinitiative aus Senatsreihen



Der Senat der Wirtschaft beteiligt sich als ideeller Partner und Schirmherr an der Digitalisierungsoffensive Mission TOP 5. Ziel der Mission ist es, Deutschland bei der Digitalisierung im europäischen Vergleich bis 2027 unter die TOP 5 zu bringen.

Deutschland, die viertgrößte Volkswirtschaft der Welt, ist im europäischen Vergleich bisher konstant auf den letzten Plätzen bei der Digitalisierung. Im aktuellen Vergleich des European Center for Digital Competitiveness (ECDC) steht die Bundesrepublik mit dem 26. – dem vorletzten – Platz in Europa.

Die Grundidee zur der Initiative hatte Senator Dan Bauer – eine Gruppe von weiteren Senatorin-

nen und Senatoren aus der Kommission Digitale Zukunft arbeitete die Idee weiter aus und verfeinerte sie. Durch den Senat der Wirtschaft konnte die Mission TOP 5 mittlerweile auch dem Bundesminister für Digitales und Verkehr vorgestellt werden. Dr. Volker Wissing zeigte sich der Initiative gegenüber sehr aufgeschlossen. Eine weitere Zusammenarbeit wurde durch ihn vorgeschlagen und nun umgesetzt.

Um die Verbindung der Mission TOP 5 und dem Senat der Wirtschaft auch personell zu manifestieren, wurde der Vorstandsvorsitzende Senat der Wirtschaft Deutschland, Norbert Streveld, in den Beirat der Mission Top 5 berufen.

Expertenkreis zu Lösungsansätzen in der Energiefrage

MdB Oliver Grundmann (CDU) lädt den Senat ein

Trotz der Sommerpause traf man sich, um über Denkansätze aus Wirtschaft und Wissenschaft für politische Entscheidungsprozesse zu diskutieren. Mit dabei auch der Senat der Wirtschaft, vertreten durch Vorstand Dr. Christoph Brüssel und den Leiter der Energiekommission Uly Köhler.

Das Thema war die sinnvolle Filterung von CO₂, das dann umweltgerecht in der Erde gespeichert werden kann. Ein Verfahren, das ermöglicht, emittiertes Treibhausgas nicht in die Atmosphäre gelangen zu lassen. Dadurch entstehen auch wieder Nutzungsmöglichkeiten dieses CO₂, was auch das Gasproblem mindern könnte. Noch ist die Diskussion zu diesem Verfahren in vielen Fraktionen des Bundestags umstritten. Deshalb ist ein Expertenkreis umso wichtiger. Lösungen sind jetzt gefragt. Der Senat wirkt gerne mit.





Interview

Herausforderung Klimawandel bewältigen

Die Parlamentarische Staatssekretärin Daniela Kluckert über Klima und Technologie

Seit Ende letzten Jahres ist Daniela Kluckert (FDP) Parlamentarische Staatssekretärin beim Bundesminister für Digitales und Verkehr. Zudem ist sie Beauftragte für ein zentrales Thema der Verkehrswende: den Ausbau der Ladesäuleninfrastruktur für die E-Mobilität. Christoph Brüssel und Norbert Strevelde trafen sich zum Gespräch mit der 41-Jährigen in Berlin.

Die EU hat eine Ausschließlichkeit hinsichtlich Elektromobilität versucht zu beschließen. Gerade aus Ihrem Hause, von Volker Wissing, haben wir dann auch gehört, dass eine bessere Technologieoffenheit und Alternativen durchaus angestrebt werden. Wie ist die Position in diesem Zusammenhang?

Uns ist wichtig, dass der Kampf gegen den Klimawandel tatsächlich Früchte trägt. Wir dürfen dabei keine Zeit verlieren. Und dafür müssen wir wirklich alle passenden Technologien nutzen und keine im Vorfeld ausschließen. Die Elektromobilität wird bei der Dekarbonisierung des Verkehrs eine zentrale Rolle spielen und wird daher von uns auch sehr stark unterstützt. Vor allem bei dem Ausbau der Ladesäuleninfrastruktur wollen wir zügiger vorankommen. Mit dem Deutschlandnetz schaffen wir bis 2023 weitere 1.000 Schnelllade-Hubs für eine flächendeckende und bedarfsgerechte Ladesäuleninfrastruktur. Zusätzlich

gibt es zahlreiche andere laufende Förderprogramme, um die Ladesäuleninfrastruktur in Deutschland auf ein Topniveau zu bringen und um ein absoluter Vorreiter in dem Bereich zu werden.

Das ist das Eine. Das Zweite ist natürlich das Thema Wasserstoff-Brennstoffzelle, das wir auch unterstützen und das in der Wirtschaft stark vorangetrieben wird. Weiterhin sehen wir natürlich auch das Thema E-Fuels. Diese synthetischen Kraftstoffe können einen großen Beitrag zur Dekarbonisierung des Verkehrs leisten. Möglich ist das mit der Bestandsflotte, weil natürlich auch nach 2035 noch sehr viele Autos, die mit dem Kolbenmotor funktionieren, auf dem Markt und auf unseren Straßen unterwegs sein werden.

Und auch das ist eine Form von Nachhaltigkeit: Waren nicht einfach wegzuerwerfen, sondern diesen guten Produkten, die in Deutschland produziert werden, eine lange Nutzungsdauer zu ermöglichen. Natürlich sollten wir aber auch die Möglichkeit bieten, dass der Kolbenmotor weiterentwickelt werden kann und in diesem Bereich auch zukünftig weitere Anwendungen möglich sind. Unsere Produkte, die wir in Deutschland haben und produzieren, müssen natürlich auch global und weltweit Absatz finden.

Ich sehe es momentan noch nicht, dass in Südamerika, in Afrika und überall in Asien in naher Zukunft ein Niveau der Ladesäuleninfrastruktur erreicht wird, wie wir es in Deutschland derzeit haben, und auch deswegen müssen wir uns diese Option ebenfalls offenhalten. Wir wollen eine dekarbonisierte Verkehrswirtschaft, aber wir wollen und brauchen unbedingt auch eine starke deutsche Wirtschaft.

Der Abbau von Hürden und Bürokratie, aber auch die vollständige Digitalisierung von Prozessen muss eine ständige Aufgabe eines jeden Ministeriums sein

A Iso Sie sehen die synthetischen Kraftstoffe auch als eine marktfähig werdende Perspektive?

Absolut. Sie wird Teil eines gesamten Energiekonzepts sein. Wir sehen derzeit, dass in vielen Bereichen E-Fuels und synthetische Kraftstoffe benötigt werden. Die Nachfrage ist vorhanden und sie wird natürlich auch dadurch geschürt, dass sich der Markt bereits auf Unterquoten im Bereich der maritimen Wirtschaft und im Luftfahrtbereich einstellt. Zu dieser Nachfrage wird sich ein globales Angebot entwickeln – so funktioniert bereits seit Hunderten von Jahren die Marktwirtschaft. Und noch eines: Es ist illusorisch zu glauben, dass wir unseren Energiebedarf mittel- oder langfristig allein national mit hiesiger erneuerbarer Energie befriedigen können – eine „Energieautarkie“ erreichen können, wie einige meinen. Wir sind auf starke internationale Energiepartnerschaften angewiesen, und dazu benötigen wir Energie, die sich transportieren lässt. Dafür eignen sich natürlich E-Fuels hervorragend.

S ie haben die Bestandsflotte angesprochen, die wir bei 1,5 Milliarden auf der Welt sehen für die nächsten zehn Jahre. Sehen Sie eine Perspektive, dass man zukünftig mit Verbrennungsmotoren, die dann emissionsfrei oder sehr -arm sind, weitermacht, oder meinen Sie, dass nach der Bestandsflotte, die wir jetzt sehen, irgendwann Schluss ist?

Ich kann nicht in die Glaskugel schauen und die Zukunft vorhersehen. Ich kann nur politische Entscheidungen treffen, die ich für klug und sinnvoll

halte, für die Welt und für die Menschen in unserem Land. Und ich bin der Überzeugung, dass es einen Mix geben wird. Unser Ziel muss die Dekarbonisierung sein und auf dem Weg dorthin müssen wir technologieoffen bleiben. Die Vergangenheit hat gezeigt: Es war immer der Ansatz, der mit der Marktwirtschaft einherging, der Innovationen geschaffen und Ziele erreicht hat.

S tichwort Digitalisierung: Wie wichtig ist für Sie und hier im Haus das Thema Cyberkriminalität, auch bezogen auf Wirtschaft, speziell auch Mittelstand?

Cyberkriminalität ist ein Riesenthema. Es gehen der deutschen Wirtschaft mehrere Milliarden Euro durch Cyberkriminalität verloren. Dagegen müssen wir dringend etwas tun. Das Thema hat natürlich in unserem sowie im Wirtschafts-, Verteidigungs- und Innenministerium und auch bei allen anderen Institutionen eine äußerst hohe Priorität. Durch den Ukrainekrieg wurde das Thema noch einmal in den Fokus gerückt, weil die Angriffe von russisch-staatlicher Seite zugenommen haben.

Ich stelle fest, dass viele Unternehmen leider noch nicht ausreichend gegen Cyberkriminalität gewappnet sind. Jedes Unternehmen, das sich nicht explizit Angriffssicherheit auf die Fahne geschrieben und auch entsprechend investiert hat, ist dem Risiko ausgesetzt, auch angegriffen zu werden. Datendiebstahl oder noch schlimmere Schäden können angerichtet werden. Insofern ist der Schutz vor Cyberkriminalität eine Aufgabe, der wir uns als Staat, aber auch als Volkswirtschaft und von Unternehmensseite her, stellen müssen.



Es gibt ja Förderprogramme und Unterstützung für den Mittelstand. Gleichzeitig besteht das Gefühl, dass der Mittelstand die digitale Transformation so nicht bewältigen kann und gar nicht versteht, was es ist. Dazu kommt die Sorge, gar nicht erst an die Förderprogramme ranzukommen.

Wie schätzen Sie das ein? Ist die Regulierung einerseits, aber die Förderung andererseits durch die Bundesregierung hinsichtlich Mittelstand gut vorangekommen oder sehen Sie da Perspektivprobleme?

Diese Aufgabe der Förderung ist im Wirtschaftsministerium angesiedelt. Momentan ist unsere Förderpolitik leider noch häufig so ausgerichtet, dass sie sehr, sehr bürokratisch und nicht digital und nutzerfreundlich ist. Daran scheitern dann leider viel zu häufig Unternehmen.

Deswegen ist klar, dass es eine ständige Aufgabe von allen Ministerien sein muss, die Förderpraxis attraktiv und verständlich zu gestalten, sodass die Mittel auch von denjenigen abgerufen werden können, an die sie adressiert sind. In unserem Ministerium arbeiten wir auf Hochtouren daran, dass unsere Förderbedingungen und -prozesse besser werden. Dazu gehört der Abbau von Hürden und die Eliminierung unnötiger Bürokratie – gleichzeitig benötigen wir die vollständige Digitalisierung von Prozessen und eine nutzerfreundliche Gestaltung.

Wie hält es denn die Ampelkoalition generell mit der Digitalisierung?

Ich gehe davon aus, dass die Digitalisierung in allen Ministerien ernst genommen und ehrgeizig vorangetrieben wird, da sie eine der drängendsten Herausforderungen ist. Es muss jedem klar sein, dass wir die Versäumnisse der vergangenen Regierung schnellstmöglich abbauen müssen. Ende August wird bei der Kabinettsklausurtagung in Meseberg die Digitalstrategie verabschiedet und konkrete Themen und Aufgaben natürlich auch nochmal explizit adressiert, die dann umgesetzt werden. Dazu zählt die Digitalisierung von Prozessen, aber auch die Erkenntnis und der Wille, dass natürlich auch die Verwaltung, die wir direkt beeinflussen können, viel smarter und agiler werden muss. Die Verwaltung ist einer der Schlüsseler für eine funktionierende Digitalisierung Deutschlands.

Und das auch konkret in den einzelnen Stufen, bei Bund, Ländern und Kommunen?

Ja. Natürlich ist es so, dass wir am besten die Aufgaben ganz oben hinschreiben, die wir selbst erledigen können, und dann weitere erforderliche Maßnahmen für Länder und Kommunen adressieren. Wenn es um Finanzierungsfragen geht, fordern die Länder immer



sehr viel vom Bund. Dabei bedarf und fehlt es häufig gar nicht an finanziellen Mitteln, sondern am richtigen Mindset und Mut. Uns ist vor allem im Rahmen der Digitalstrategie wichtig, die Projekte anzugehen, die konkret in den Ministerien umgesetzt werden können. Deutschland muss in der Digitalisierung große Schritte gehen, um international mitzuwirken und aufzuschließen. Und dann sollen diese Projekte auch in einem vernünftigen Zeitrahmen abschließbar sein, sodass vor der nächsten Wahl geschaut werden kann, wer was erreicht hat.

Das ist wunderbar! Themenwechsel: 9-Euro-Ticket. Was passiert da?

Das 9-Euro-Ticket läuft bis Ende August. Dann werden wir die Daten und die Erfahrungen, die wir gesammelt haben, evaluieren. Unser Ziel, die finanzielle Entlastung der breiten Bevölkerung, haben wir erreicht. Mit dem Tankrabatt auf der einen Seite haben wir Entlastung bei der Individualmobilität und für die Unternehmen geschaffen. Auf der anderen Seite gab es mit dem 9-Euro-Ticket eine massive Verbilligung der Nahverkehrstickets. Jetzt müssen wir die Ergebnisse und Erfahrungen beurteilen. Die ersten Zahlen zeigen, dass durch das günstige Ticket mehr Verkehr erzeugt worden ist, weil die Menschen gar nicht auf den ÖPNV umgestiegen sind, sondern das Ticket für zusätzlichen Verkehr wie z.B. den Urlaub genutzt haben und somit der Umstieg vom Auto auf den öffentlichen Nahverkehr nicht oder in einem nur sehr geringen Maße stattgefunden hat.

Wir müssen uns die Zahlen ganz genau ansehen und auswerten. Meine persönliche Erfahrung zeigt, und das ist auch das, was ich aus meinem Bekanntenkreis höre: Die Einfachheit dieses Tickets hat die Menschen begeistert.

Also, dass man von Berlin nach Hamburg fahren kann, nicht unbedingt mit dem 9-Euro-Ticket, sondern zum Beispiel mit dem ICE, am Bahnhof aussteigen kann und nicht erst schauen muss: Wie funktioniert hier das lokale Nahverkehrssystem? Was für ein Ticket muss ich kaufen? Diese Einfachheit, einsteigen zu können, loszufahren und sich keine Gedanken um das gültige Ticket vor Ort zu machen, hat wirklich stark und nachhaltig begeistert. Und diese Begeisterung würde ich gern mitnehmen und dazu beitragen, dass so etwas Ähnliches auch in der Zukunft möglich ist. Zum Beispiel, mit einer nutzungsfreundlichen Plattform, auf der man unkompliziert deutschlandweit Tickets kaufen kann.

In diesem Bereich wird derzeit viel zu sehr nur auf den eigenen Verkehrsverbund, auf das eigene Unternehmen geschaut. Das kann nicht die Zukunft sein. Klar ist, Mobilität ist nicht umsonst, so wie auch Wasser oder telefonieren nicht umsonst ist. Die Kosten und Finanzierung von Gratisleistungen und Vergünstigungen werden dann von anderen getragen. Das ist natürlich kein System, auf dem eine soziale Marktwirtschaft basiert.

Der Staat, und insbesondere der Bund, unterstützt bereits den ÖPNV mit beträchtlichen finanziellen Mitteln. Deswegen ist auch klar, dass die Mitfinanzierung der Nutzer für dieses System nicht einfach so entfallen kann.

Wohlstand, aufgebaut auf der Zerstörung der Umwelt,
ist kein wirklicher Wohlstand.

Kofi Anann

Für Nachhaltigkeit und eine ökosoziale Marktwirtschaft



Eine Initiative des Senats der Wirtschaft

Die Europäische Union „ganz denken“

Anregungen von Dr. Walter Döring



Dr. Walter Döring

Ja, wir alle sind Europa. Deshalb geht uns auch alles an, was in Europa passiert; und das gilt nicht nur für die EU, denn Europa ist größer als die Europäische Union.

Somit sind wir auch für das ganze Europa mitverantwortlich. Das bedeutet für alle, denen die Werte der EU und damit auch die Werte unserer Senate am Herzen liegen: raus aus den individuellen „Komfortzonen“ und rein in die reale Welt, die derzeit wenig „Komfort“ bietet.

Der fürchterliche Krieg in der Ukraine, die trotz erster Weizenausfuhren drohenden Hungersnöte, die enormen Mittel für die dringend benötigte Ausrüstung der Bundeswehr, die steigenden Energiekosten, die Finanzierung der Hilfspakete und nun auch noch die „chinesische Frage“ – alles Themen, die zu Sorgen Anlass geben und die vor allem eines brauchen: größtmögliche Geschlossenheit und Solidarität in und mit allen europäischen Ländern, eine „wirkungsvolle“ Opferbereitschaft und die Einsicht, dass wir mit und nach alldem Wohlstandsverluste erleiden werden.

Aber was sind „Opferbereitschaft“ und „Wohlstandsverluste“ bei uns gegen das, was die Ukrainer seit bald einem halben Jahr an Leib und Leben, an Familientrennungen und Heimatverlust erleiden! Und dies nicht allein für sie, für ihre Familien, für ihr Land, sondern für uns alle, die wir Europa sind: Sie verteidigen unter Einsatz ihres Lebens das freie, das auf Werten aufgebaute und auf diesen beruhende Europa – sie kämpfen, leiden und sterben auch für uns.

Dies nicht zu vergessen, diesen grausamen Krieg nicht zur „Gewohnheit“ werden zu lassen, muss unsere erste Pflicht sein, aus der sich weitere Aufgaben und Pflichten für alle „freien Europäer“ ergeben.

Der Vorsitzende des Auswärtigen Ausschusses des Europäischen Parlaments hat zurecht konstatiert: „Wir erleben die Geburtsstunde für ein geopolitisches Europa. Als Europäer müssen wir wieder lernen, für unsere Werte zu streiten, gegen militärische Bedrohungen gewappnet zu sein und unsere Interessen in der Welt durchzusetzen“. Das heißt, nicht mehr und nicht weniger als dass wir unsere Verteidigungsanstrengungen massiv ausbauen müssen, was einhergehen muss mit der Erweiterung der militärischen Schlagkraft in Europa, u. a. durch eine viel engere Kooperation in den Bereichen Bewaffnung, Beschaffung und Standardisierung.

Das von Bundeskanzler Olaf Scholz ausgegebene 2%-Ziel für das Militärbudget in Deutschland darf nicht wieder aufgeweicht werden. Und: Der vom französischen Staatspräsidenten Emmanuel Macron



seit Langem schon angebotene Dialog über Frankreichs Beitrag zu einer etwaigen europäischen nuklearen Abschreckung sollte endlich aufgenommen werden.

Natürlich wollen wir alle im Frieden leben, aber SPD-Chef Lars Klingbeil ist zuzustimmen, wenn er ausführt: „Friedenspolitik bedeutet, auch militärische Gewalt als ein legitimes Mittel der Politik zu sehen“. Für alle, die wir „Europa sind“, gilt gleichzeitig: Selbst wenn aktuell vielleicht illusorisch, wir müssen bei jeder berechtigten und solange wie nötig erforderlichen militärischen Unterstützung der Ukraine immer auch im Auge behalten: Ziel ist und bleibt ein allumfassender Frieden in Europa, der ohne Russland nicht möglich ist, weshalb „die russische Karte“ nicht verloren gehen darf.

Wir Mitglieder der Europäischen Union müssen Europa „ganz denken“, sprich zu Erweiterungen bereit sein. Die Beitrittsverhandlungen mit den Balkanstaaten Nordmazedonien und Albanien weisen den Weg, sind aber erst einmal nur (zu) zögerliche Schritte in die richtige Richtung. Serbien zum Beispiel muss dazukommen, bevor es sich Putin in die Arme wirft. Unbestritten ist hoffentlich, dass die Ukraine Mitglied der EU werden soll.

Europa muss darüber hinaus die Demokratie nach innen (Ungarn! Polen!) und außen – Putin führt mit seinem Angriffskrieg gegen die Ukraine auch einen Krieg gegen die freie Welt, gegen die Demokratie – verteidigen und, wo möglich, ausbauen. Wir müssen

stärker mit den Demokratien in Asien und im globalen Süden kooperieren – etwa mit Freihandel, bei der Energieversorgung und im Kampf gegen Armut. Da gibt es in unserer unmittelbaren Nachbarschaft unendlich viel zu tun: Afrika leidet Hunger, auch, weil die reichen Länder im Norden die Teuerungen bei Energie und Weizen etc. bezahlen können, wofür „dem Süden“ schlicht die Mittel fehlen. Europa muss rasch zu einer „Partnerschaft auf Augenhöhe“ mit Afrika kommen, was weit mehr ist als herkömmliche Entwicklungshilfe.

Natürlich darf bei aller Konzentration auf die Verteidigung der Ukraine und damit auf die Verteidigung unserer Werte der Klimaschutz nicht „hinten runterfallen“. Annalena Baerbock drückte es so aus: „Die größte Bedrohung für die Sicherheit der ganzen Welt ist der Klimawandel“.

Wir Europäer sind dazu aufgerufen, an den Klimaschutzzielen unverrückbar festzuhalten und „die Welt dabei mitzunehmen“.

„Europa als Ganzes denken“ heißt auch, „fürs Ganze“ Verantwortung übernehmen; und zwar alle in Europa: Nicht allein die Mitgliedsländer der EU tragen Verantwortung für die Bekämpfung von Fluchtursachen und die Aufnahme von Geflüchteten. Wenn „wir Europa vom Menschen her denken“, wie es Ursula von der Leyen in ihrer Antrittsrede als EU-Kommissionspräsidentin im November 2019 ausdrückte, dann versteht es sich von selbst: Wir sind Europa!



Portrait

Bauchgefühl ist das wahre Geheimnis der Weinherstellung

Winzerin Victoria Lergenmüller und ihr Weg zur Nachhaltigkeit

Victoria Lergenmüller gibt sich nicht leicht zufrieden. Seit sie vor zehn Jahren die Verantwortung für ihr Pfälzer Weingut St. Annagut übernommen hat, kämpft die 32-Jährige für ihre Vision, dass ihre Weine auch noch in 30 bis 50 Jahren gern getrunken werden, einzigartig bleiben und von Weinkennern geschätzt und erkannt werden. Und das nachhaltig und biologisch zertifiziert.

Es gibt wahrlich einfachere Betätigungen als den Weinanbau. Das kann Victoria Lergenmüller sicher bestätigen. Denn sie steht allein in der Verantwortung für ihre sieben Hektar in Burrweiler. Fast 90 Prozent Riesling stehen auf den Flächen und werden gehegt und gepflegt – seit dem Jahrgang 2021 bio-zertifiziert.

„Wir leben hier bereits seit Jahren in einer natürlichen Umwelt auf unserem Berg und haben den Gedanken der Kreislaufwirtschaft immer gelebt“, ist die zweifache Mutter überzeugt und hat sich deshalb für „ihren Berg“ für diese Wirtschaftsweise entschieden. Sie lässt sich hier auch gut umsetzen, ist sie überzeugt. So stellen die Blütenmischungen in den Weinbergen besonders in trockenen Sommern eine gute Möglichkeit dar, die generell ziemlich trockenen Standorte nicht noch mehr austrocknen zu lassen. Da helfen auch die Tiefwurzler ihrer großen Gewächse. Die teilweise 85 Jahre alten Reben können bis zu 30 Meter in die Erde hineinragen. In ganz heißen Sommern stellt die

Winzerin aber auch die Beregnungsanlage an – allerdings erst, wenn die Rebe Stress bekommt. Vorher soll sie dazu angeregt werden, möglichst tief zu wurzeln und mit den Mineralstoffen aus den tieferen Schichten auch mehr Aromen für die Traube nach oben zu transportieren. Daneben bietet die Blütenvielfalt den Insekten eine gute Nahrungsgrundlage. Der Waldrand und kleine Areale zwischen den Weinbergen, angepflanzt mit Büschen und Bäumen, schaffen wiederum den Vögeln einen Rückzugsort und Nistmöglichkeiten. Von diesen erhofft sich die Unternehmerin dann die Reduzierung der Zikaden. Idealerweise hätte sie gern noch ein eigenes Bienenvolk. Hier sieht sie aber durchaus arbeitstechnische Grenzen und freut sich über eine Imkerfamilie, die ihre Völker in die Nähe ihrer Weinberge stellt. Ziel von Victoria Lergenmüller ist es, im Verband von Demeter arbeiten zu können.

Die Idee des Kreislaufs wird auch in dem Angebot von Übernachtungen und kleinen Gerichten in der Vinothek gelebt. Leckereien aus dem Weinkelner und von der Jagd werden den Gästen angeboten. Dazu gehört auch das Sortiment ihres Mannes Sebastian Kieffer von der Metzgerei Kieffer in Bad Bergzabern. Beide arbeiten für ihre eigenen Unternehmen. Ursprünglich gab es auch ein Restaurant auf dem Annaberg. Aufgrund fehlenden Personals wurde dieser Wirtschaftszweig zumindest vorübergehend stillgelegt. Mutter Christine ist für Gastronomie und Hotel zuständig.



Generell sind die Lergenmüllers eine Familie mit großem Zusammenhalt und gegenseitiger Unterstützung. Mit 200 Hektar Rebfläche sind sie Deutschlands größtes privates Weingut in Familienhand mit Standorten in der Pfalz und im Rheingau. Neben dem Hauptsitz in Hainfeld ist im benachbarten Roschbach der „Außenbetrieb“ angesiedelt. Hier werden die Trauben angenommen, befindet sich das Flaschenlager, und von hier aus findet der Versand statt. Auch Victoria füllt ihre Weine hier ab. Alles andere passiert aber auf dem Annaberg. Im Keller ist sie allein verantwortlich. Der Verkauf ist ebenfalls ihre Aufgabe. In den Weinbergen bekommt sie Unterstützung aus dem elterlichen Betrieb. In St.

Annaberg wird alles mit der Hand gelesen. Auch das wiederum ein schonendes, umweltfreundliches, wenn auch anstrengendes Verfahren.

Große Gewächslagen machen dabei einen Anteil von 30 Prozent aus. Sie sind auch der Grund, warum die gesamte Familie Lergenmüller den Annaberg 1998 übernahm. Es benötigte aber etwa zehn Jahre, bis die verwilderten Weinberge überhaupt wieder gesund und leistungsfähig wurden. „Meine Eltern haben hier einen Rohdiamanten übernommen, und ich darf ihn heute weiter schleifen“, sagt Lergenmüller. Große Gewächslagen sind speziell ausgezeichnete und klassifizierte Weinberge, die auf außergewöhnlichen Böden in speziellen klimatischen Lagen Weine mit aromatischer Prägung hervorbringen. In Burrweiler wachsen sie auf Grauschiefer – unüblich für die Pfalz und aromatisch eher



der Mosel zuzuordnen. Hinzu kommt, dass der Annaberg eine Monopollage ist, Victoria Lergenmüller also ein Monopol auf den Namen St. Annaberg hat. Hochwertige Weine werden hier produziert. Neben dem Schiefer bilden aber auch Buntsandstein, sandige Verwitterungsgesteine und Kalkstein die Grundlage für die Weine der studierten Önologin. Neben den unterschiedlichen Böden ist es auch der Ausbau der Rieslinge, der eine Vielzahl von Facetten ihres Weines hervorbringt.

Und um diese Facetten noch zu verstärken, schwört Victoria Lergenmüller auf die Spontangärung. Auch wenn man bei dieser Art, den Wein gewähren zu lassen, fast keine Kontrolle mehr über den weiteren Verlauf der Gärung hat. Da ist dann eben Sensorik gefragt. „Riechen, schmecken, spüren, ob noch genug Aktivität im Wein ist, das steht dann im Vordergrund“, schmunzelt Lergenmüller. „Das Ergebnis ist enorm vielschichtiger und die Weine schmecken individueller.“ Und letztlich ist es dann wie bei vielen Spitzenprodukten: Lergenmüller verlässt sich auf ihr Bauchgefühl. „Das Bauchgefühl ist das wahre Geheimnis bei der Weinherstellung“, so ihr Credo. „Das kann dir keiner beibringen.“

Victoria Lergenmüller

- Master Önologie in Bordeaux
- 2019 Zweiter Platz als DLG Jungwinzerin des Jahres
- Mutter von zwei Kindern

WEINGUT SANKT ANNABERG

- Burrweiler
- Größe des Betriebes: 7 Hektar
- Preisbeispiele für Weine ab Hof (inkl. MwSt):
Riesling: 11 bis 25,50 Euro;
Spätburgunder: 35 Euro

Webseite: www.sankt-annaberg.de

Es gilt, den technischen Fortschritt ganz gezielt zum Instrument für den humanen Fortschritt zu machen.

Hans-Dietrich Genscher
Ehrensenator des Senats der Wirtschaft

Für Nachhaltigkeit und eine ökosoziale Marktwirtschaft



Eine Initiative des Senats der Wirtschaft

Wir haben das vorher Unmögliche möglich gemacht

Wie Führungskräfte Krisenzeiten meistern

Von Silja Graupe



Prof. Dr.
Silja Graupe

Corona, globales Kriegsgeschehen, Klimawandel, Inflation: Wie bewältigen Führungskräfte Krisen? Ihre grundlegenden Werte, Einstellungen und Handlungsorientierungen sind hier wesentlich. Doch was ist ein Handlungskompass, der durch schwieriges Fahrwasser leitet?

Neue Forschung für Krisenzeiten

Seit Sommer 2021 führen wir an der Cusanus Hochschule für Gesellschaftsgestaltung die Studie „Zukunftsökonomie – Unternehmerische Entscheidungen in Krisenzeiten“ durch. Dabei kooperieren wir mit dem renommierten Komplexitätsforscher David Snowden, und unser Projekt ist Teil des Sonderforschungsprogramms der Volkswagenstiftung zur Coronakrise. Zu Zeiten des Lockdowns 2021 befragten wir insgesamt 634 Führungskräfte. Darunter waren auch 94 aus dem Senat der Wirtschaft.

Ihnen möchte ich nochmals sehr herzlich danken!¹ Unserem Forschungsdesign liegen Erkenntnisse aus der narrativen, ökonomischen und kognitionswissenschaftlichen Forschung zugrunde. Diese besagen, dass sich weit weniger in objektiven Zahlen oder offiziell bekundeten Werten, sondern in Erzählungen die tatsächlich wirksamen Handlungsorientierungen, Wertvorstellungen und Zukunftsbilder von Menschen verbergen. Deswegen luden wir alle Teilnehmenden ein, eine für sie bedeutsame Geschichte ihres unternehmerischen Handelns in der Coronakrise zu teilen. Sodann ließen wir sie im Rahmen eines von uns designten Frameworks diese Geschichten interpretieren, so dass wichtige Koordinaten ihres ansonsten verdeckten Handlungskompasses offenbar wurden. Auch fragten wir ihre Vorstellungen der Zukunft ab.

Innovative Erkenntnisse

Unsere Ergebnisse geben faszinierende Einblicke in die Einstellungen und Orientierungen von Führungskräften in Krisenzeiten. Ein paar davon stelle ich hier vor. Dabei beziehe ich mich auf das Sample des Senats der Wirtschaft.

¹ Im Sample des Senats der Wirtschaft lag der Anteil von Frauen bei ca. 12 %; am meisten vertreten war die erste Führungsebene (91 %) und die Größe der Unternehmen lag mehrheitlich bei 100 bis 1.000 Beschäftigten (47 %) und 10 bis 100 Beschäftigten (31 %).

Was erzählt wird:

Wenig berichten Führungskräfte über Änderungen in der Produktpalette. Statt des WAS sind eher Veränderungen des WIE bedeutsam, wobei die Reorganisation der Arbeit durch Homeoffice-Regelungen im Vordergrund steht. Einige Erzählende gehen gar eine Ebene tiefer und verändern das WARUM ihres Tuns. Hier zeigen sich Pioniergeschichten fundamentalen Wandels, wobei insbesondere soziale Innovationen in Bereichen wie Verantwortungsübernahme und Solidarität betont werden.

Wer erzählt:

Insgesamt können wir sieben Handlungstypen ausmachen. Am meisten vertreten sind diejenigen, die schrittweise vorangehen und sich die Situation im Prozess erschließen, statt umfangreich zu planen. Zwei weitere oft vertretene Typen verkörpern unterschiedliche Führungsstile: Zum einen sind dies starke Persönlichkeiten, die durch Vorbild und Entscheidungskraft vorangehen, zum anderen Personen, die auf ein Miteinander und Befähigung setzen. Alle drei Handlungstypen gehen überwiegend mit der Einstellung einher, schwierige Situationen positiv meistern zu können. Als eher ohnmächtig erweist sich hingegen ein seltener vertretener Typ, der sein Handeln von außen erdrückt sieht – zuallermeist durch staatliches Handeln, aber auch durch unkollegiales Verhalten.

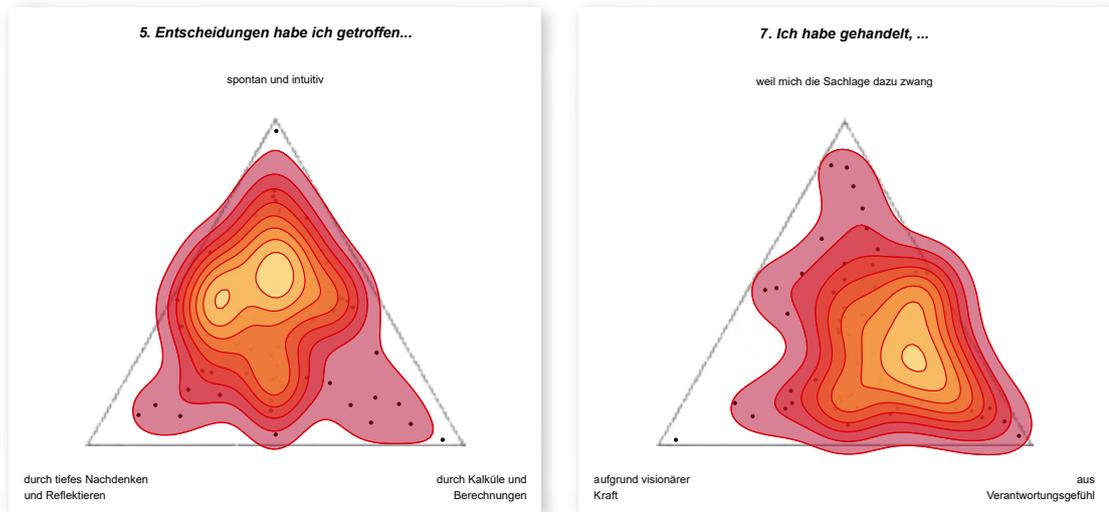
Neue Orientierungen:

Mehrheitlich ist für die Teilnehmenden Intuition und Spontaneität bedeutsam. Tiefes Nachdenken spielt zudem eine untergeordnete Rolle. Deutlich seltener gelten Kalküle als handlungsleitend. Bezüglich der Handlungsgründe geben die meisten an, aus innerem Verantwortungsgefühl heraus zu handeln; eine kleinere Gruppe sieht ihr Handeln als Reaktion auf äußere Zwänge. Fast vollständig fehlt die Vorstellung, aufgrund visionärer Kraft zu agieren. Hier liegt ein wesentlicher Gestaltungsspielraum wahrscheinlich brach.

„Wichtig war, eine weitgehende gemeinsame Verantwortung der gegenseitigen Unterstützung zu stärken und umzusetzen. Die besondere Situation hat die meisten Personen in der Aufgabe und Verantwortung zusammengeschweißt und stärker gemacht.“



Handlungstypen in Krisenzeiten



Werte, die zählen:
 Von allen abgefragten Werten war das Streben nach Wachstum/Gewinn für die Befragten von geringstem Wert. Weitaus wichtiger waren Menschlichkeit/Gerechtigkeit, Transparenz/Ehrlichkeit und Existenzsicherung/Substanzerhalt. Für die Zukunft

wird allerdings erwartet, dass Wachstum/Gewinn wieder an Bedeutung gewinnen werden, ebenso aber Aspekte der Nachhaltigkeit und der ökologischen Verantwortung. Auch wird eine stärkere Bedeutung der Offenheit für Neues und der Kreativität vorhergesehen.



Zusammenkunft ist ein Anfang. Zusammenhalt ist ein Fortschritt. Zusammenarbeit ist der Erfolg.

Henry Ford

Für Nachhaltigkeit und eine ökosoziale Marktwirtschaft



Bilder der Zukunft:

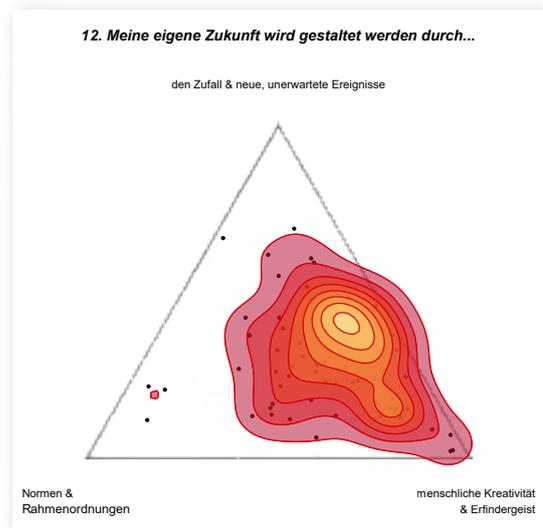
Kaum jemand erwartet, dass die Zukunft von Vergangenheitem bestimmt sein wird, auch schätzen die allermeisten die Bedeutung von geltenden Regeln und Rahmenordnungen gering. Stattdessen sehen viele das gegenwärtige Tun als zukunftsentscheidend. Eher aus dem Blick gerät damit, dass die Zukunft gänzlich offen und unvorhersehbar sein könnte. Neue und unerwartete Ereignisse werden folglich recht wenig als mögliche Gestaltungskräfte der Zukunft wahrgenommen: *expect the unexpected* ist kein vorherrschender Topos.

Besonderheiten des Senats: Vergleicht man die Ergebnisse des Senats mit dem Gesamtsample; so lässt sich zunächst feststellen, dass Frauen deutlich weniger repräsentiert sind (12 % statt 30 %). Zugleich manifestiert sich die Idee einer eher positiv eingestellten Wertegemeinschaft: Denn Senatoren und Senatorinnen handeln deutlich mehr aus Verantwortungsgefühl, fühlen sich weniger von Sachzwängen getrieben und sehen in Krisenzeiten deutlich mehr Chancen. Auch handeln sie deutlich weniger aus reinem Kalkül. Zudem erweisen sich die Werte Transparenz/Ehrlichkeit sowie Menschlichkeit/Gerechtigkeit bei ihnen als stärker handlungsleitend als im Gesamtdurchschnitt – sowohl für die Gegenwart als auch für die Zukunft. Nachhaltigkeit/Ökologischer Verantwortung wird zudem für die Zukunft eine stärkere Rolle zugeschrieben.

Ausblicke

Unsere Forschung macht bedeutsame Komponenten des Handlungskompasses von Führungskräften nicht nur im Durchschnitt sichtbar. Auch suchen wir nach „schwachen Signalen“ wirkungsvoller Veränderung: Welche noch wenig verbreiteten Sinn- und Handlungsorientierungen versprechen ein innovatives Handeln und wie lassen sie sich verstärken? Hier schauen wir etwa genauer auf einen Handlungstyp, der Zukunft als radikal offen begreift sowie visionär und sinnstiftend agiert.

Auch wollen wir in Zukunft einen „Transformationsklimaindex“ entwickeln, der Neuorientierungen auf der Sinn- und Wertebene deutschlandweit frühzeitig anzuzeigen vermag. Zudem bieten wir Unter-



nehmen und Verbänden an, Prozesse der Sinnstiftung und des Wertewandels in Krisenzeiten auf allen Ebenen aufzuspüren und interaktiv zu erarbeiten, wie sich positive Signale wirkungsvoll verstärken und zu nachhaltigem Wandel verbinden lassen. Wir freuen uns auf neue Kooperationen auch und gerade mit Senatorinnen und Senatoren!

Senatorin Silja Graupe ist Gründerin und Präsidentin der Cusanus Hochschule für Gesellschaftsgestaltung sowie Professorin für Ökonomie und Philosophie.

Einige menschliche Fähigkeiten wird man im kommenden Jahrzehnt dem Computer beibringen, aber nicht das logische Denken.

Bill Gates

Für Nachhaltigkeit und eine ökosoziale Marktwirtschaft



Bäume für ein besseres Klima

Von der Kinderbewegung zum eigenen Klimawald – Plant-for-the-Planet



Felix Finkbeiner

Das Wissen über die Wirkung von Bäumen und Grünpflanzen als so genannte biologische Lunge ist den meisten bekannt. Oft lernt man schon in der Schule, dass Pflanzen CO_2 aus der Atmosphäre aufnehmen und nachts umgewandelt dann Sauerstoff abgeben. Die Fotosynthese ist bekannt als natürlicher Austausch. Deshalb wird seit Jahrzehnten über die Baumpflanzung als umweltgerechtes Mittel gesprochen. Gleichmaßen ist die Vernichtung von riesigen Wäldern, besonders den so wichtigen Regenwäldern, als ein Horrorszenario gescholten. Dabei geht es nicht nur um die CO_2 -Funktion, sondern auch um viele andere lebenswichtige Bereiche, die durch Wälder ermöglicht werden. Stichworte in der politischen Diskussion sind Artenvielfalt, Erhaltung von Lebensraum für Tiere und Pflanzen, Früchte, Holznutzung und Wohlstand.

Besucht und betrachtet von Christoph Brüssel

Kinder und Jugendliche mobilisierten bereits Milliarden Bäume für ein besseres Klima

Der Junge Felix Finkbeiner hat sich schon als Kind mit dieser Frage auseinandergesetzt und mit neun Jahren bereits die Idee geboren, praktisch anzupacken, um mehr Bäume und mehr Wälder für die Welt zu schaffen. Die Idee war so einfach wie Kinder Probleme eben lösen: Hört auf zu diskutieren und fang an, Bäume zu pflanzen. Und damals, als Neunjähriger, war's der Ansatz, mit Gleichaltrigen das Ziel erreichen zu wollen. Felix meinte: Wir Kinder müssen unsere eigene Zukunft mithelfen zu sichern. Er gründete mit Unterstützung seines Vaters, Frithjof Finkbeiner, die Organisation „Plant-for-the-Planet“.

Viele Jahre bevor freitags Schüler auf die Straße gingen und für Veränderung protestierten, starteten national und international Kinder und Jugendliche mit dem demonstrativen Ansatz, selbst Bäume zu pflanzen. Daraus entstand eine große Bewegung, die bis heute 92.837 junge Botschafter der Idee in 75 Ländern begeisterte. Auch heute sind noch weiterhin Tausende aktiv. Regierende und Monarchen, viele, viele Prominente unterstützten diese Idee auch öffentlich. Bekannt wurde die Kampagne „STOP TALKING – START PLANTING“ – frech halten Kinder der Bewegung Prominenten wie Al Gore oder Fürst Albert II. von Monaco, König Felipe von Spanien, Harrison Ford und anderen symbolisch den Mund zu.



Zahllose Vorträge in Schulen, auf Kongressen ja sogar in den Räumen der UN-Generalversammlung hat Felix Finkbeiner halten können. Sein Team organisiert seit 15 Jahren junge Akademien, das sind 1.656 Ein-Tages-Workshops, die über Umweltschutz, Klimagerechtigkeit und die Funktion der Wälder informieren und damit auch über Bildung Veränderung herbeiführen sollen. Zusammen mit der kenianischen Friedensnobelpreisträgerin Wangari Maathai, deren Erbe die Kinder 2011 antraten, mobilisierten die jungen Menschen so weltweit zur Pflanzung von Milliarden von Bäumen.

Diese internationale Aktion kann als große Kommunikationsleistung und erfolgreiche Aufklärung gewertet werden. Der quantitative CO₂-Effekt als Kompensationsleistung war und ist sekundär.

Inzwischen ist Felix Finkbeiner erwachsen, bleibt bei der intensiven Arbeit für eine Veränderung und möglicherweise der Rettung vor der Klimakatastrophe. Wer so intensiv international unterwegs ist, vor wichtigen Gremien spricht, mit den Großen dieser Welt über Klimaveränderung ringt, der widmet sein Leben diesem Thema.

Die Kampagne wächst aus den eigenen Kinderschuhen

Die Aktivistenkampagne der Kinder und jungen Jugendlichen brauchte auch eine Perspektive, erwachsener zu werden.

Seit 2013 etabliert „Plant-for-the-Planet“ unter Leitung von Felix Finkbeiner und auch unterstützt durch seinen Vater Frithjof Finkbeiner, ein großes Waldprojekt in Mexiko. Auf 23.000 Hektar Fläche, im Eigentum des gleichnamigen gemeinnützigen mexikanischen Vereins, werden Millionen von Bäumen renaturiert, die mitwirken an der Kompensation von CO₂ und gleichzeitig die Biodiversität unterstützen. Ein großer Wald, als Vorbild für viele weitere Projekte.

Bereits im Jahr 2011 hatte Felix Finkbeiner mit „Plant-for-the-Planet“ als erster dazu aufgerufen, eine Billion Bäume, „One Trillion Trees“, zu pflanzen. 2019 hatte eine Studie der der Universität/ETH Zürich belegt, dass eine Billion mehr Bäume auf unserer Welt ein Grad der Klimaerwärmung mindern könnte. Im Englischen steht Trillion für eine Billion unseres Zahlenverständnisses.



Und ganz nach dem eigenen Ursprungsmotto „Stop Talking – Start Planting“ hat also die Organisation von Felix Finkbeiner in Mexiko begonnen, eigene Wälder aufzubauen, mit dem Ziel, selbst in Mexiko bis 2030 100 Millionen Bäume zu renaturieren, eigene Erfahrungen zu sammeln und diese mit anderen kostenlos zu teilen. Die einfache Logik: Wenn 10.000 andere Organisationen auch 100 Millionen Bäume pflanzen, renaturieren, schützen, dann schaffen wir die Billionen Bäume.

Hierbei geht es nicht nur um diesen einen Wald, es soll unter Beweis gestellt werden, dass vieles möglich ist. So zum Beispiel auch die zielgerichtete Machbarkeit, mehrere Millionen Bäume pro Jahr anpflanzen zu können und als lebensfähigen Wald mit Biodiversität anzulegen. Wichtig dabei auch die Finanzierbarkeit: Das Ziel von „Plant-for-the-Planet“ ist, für einen Euro pro Baum Wälder renaturieren zu können. Das ist deshalb so wichtig, weil man so leicht bei Spendern und Unterstützern die Symbolik und Motivation schaffen kann. Viele wollen ihr eigenes Leben und das Konsumverhalten gern klimagerecht kompensieren. Hierbei werden nicht immer CO₂-Zertifikate verlangt, oft kommt es auch auf das eigene Verständnis, den Wunsch der direkten erlebbaren nachvollziehbaren Handlung an.



Der Dreiklang macht die Klimaneutralität ehrlich

Kritiker merken an, dass die Kompensation der eigenen CO₂-Emissionen oft als Ablasshandel gesehen wird und deshalb ein wirklicher Klimaschutz damit verdrängt werden könnte. Ein Dilemma, das ernsthaft zu beachten ist. Deshalb sehen wohlmeinende Beobachter in erster Linie einen so genannten „Dreiklang“ als wesentlichen Faktor an. Zunächst sollen CO₂-Emissionen möglichst grundsätzlich vermieden werden, bereits bestehende sollen, da wo es geht, reduziert werden und erst dann, wenn beides nicht möglich ist, wird eine Kompensation der Emissionen durch Waldanbau oder andere Grünpflanzen anerkannt.

Das gilt auch nur dann, wenn die jeweilige Maßnahme als additional, also real und wirklich zusätzlich, erfolgt.

Damit muss klar sein: Nur weitere Grünpflanzen und Wälder, die nicht ohnehin schon gepflanzt wurden, sind eine wirkliche Kompensation. Denn nur so wird mehr CO₂ aus der Atmosphäre herausgezogen.

Anerkannte Studien haben erwiesen, dass diese Kompensation durch Grünpflanzen oder Wälder auch zwingend notwendig ist, um die Klimaziele überhaupt zu erreichen.



Nichts ist wichtiger, als die Emissionen auf null zu reduzieren. Aber das allein reicht nicht mehr, um die 1,5-Grad-Grenze nicht zu überschreiten. Wir müssen darüber hinaus möglichst viel Kohlenstoff binden, der bereits in der Atmosphäre ist. Dafür ist es notwendig, Wälder wieder herzustellen, die dann CO₂ aufnehmen können. Es gab auf der Erde etwa sechs Billionen Bäume – die Hälfte haben wir inzwischen zerstört. Wir haben die Möglichkeit, rund eine Billion dieser Bäume wiederherstellen.

Denn wenn man alle Maßnahmen, die beispielsweise im Pariser Klimaabkommen der Vereinten Nationen vereinbart wurden, einhalten würde, bleibt dennoch eine enorme Lücke zur Verhinderung der Klimakatastrophe. So hat der auch international anerkannte Wissenschaftler Prof. Franz Josef Radermacher, Vizepräsident des Senats der Wirtschaft und führendes Mitglied des Club of Rome, in mehreren Studien errechnet, dass eine „Ambitionslücke“ von mehr als 1.200 Milliarden Tonnen CO₂ ungelöst bleiben würde. Will man die Zwei-Grad- oder 1,5-Grad-Grenze halten, dann ist es zwingend notwendig, sehr große Mengen an CO₂ aus der Atmosphäre zu saugen. Die Minderung des Emissionsausstoßes allein reicht nicht mehr aus.

Diese Argumentation gilt für viele als Rechtfertigung einer Kompensation der Treibhausgasemissionen. Natürlich wird vorausgesetzt, dass ein ehrlicher Wille besteht, möglichst immer Emissionen zu vermeiden. Losgelöst von der Frage einer zertifizierten Kompensation der Emissionen, die Anpflanzung von Wäldern oder die Schaffung weiterer Grünflächen und Moore sind wirksame Maßnahmen, den Klimawandel zu mindern.

Eben das ist auch das Ziel von „Plant-for-the-Planet“. Über die Initiative können auch kompensationswillige Privatpersonen oder Unternehmen zu einer zertifizierten Kompensation ihrer Treibhausgasaufwendungen kommen: „Plant-for-the-Planet“ legt für ihre Partner CO₂-Zertifikate aus dem Aufbau erneuerbaren Energien, meist nach Goldstandard, still und pflanzt zusätzlich Bäume, parallel und additiv. Denn wir müssen heute beides tun: Emissionen reduzieren und sequestrieren, d.h., CO₂ in Bäumen binden. Die von Kindern und Jugendlichen weltweit gepflanzten Bäume dienen als Unterstützung der natürlichen Lunge und als Merkpunkt, Mitmachanker, sie sollen aufklären und aufrütteln.

Ebenso die Waldprojekte, die inzwischen von der Stiftung über ihre mexikanische Schwesterorganisation selber aufgebaut werden. Deren Waldprojekte bleiben vom Handel mit CO₂-Rechten frei.

Allerdings werden die Kosten für die klimagerechten Waldprojekte aus Spenden getragen. Zahlreiche wohlmeinende Menschen, die sich so für die Umwelt engagieren, ebenso große Unternehmen, die neben ihrer Pflicht, CO₂-Rechte zu erwerben, darüber hinaus auch freiwillig mitwirken. Sicher beflügelt der Wille zu einer grundsätzlichen Nachhaltigkeitsstrategie hier deutlich.

Es bleibt das ehrgeizige Ziel der Initiatoren Finkbeiner, für einen Dollar oder einen Euro je einen Baum pflanzen zu können. So will gezeigt werden, dass die Möglichkeit erreichbar ist, mehr Wälder für die Welt zu schaffen. Eine Billion mehr Bäume – so das Motto, in Englisch One Trillion Trees.



Die Vision soll zur grünen Realität werden

Auf der Halbinsel Yukatan, in Mexiko, findet man ein besonders gut geeignetes Gebiet für die Waldpflanzung. Bodenbedingungen, viel Sonne und ausreichend Feuchtigkeit zeichnen die Region aus. Mehr noch, neben der CO₂-Funktion erfüllt Wald dort noch weitere segensreiche Funktionen. Das strukturschwache Gebiet braucht eine Wohlstandsperspektive im Landesinneren. Dort wo der Tourismus nicht täuschend viele Dollar einschwemmt und die Armut mit viel gettohaften Resorts für amerikanische und europäische Besucher übertüncht. Mit Waldanbau und Waldpflege kommen auch Arbeitsplätze in die Region. Weiter werden den beachtlich vielen Starkwettern, den Hurrikane und Starkregen geeignete Widerstände entgegengesetzt. Ohne solche ist die Landwirtschaft ebenso wie Siedlungen weniger geschützt solchen Winden ausgesetzt. Ein enormes Problem, gerade in Latein- und Südamerika.

Gute Argumente also, gerade dort Waldprojekte anzusetzen. So sieht es auch die nationale Regierung. Der gemeinnützige mexikanische „Plant-for-the-Planet“-Verein hat ein Gebiet von 23.000 Hektar Fläche, am Rande eines Nationalwaldprojekts von insgesamt 400.000 Hektar – bereit, als Waldnaturschutz zu gedeihen.

Gerade ist eine Kooperation vereinbart, danach werden sich die Facharbeiter des Vereins auch mit staatlichen Kräften gemeinsam um die Pflege des gesamten Biosphärenreservats Balam-ku kümmern.

Im Mittelpunkt steht das ehrgeizige Ziel, die 23.000 Hektar zu einem naturbelassenen Wald werden zu lassen. Geht es nach dem Willen von Felix Finkbeiner, dann wird das entstehende Holz nicht verwertet, der Wald soll dauerhaft sein Leben entwickeln.

Pro Jahr mehrere Millionen Bäume pflanzen, dazu braucht es Infrastruktur, die erforderliche Forst- und ökologische Expertise und viel Naturglück. Denn die Wetterbedingungen müssen passen. Setzlinge fordern Wasser, um zu keimen und kräftig genug zu wachsen. Also wird in der Regenzeit gepflanzt. Es muss fünf Tage in Folge geregnet haben, damit der Boden hinreichend feucht wird. Gleichzeitig darf es nicht zu stark regnen, das würde die jungen Pflänzchen wieder auswaschen. Abgesehen von der beschwerlichen Arbeit.

Bei 35 Grad im Schatten und hoher Luftfeuchtigkeit wird die Pflanzung zum harten Job. Nichts für manch „Umweltromantiktouristen“, solche sollen bereits angereist sein, aber sehr schnell die dringend erforderliche Weiterreise bevorzugt haben.

Bis zu 150 Mitarbeitende sind bei „Plant-for-the-Planet“ beschäftigt. Überwiegend Waldarbeitende, Technikerinnen und Techniker. Ja, es sind auch rund 25 Prozent Frauen im Team, ziemlich neu in der Tradition. Auch nicht gewöhnlich: Der mexikanische Verein hat Jahresverträge mit seinen Leuten, soziale



Sicherheit inbegriffen. Keine Tagelöhner, mit Steuer und Sozialabgaben. Nur 15 Prozent der Unternehmen würden das so handhaben, erklärt gegenüber diesem Magazin SENATE ein Experte, der Jahrzehnte für die Regierung tätig war.

Ein Weiteres fällt auf: die Stimmung der Menschen, irgendwie fröhlich, irgendwie familiär. Möglich, es kommt durch den Rhythmus des Arbeitsalltags, angelehnt an junge Teamstrukturen, die eher in unserer aufgeklärten Businesswelt angesagt sind: gemeinsames Frühstück, gemeinsames Mittagessen mit frohmachender Musikuntermalung, frischen Früchten, kalten Getränken, einem guten Koch und dem Gefühl der Gemeinsamkeit.

Natürlich sitzen die Chefs mit am Tisch, immer ein offenes Ohr und den Willen, die Gemeinschaft zu leben.

Kritische Stimmen und der Blick hinter die Kulissen

Es gab auch kritische Stimmen in einzelnen Medien in den vergangenen Monaten.

Zweifel wurden vorgetragen, ob denn der Wald der Finkbeiners tatsächlich so angepflanzt wird wie versprochen. Spekuliert wurde über die hohe Anzahl der jährlichen Pflanzungen und die Nachvollziehbarkeit.

Tatsächlich, bekennt Frithjof Finkbeiner, der nur noch beratend für die Stiftung aktiv ist, man habe zu wenig auf die Darstellung der Rechtfertigungen und ein neutrales Controlling geachtet. Fakt allerdings sei, dass die Nachweise über Pflanzungen und die exakte Abrechnung der eingesetzten Spenden ord-

nungsgemäß vorlägen. Mehr sogar, die Zahlen lägen auch den Redaktionen vor. Reaktion auf die Berichterstattung sei, eine stärkere Transparenz öffentlich zu kommunizieren, Controlling durch Wirtschaftsprüfer auch in Mexiko, auch auf den wiederbewaldeten Flächen und die Verbesserung der technischen Nachvollziehbarkeit, erläutert auch der jetzige Vorstandsvorsitzende der Stiftung, Felix Finkbeiner.

Vor Ort konnte sich dieses Magazin SENATE einen Eindruck verschaffen, sofern das möglich ist, Wald und Natur, Technik und Ergebnisse zur Klimawirkung beurteilen zu können.

Beginnend mit den Baumschulen, drei sind überwiegend oder ausschließlich für die Waldflächen der „Plant-for-the-Planet“ tätig.

Der Hauptverantwortliche, ein Forstwissenschaftler aus Mexiko, schildert die ausgefeilte Methode, die Setzlinge bis zu einer fruchtbaren Reife zu ziehen und dann sachgerecht auf die Felder zu bringen. Ein sehr genau ausgefeilter Humus, biologische Anbaumethode, sorgsam gemischt, einzeln bearbeitet, dennoch in einer riesigen Stückzahl.

Einfach lässt sich die Menge hochrechnen, die einzelnen kleinen Pflänzchen sind in kartonähnlichen Behältnissen, gleiche Stückzahl pro Charge und locker zu summieren. Vier Millionen zählen wir überschlägig. Aus dieser Baumschule werden pro Jahr jetzt bis zu drei Millionen im Wald des gemeinnützigen mexikanischen Vereins „Plant-for-the-Planet“ gepflanzt.

Die Differenz ergibt sich aus der Überlebensrate der Setzlinge – nicht alle schaffen es auch, gedeihlich zu wachsen und nach der Qualitätskontrolle auch ausgesetzt zu werden.



| PLANTACION 2022 | | | |
|-----------------|------------|------------|------------|
| META | 3.000.000 | 3.000.000 | 3.000.000 |
| FECHA | 11/08/2022 | 12/08/2022 | 13/08/2022 |
| BACALAR | 3.262 | 3.262 | 3.250 |
| CONSTITUCION | 14.800 | 15.200 | 15.808 |
| TOTAL DIA | 18.062 | 18.462 | 19.058 |
| ANTERIOR | 475.856 | 493.918 | 512.380 |
| ACUM TOTAL | 493.918 | 512.380 | 531.438 |
| POR SEMBRAR | 2.506.082 | 2.487.620 | 2.468.562 |
| DIAS x SEMBRA | 87 | 86 | 85 |

Neben dieser Tafel registrieren sich alle Mitarbeitenden über einen elektronischen Fingerabdruckscanner zum Arbeitsbeginn und Arbeitsende

Aus den beiden anderen Baumschulen kommen weitere Setzlinge in sechsstelliger Anzahl.

Es sind über 30 verschiedene Baumarten, die gezogen und ausgepflanzt werden. Die Biodiversität steht ganz oben auf der Zielliste. Monokulturen sind nicht die optimale Waldzukunft: „Plant-for-the-Planet“ will resistente Ökosysteme schaffen.

Später, im Camp der Farm, sprechen wir mit Ökologen und Biologen und auch mit Gruppenleitern. Sehen die Arbeiten im Wald, an verschiedenen Stellen. Etwa 120 Mitarbeitende sind angestellt, dauerhaft, also keine Tagelöhner. Es gibt Ganzjahresverträge, alle arbeiten in kleinen Teams auf dem Feld, strukturierte Abläufe und klare Pflanzziele. Genau durchdacht: Wann ist die Wärme erträglich, wann Pausen und wie viel Schutz vor Sonne oder Schlangen bietet die Arbeitskleidung. Es scheint, als kenne der zuständige Gruppenleiter jedes kleine Baumpflänzchen beim Weg an die aktuelle Arbeitsstelle. Er zeigt auf die 40 cm hohen, beinahe wie stärkere Gräser wirkenden, Jungpflanzen mit der Bitte um Achtsamkeit: „Nicht drauftreten bitte“.

Und dann noch die Klarheit, im vergangenen Jahr hat das Ziel nicht geklappt. Etwa 700.000 Bäume zu wenig konnten erfolgreich gepflanzt werden. Auch das ist dokumentiert. Grund war das stark launige Wetter, schon die Auswirkungen eines spürbaren Klimawandels. Diese Menge der Pflanzungen wird in diesem Jahr nachgeholt, wenn alles klappt. Zur Zeit sind die Teams des „Plant-for-the-Planet“-Waldgut im Plan, es soll noch bis Ende Dezember gelingen die ambitionierte Jahreszahl plus der Nachzügler

in den Boden zu bringen. So, dass sie auch fruchtbar die Zukunft des Waldes bilden. Und dann weiter, jedes Jahr mehrere Millionen Bäume, 100 Millionen bis 2030.

Sieht man die Baumschulen, besucht die Waldarbeiter und beobachtet die systematische Pflanzarbeit, erkennt man, wie ambitioniert das Ziel ist. Es ist allerdings auch erkennbar, dass die Möglichkeit keine Utopie, keine fernab liegende Wunschvorstellung ist. Inzwischen sind die gepflanzten Bäume auch über GPS-Daten im Internet verfolgbar. Nicht jeder einzelne Baum, die Tagesleistung jedes der bis zu fünf Teams wird transparent für jeden auf der Welt registriert, markiert und in Wachstum und Entwicklung nachvollziehbar.

Zusammen mit Felix Finkbeiner probieren wir es aus und suchen den durch uns im Netz definierten Baum – ist schon nicht so einfach wie gedacht, denn nach knapp zwei Jahren Wachstum sind die Bäume selbst im subtropischen Klima keine Riesenstämme, sondern noch immer wie Buschwerk. Doch zuverlässig finden wir den Abschnitt und zählen die wachsenden Bäumchen, die zum Wald beitragen.

Mehr als acht Millionen Bäume sind schon angewachsen, seit „Plant-for-the-Planet“ diese Flächen wiederbewaldet, in diesem Jahr sollen mehr als drei Millionen weitere hinzukommen.

Täglich werden alle Pflanzungen genau kontrolliert und auch dokumentiert. Jeden Tag, jede Woche, jeden Monat, ausführlich wie bei einer guten Buchhaltung. Inzwischen durch die Wirtschaftsprüfer auch kontrolliert.

Wald, Wirtschaft und Wissenschaft

Für Felix Finkbeiner ist es auch eine wichtige Komponente, dass mehrere Universitäten aus USA, der Schweiz und Großbritannien die Projekte begleiten. Eigene Forschungen sind angestoßen und werden über Jahre bereits verfolgt. Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler kommen auf Zeit zu den Projekten und untersuchen die Pflanzungen.

Ein Thema erscheint besonders spannend: Reagieren die Setzlinge in angestammtem und naturbelassenem Wald anders als die, die auf ehemaligen Rinderfarmen ausgepflanzt werden? Es ist bekannt, dass in gutem und langjährigem Waldboden Tausende mehr Mikroorganismen leben als in baumlosen Feldern. Die Frage ist noch nicht erforscht, welche Wirkung dieser angestammte Boden auf die neu gepflanzten Setzlinge hat. Das könnte wichtig für die weltweite Wiederaufforstung und damit auch für klimawirksame Waldprojekte sein. Vor dem Hintergrund, dass Milliarden Hektar ungenutzte und degradierte Bodenflächen weltweit liegen, die eben auch nicht für Landwirtschaft genutzt werden können, gewinnt diese Frage an Bedeutung. Ein großes Problem ist das Risiko beim Bepflanzen solcher Flächen, die Samen könnten nicht fruchtbar ansetzen. Mehrheitlich gehen die Bäume eben nicht auf, was Spender und Investoren, Forstleute oder Farmer abschreckt, solche Flächen zu Wäldern werden zu lassen.

Könnte dieses Problem durch Anreicherung mit Humus aus bestehenden Wäldern gemindert werden, fragen sich die Wissenschaftler im Umfeld von „Plant-for-the-Planet“ in Mexiko.

Finkbeiners haben dazu ein „Laborfeld“ eingerichtet: ein 93-Hektar-Landstück, auf dem experimentell Bäume in verschiedenen Bedingungen, teilweise unter Beimischung von Mikroorganismen, ausgepflanzt werden. Die Entwicklung wird dann wissenschaftlich ausgewertet.

Nach einer Studie der ETH Universität Zürich würden – stark verkürzt ausgedrückt – eine Billion Bäume mehr auf unserer Erde das Klima um bis zu ein Grad weniger warm werden lassen. Eine These. Fakt ist in jedem Fall, dass Bäume CO_2 aus der Atmosphäre ziehen und in Sauerstoff wandeln, jeden Tag. Die Erkenntnis, dass die Erderwärmung durch Treibhausgase in der Atmosphäre stark zunimmt, gilt als unbestritten. Dabei ist es physikalisch erkannt, dass sich diese Gase ca. 100 Jahre dort halten. So begründet sich die wichtige Funktion der Wälder und Grünflächen um so mehr. Wird CO_2 aus der Atmosphäre entzogen, wirkt es sofort, nicht erst nach vielen

Jahren. Neben der doch klaren Aufgabe, erst gar nicht CO_2 oder andere Treibhausgase zu emittieren, unterstützt das Sequestrieren, also Absaugen, sehr deutlich.

Wald aufbauen ist demnach sinnvoll und hilft. In den tropischen Gebieten um so mehr, denn das Wachstum ist vielfach stärker, damit auch die CO_2 -Verarbeitung schneller und schlicht mehr.

Der Blick in den Wald von „Plant-for-the-Planet“, hinter die Kulissen, hat viele spannende Erkenntnisse gezeigt. Es ist nicht möglich, alle Fakten und Schilderungen fachlich oder sachlich vollständig beurteilen zu können, dazu fehlt dem Autor die wissenschaftliche Kompetenz. Es bleibt ein klarer Eindruck: Die große Erfahrung, der uneingeschränkte Zugang zu Fakten und Zahlen, die engagierten Menschen erleben zu können, die großen Flächen besucht zu haben und die intensive und qualitative Arbeit gesehen zu haben, bringt Vertrauen. Der Wald lebt und wächst, aus dem Gründer der Kinder- und Jugendbewegung, Felix Finkbeiner, ist der engagierte Vorsitzende geworden, der weiter mitwirken will, das Ziel zu erreichen: mehr Wälder für die Welt – One Trillion Trees.





KLAUS
WIEGANDT (HRSG.)

EIN
REPORT VON
Stefan Rahmstorf
Hans J. Schellnhuber
Jutta Allmendinger
u. v. m.

3 GRAD MEHR

Ein Blick in die drohende Heißzeit
und wie uns die Natur helfen kann,
sie zu verhindern

FORUM FÜR VERANTWORTUNG

 oekom

Buchtipp

Mit der Natur gegen die Klimakrise

Von Uly Köhler



Ein deutscher Topmanager legt im Alter von 60 Jahren seine Ämter nieder und dann richtig los.

Die Nachhaltigkeitsdebatte, der Natur- und Klimaschutz sind jetzt seine Themen. Seit über 20 Jahren leitet Klaus Wiegandt das Forum für Verantwortung. Sein aktuelles Buch gibt den Blick frei in die drohende Heißzeit. Uly Köhler traf Klaus Wiegandt in Berlin zum Gespräch.

Die Sorge vor dem Klimawandel ist allgegenwärtig. Sie bestimmt die Tagesdiskussionen und die Auswirkungen sehen wir fast täglich in den Medien. Nun kommt mit großer Aufmerksamkeit Ihr Weckruf auf den Markt. Woher kam die Idee zu diesem Buch, was war die Initialzündung?

Im Prinzip bin ich davon überzeugt, dass wir seit gut 20 Jahren eine viel zu optimistische Klimadiagnose stellen. Dies veranlasst die Menschen nicht, kritisch

auf die Politik zu schauen. Man ist sich dadurch der Folgen eines ungebremsten Klimawandels bei Weitem nicht bewusst. Wenn die Menschen wüssten, was auf sie zukommt, würden sie vermutlich ganz anders auf die fahrlässigen und unzureichenden politischen Aktivitäten reagieren. In diesem Fall habe ich mir gesagt, dass muss ich versuchen aufzuzeigen. In diesem Buch mit Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern wollen wir darlegen, wie der Blick in die „Heißzeit“ aussieht.

Gleichzeitig wollen wir aber auch sagen, es ist nicht zu spät – wir haben es noch in der Hand. Insbesondere müssen wir die naturbasierten Lösungen einbauen. So muss unter anderem das Abholzen des Regenwaldes gestoppt werden. Darüber hinaus müssen wir uns darüber im Klaren sein, dass wir als Weltgemeinschaft finanziell mindestens zwei Prozent vom Sozialprodukt jährlich in den Klimaschutz investieren müssen. Hier muss auch klar werden, dass dies nicht über die Breite der Bevölkerung getragen werden kann. Das müssen in erster Linie die Reichen und wohlhabenden Menschen finanzieren, denn die haben ihr Vermögen zum Großteil zu Lasten des Klimas „aufgebaut“.



In ihrem Buch haben sie 18 namhafte Autoren vereint. Von Prof. Dr. h.c. Jutta Allmendinger über Prof. Dr. Hans Joachim Schellnhuber bis zu Prof. Dr. Stefan Rahmstorf, einem der renommiertesten Klimaforscher weltweit. Wie sind Sie denn bei dieser unglaublichen Auswahl an renommierten Wissenschaftlern vorgegangen?

Ich habe seit über 20 Jahren ein Netz von Wissenschaftlern, mit denen ich zusammenarbeite. Dies sowohl im Bereich der Nachhaltigkeit als auch in letzter Zeit verstärkt im Bereich des Klimas. Und in diesem Zusammenhang entstand bei mir die Idee, die ich dann Professor Rahmstorf und Professor Schellnhuber vorgetragen habe, mit der Frage: Wären Sie bereit, hier mitzuschreiben?

Ich wollte einfach ein Buch herausbringen, dass es in dieser Form bisher noch nicht gibt. Wir unterstellen darin: 3 Grad sind erreicht. Und nun zeigen wir in den unterschiedlichsten Bereichen auf, was dann passiert. Was bedeutet das für uns in 50 Jahren? Die Idee wurde von allen Angefragten sofort aufgenommen und ich bekam die Zusagen zur Mitarbeit.

Im Allgemeinen sagt man ja, Bücher dienen der Unterhaltung und der Information. In Ihrem Fall ist ja fast zu befürchten, dass dieses Buch Angst macht.

Ja und nein. Wenn der Arzt seinem Patienten eine zu optimistische Prognose stellt, dann ist der Patient nicht bereit, eine Radikalkur zu ertragen. Wir vermitteln in unserem Buch ganz klar den Eindruck, es ist nicht zu spät. Es besteht sogar die Möglichkeit, die berühmten 1,5 Grad zu schaffen. Aber das hat Voraussetzungen und die Voraussetzungen zeigen wir in diesem Buch auf.

Was gibt uns denn dieses Buch für Lösungen, welche Wege zeigt es uns?

Mit der wichtigste Punkt ist, dass wir begreifen müssen, dass Klimaschutzpolitik ein hohes Maß an Investitionen erfordert. Diese sind aber hoch rentable Investitionen, weil ein Unterlassen später ein Vielfaches an Kosten verursachen würde. In diesem Buch wird deutlich, dass die volkswirtschaftlichen und materiellen Schäden ungefähr zehn Prozent des

Mit der wichtigste Punkt ist, dass wir begreifen müssen, dass Klimaschutzpolitik ein hohes Maß an Investitionen erfordert

Weltsozialprodukts übersteigen werden, wenn wir einen ungebremsten Klimawandel zulassen. Zudem müssen wir die naturbasierten Lösungen mit in den Klimavertrag einbauen.

Das Abholzen des Regenwaldes muss gestoppt werden, das Aufforsten und Wiedervernässen der Weltmoore gefördert. Allein das Stoppen der Fällungen in den Regenwäldern würde jährlich ca. fünf Milliarden Tonnen CO₂ reduzieren. Dies könnten wir zu einem Preis von zehn Euro je Tonne schaffen. Hierzu müssten wir den Schwellen- und Entwicklungsländern dieses Geld geben, damit sie nicht mehr abholzen. Denn das ist der Preis, zu dem sie sonst diese Flächen der Industrie zur Verfügung stellen. Hier besteht die Chance, mit diesen naturbasierten Lösungen zeitnah sozialverträglich und kostengünstig den Klimaschutz zu „befeuern“.

Ist die Stimmung durch die Ereignisse seit dem 24. Februar in der Ukraine nicht sehr gedämpft worden? Fachleute befürchten ja, dass durch die Kriegshandlungen die bereits vorhandenen Erfolge beim Klimaschutz möglicherweise um ein bis zwei Generationen zurückgeworfen werden?

Wir werden sicherlich in den nächsten fünf Jahren durch diesen Krieg in der Ukraine eine schwierige Zeit haben. Umso mehr müssen wir alle gemeinsam hier zusammenarbeiten. Jeder von uns kann seinen Teil beitragen.

Klaus Wiegandt ist Stifter und Vorstand von »Forum für Verantwortung«.

Seine Stiftung fördert Bildung, Wissenschaft und Forschung, insbesondere auf dem Gebiet der nachhaltigen Entwicklung. Wiegandt war Sprecher des Vorstandes der METRO AG, ist Mitinitiator des seit 2013 vergebenen »ZEIT WISSEN-Preis Mut zur Nachhaltigkeit« und erhielt für sein Stiftungsengagement das Bundesverdienstkreuz. Er ist Herausgeber von über 30 Publikationen.

Statement

Die Zeiten wandeln sich – und wir in der Zeit

Politikwissenschaftler Prof. Dr. Volker Kronenberg zur Zeitenwende



Prof. Dr.
Volker Kronenberg

Tempora mutantur – nos et mutamur in illis.

Diese überaus einleuchtende, da simple und gerade deshalb berühmt gewordene Sentenz, die für manche die Tage, die wir gegenwärtig durchleben, greifbar macht, hat sich über die Jahrhunderte der Verwendung dieses Aphorismus als ein Zitat aus den Fasti, einer Elegie des großen römischen Poeten Ovid aus dem Jahre 8 n. Chr. als „geflügeltes Wort“ in unseren kollektiven Sprachschatz eingepreßt.

Aber: Haben sich die Zeiten denn wirklich gewandelt? Ist wirklich alles anders, seitdem am 24. Februar dieses Jahres die ersten russischen Geschosse auf die Ukraine niedergingen? Wenn wir in den vergangenen Monaten beinahe tagtäglich in den allabendlichen Nachrichtensendungen die Berichte von Soldaten aus den umkämpften Gebieten in der Ukraine zu Gehör bekommen, dann kommt man kaum umhin, die Parallele zu einer weiteren, einer der gravierendsten und folgenreichsten „Zeitenwenden“ des 20. Jahrhunderts zu beobachten.

Schenken wir dem, was sie berichten, tatsächlich Gehör, so hallte selbst bei den gefangengenommenen russischen Soldaten die Frage nach dem Sinn des eigenen Angriffs, nach dem Sinn dieses Krieges wider: „Was soll das Morden und immer wieder morden?“

„Jetzt sehe ich erst, daß du ein Mensch bist wie ich. Ich habe gedacht an deine Handgranaten, an (...) deine Waffen – jetzt sehe ich (...) dein Gesicht (...) Wir sehen es immer zu spät.“

Warum sagt man uns nicht immer wieder, daß ihr ebenso (...) seid wie wir? (...) Wenn wir diese Waffen und diese Uniform fortwerfen, könntest du ebenso mein Bruder sein (...).“

Es sind dies Fragen, die sich so zum einen in der wohl berühmtesten literarischen Verarbeitung des Ersten Weltkriegs, in Erich Maria Remarques Jahrhundertwerk „Im Westen nichts Neues“ finden lassen.

Zum anderen finden sie sich in den persönlichen Kriegstagebüchern eines weiteren Literaten und Zeitgenossen Remarques, der jedenfalls in seinem publizistischen Wirken eigentlich ein merklich anderes, heroischeres Bild des Krieges zu zeichnen pflegte: Ernst Jünger.

Foto: schafgans dgph

Wenn ich mir als Politikwissenschaftler erlaube, Remarque und Jünger wiederzugeben, dann deshalb: Wenn man diese Zeilen Remarques und Jüngers ihrer literarischen Einbettung entnimmt und sie mit den tatsächlichen Berichten, die uns tagtäglich aus den umkämpften Gebieten erreichen, vergleicht, dann wird man bemerken, dass sich diese gelebten Erfahrungen von Soldaten des Ersten Weltkriegs nur sehr unwesentlich von dem unterscheiden, was viele der oft noch jugendlichen Ukrainer und Russen heute durchleben.

Dass nicht nur das Ende des Ersten Weltkriegs, sondern auch das Ende des Zweiten Weltkriegs – die „Zeitenwende“, die mit der „Stunde null“ eingeläutet wurde – den Krieg selbst weder aus Europa noch aus der Welt verbannen konnten, dürfte niemandem entgangen sein.

Trotz der immensen und nicht zu gering zu schätzenden Friedensleistung sowohl des europäischen Integrationsprojekts in allen seinen Formen einerseits und der Inobhutnahme weiter Teile Europas unter den nuklearen Schutzschild des transatlantischen Bündnisses andererseits kam es auf unserem Kontinent immer wieder auch zu kriegerischen Auseinandersetzungen.

Und dennoch keimte vor allem im europäischen Teil des westlichen Bündnisses gerade in der jüngsten Vergangenheit Hoffnung auf, die Kriege des 21. Jahrhunderts würden sich fortan gegen andere Gegner und auf anderen Böden abspielen als auf jenen, die im 20. Jahrhundert bereits oft genug zu Schlachtfeldern geworden waren: gegen andere Gegner, gegen nicht-

staatliche Akteure, terroristische Gruppen – in anderen Teilen der Welt, auf anderen Kontinenten eben. Und nicht zuletzt auch: mit anderen Waffen. Da war vielfach von asymmetrischen, von hybriden oder gar von ausschließlich „digital“ und nur noch „aus der Ferne“ geführten Kriegen im Cyberspace die Rede.

Wenn wir mit Blick auf den Krieg in der Ukraine also nun eine erste tatsächliche Zäsur identifizieren möchten, so ist es sicher der Bruch mit unserer Erwartung, dass der jugoslawische Erbfolgekrieg der 1990er-Jahre der letzte, mit den Mitteln und auf den Schlachtfeldern des 20. Jahrhunderts geführte, interstaatliche Krieg gewesen sein sollte. Aber die potenzielle Möglichkeit, dass es auch hier wieder zu einem solchen Krieg kommen könnte, war tatsächlich zu keinem Zeitpunkt aus der Welt. Sie war immer da – und wird es wohl auch immer sein. Davor kann uns im Grunde auch das eben schon immer fragile Völkerrecht nicht bewahren, noch dass es jemals allein dazu im Stande gewesen wäre.

Zum einen, da Russland, vor allem aber auch China jetzt schon seit Jahren versuchen, diese Begriffskategorie gemäß eigener Interessen zu interpretieren – aus unserer Perspektive: umzudeuten und insbesondere den innerstaatlichen Diskurs sowie den interstaatlichen Diskurs im globalen Süden entsprechend zu beeinflussen. Das Abschlusskommuniqué des chinesisch-russischen Gipfeltreffens am 4. Februar 2022 – gerade einmal 20 Tage vor Kriegsbeginn – ist dafür nur eines von zahlreichen, in den breiteren Öffentlichkeiten des Westens oftmals nur unzureichend zur Kenntnis genommenen Beispielen.

Wir sollten uns den Auswirkungen des Kriegs zuwenden, die womöglich weltweit langfristige Folgen haben werden

Zum anderen ist das Völkerrecht in jeder Interpretation zu seiner auch faktischen Geltung darauf angewiesen, dass Staaten ihm aus ihrem eigenen Interesse heraus folgen – und möge dieses Interesse auch nur in der Vermeidung der möglichen Kosten durch die diplomatische, ökonomische oder eben militärische Sanktionierung seiner Nichtbefolgung begründet sein.

Ich halte es für eine der wenigen glücklichen Fügungen des Kriegs, dass diese simple Erkenntnis der politikwissenschaftlichen Disziplin der internationalen Beziehungen nun auch in weite Teile der politischen Linken „eingesickert“ zu sein scheint: Zur Durchsetzung unserer Interpretation, zur Durchsetzung des Völkerrechts ist nicht nur Diplomatie, sind nicht nur internationale Verträge und internationale Institutionen notwendig, sondern auch ein entsprechendes ökonomisches und militärisches Abschreckungspotenzial des Westens – mit nur einem Ziel: nicht zum Einsatz kommen zu müssen.

Dies war die Logik, hinter der bereits Ende Mai 2021 (!) getätigten und von teils massivem öffentlichen Gegenwind aus allen Parteien begleiteten Forderung des heutigen Bundeswirtschaftsministers und damaligen Grünen-Parteivorsitzenden Robert Habeck, die Ukraine mit, wie er es formulierte „Defensivwaffen“ zu beliefern. Und dies ist auch die Logik hinter den 100 Milliarden Euro, die der Bundeswehr „zur Stärkung der Bündnis- und Verteidigungsfähigkeit“ zur Verfügung stehen.

Wie also geht es nun weiter? Wir sollten uns den Auswirkungen des Kriegs zuwenden, die wir realistisch abschätzen können und die nicht nur kurz-, sondern mindestens mittel- und womöglich auch langfristige Folgen haben werden – nicht nur für uns in der Bundesrepublik, in der EU, im Westen, sondern weltweit.

Diese sind vor allem ökonomischer Natur und werden die Folgen der Covid-Pandemie wohl noch toppen.

Es ist wohl kaum eine Neuigkeit, dass die Energiekrise, in der wir uns schon jetzt, allein durch den Preisanstieg auf den Weltmärkten in Erwartung möglicher Knappheiten durch Aus- und Einfuhrbeschränkungen befinden, eine immense Gefahr für die Produktivität jeder Volkswirtschaft darstellt. Mittlerweile nimmt die breite Öffentlichkeit wahr, dass etwa allein das BASF-Werk in Ludwigshafen jährlich dieselbe Menge Strom wie ganz Dänemark verbraucht; dass es bestimmte, in jeder Hinsicht wertvolle, Produktionsanlagen gibt, die irreparabel beschädigt wären, wenn ihre Energiezufuhr plötzlich gestoppt würde – und die nicht einfach von Gas auf irgendeinen anderen Energieträger umgestellt werden können.

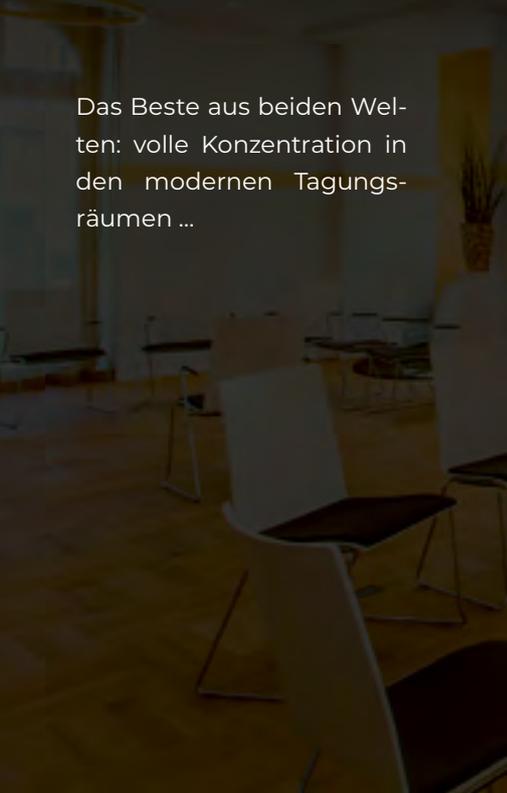
Und überdies dürfte allmählich auch ins öffentliche Bewusstsein rücken, dass in einer allein national eng verflochtenen Unternehmensstruktur der Ausfall eines, gemessen an der Beschäftigtenzahl zumindest vergleichsweise „kleinen“ Wirtschaftszweigs – beispielsweise der Glasindustrie – enorme „Domino-Effekte“ mit fatalen Folgen nach sich ziehen könnte. Auf der politisch-strategischen Linie dürfte jedoch feststehen: Selbst dann, wenn die zu erwartenden oder die tatsächlichen immensen ökonomischen Kosten dazu führen sollten, dass der Westen bereit wäre, seine „harte“ Linie gegenüber Putins Russland aufzugeben, wird es weder in den diplomatischen noch in den ökonomischen Beziehungen ein „Zurück“ zu einem Status vor dem Krieg geben. Vor dem Hintergrund der uns ganz offensichtlich derart verwundbar machenden Abhängigkeit von Energieimporten aus Russland, aus irgendeinem einzigen Land, wäre dies wohl auch keinesfalls erstrebenswert.

Heute will ich beides:

SPANNUNG UND ENTSPANNUNG!

Das Beste aus beiden Welten: volle Konzentration in den modernen Tagungsräumen ...

LERCH
GENUSS
WELTEN



... und entspannende Genussmomente im SPA, in der Natur und in den Restaurants.

alpin spa

Panorama
HOTEL OBERJOCH

PANORAMAHOTEL-OBERJOCH.DE

PARKHOTEL
Jordanbad

JORDANBAD-PARKHOTEL.DE

DAS *****
WEITBLICK
Allgäu

WEITBLICK-ALLGAEU.DE

HOTEL
sommer

HOTEL-SOMMER.DE

WWW.LERCH-GENUSS.DE

PostHotel
ACHENKIRCH

Wo die Reise beginnt

Das Erwachsenen-Resort in den Tiroler Bergen



SPIELRAUM FÜR DAS ICH

Hier steht die Welt für einen Augenblick still.
Im Posthotel Achenkirch werden Sie ganz ruhig, fühlen sich befreit und lassen sich
rundum verwöhnen - reichlich Raum für das Ich und wohltuende Wellness
bringen Körper und Geist in Einklang.

- 7.000 m² Spa- und Wellnessbereich „adults only“ ♦ Haubenküche
- ♦ TCM-Restaurant TENZO - alpine Kulinarik trifft auf die 5-Elemente-Lehre
- ♦ Indoor- und Outdoor-Fitnessbereich ♦ Resorteigener 9-Loch-Golfplatz
- ♦ Lipizzanergestüt mit Reitanlage

POSTHOTEL ACHENKIRCH
6215 Achenkirch am Achensee, Tirol, Austria
T +43 5246 6522, info@posthotel.at, www.posthotel.at